



**Links!**  
im Digitalabo. Jede  
Ausgabe schon drei Tage  
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:  
[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),  
[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de)  
oder 0351/84 38 9773.

# Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt  
Dezember 2018

**Wir wünschen allen  
Leserinnen und  
Lesern frohe  
Festtage und  
ein friedliches,  
kämpferisches,  
solidarisches  
neues Jahr!**

Die kommenden Europawahlen sind entscheidend in der Geschichte der europäischen Linken. Autoritäre Nationalisten und ultrarechte Parteien versuchen, Europa von innen zu sprengen und schlagen ihre Funken aus der institutionellen Krise der Brüsseler Technokratie und dem Verdruss ob der unsozialen Politik der EU. Aber es geht auch um die Möglichkeit, dass Europa eine sozialere und demokratischere Perspektive bekommt.

Europa ist mehr als die EU. Die europäische Linke sollte sich daher jenseits ihrer Unterschiede über ihre gemeinsamen Möglichkeiten verständigen. Auch das war für mich ein Grund, im Mai Jeremy Corbyn, den Vorsitzenden der Labour-Partei, im britischen Unterhaus zu treffen. Zudem besuchte ich den Labour-Parteitag im September in Liverpool und folgte einer Einladung von Pablo Iglesias, dem Vorsitzenden der spanischen Partei Podemos, im Oktober zur Herbstuniversität in Madrid.

Jeremy Corbyn ist für viele Linke weiter ein ermutigendes Beispiel – und zeigt, dass SozialdemokratInnen noch gewinnen können. Während die Sozialdemokratie in fast allen europäischen Ländern an Boden verliert, bleibt die Labour Party im Aufwind – gerade weil Corbyn sich klar gegen den Neoliberalismus stellt, gerade weil er Labour auf einen ausdrücklich linken Kurs gebracht hat und die Partei für viele junge Leute öffnen konnte. Auch wenn Labour und DIE LINKE unterschiedlichen Parteienfamilien angehören, drehte sich unser Gespräch um gemeinsame Ziele wie die Notwendigkeit einer Spannungs- und Friedenspolitik sowie den Kampf gegen die Privatisierung. Jeremy Corbyn und ich waren uns einig, dass die linken fortschrittlichen Kräfte in und außerhalb der EU mehr denn je gemeinsame Allianzen ausbauen müssen – gegen Austerität und Rechtsruck.

Der Labour-Parteitag in Liverpool hat mir gezeigt, dass eine

große linke Partei in Europa tatsächlich zweierlei leisten kann: Sie kann in einer kultivierten und zugleich leidenschaftlichen Art nicht nur über den Umgang mit dem Brexit-Referendum diskutieren, sondern sie schafft es auch, gleichzeitig einen kreativen Raum für Initiativen innerhalb und außerhalb der Partei zu organisieren. Denn parallel zum klassischen Parteitag organisierte die „Momentum“-Bewegung das sehr gut besuchte Forum „The World Transformed“.

Mit seinen unterschiedlichen Debattenformaten war es mindestens so wichtig wie der Parteitag. Auf dem Parteitag in Liverpool konnte man erleben, dass Labour nicht nur reale Chancen auf einen Regierungswechsel bei Neuwahlen hat, sondern unter Corbyn zu einem dynamischen Zentrum progressiver Politik geworden ist – heftige Kontroversen eingeschlossen. Dazu gehört auch, dass sich Labour jetzt mit einer offensiven Haltung einer möglichen Regierungsübernahme nähern will und zugleich die Tür für ein zweites Referendum über die endgültigen Bedingungen des Brexit auf kluge Weise offen hält.

Labour wird an diesen Europawahlen nicht mehr teilnehmen, gibt aber die Idee einer linken europäischen Initiative gegen die neoliberale Spar- und Privatisierungspolitik nicht auf. Die gesamte Linke in Europa sollte Jeremy Corbyn bei seinem Versuch unterstützen, im Herzland des europäischen Neoliberalismus einen linken Politikwechsel zu schaffen.

Die nächsten Wahlen zum EU-Parlament werden darüber entscheiden, ob Europa weiter nach rechts driftet, in Richtung eines autoritären Kapitalismus im Sinne eines Kurz, Salvini, Orban oder Gauland. Oder ob es eine fortschrittliche Alternative gibt: Für die LINKE ist dabei auch entscheidend, ob es uns gelingt, eine möglichst breite, starke und plurale Fraktion im kommenden Europäischen Parlament zu haben.

• Katja Kipping

ISSN 2193 682X



9 772193 682004



Gemeinsam zehn Jahre in einer Schule lernen – das war einmal! Viele, die das DDR-Schulsystem durchliefen, haben positive Erinnerungen daran. Wenn man unter ehemaligen Klassenkameraden und der Parallelklasse eine Umfrage macht, wie es der Autor dieser Zeilen praktiziert hat, kann man Bemerkenswertes zutage fördern. Auf die Frage: „Bist Du der Meinung, dass Du eine schönere Schulzeit hattest als Deine Kinder?“ stimmten über achtzig Prozent von den ehemaligen Mitschülern mit „Ja“. So nimmt es nicht Wunder, dass laut Emnid-Umfrage etwa zwei Drittel der Eltern in Sachsen für ein längeres gemeinsames Lernen von Kindern votiert haben. Das Zauberwort heißt aktuell „Gemeinschaftsschulen“. Diese gibt es mittlerweile in vielen Bundesländern – in Sachsen jedoch nicht. Eine Initiative will das jetzt mit Hilfe eines Volksantrages ändern. Man kann an etwa hundert Orten in Sachsen unterschreiben. Näheres findet sich unter [www.gemeinschaftsschulen-in-sachsen.de](http://www.gemeinschaftsschulen-in-sachsen.de)

**Frau Professor Breuer, bevor wir ins Thema einsteigen, vielleicht ein paar Worte zu Ihrem Hintergrund. Woher stammen Sie?**

Gebürtig bin ich aus dem Sauerland, aber sozialisiert in Dortmund. Studiert habe ich in Bochum.

**Also kommen Sie aus Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland. Wie sieht es dort mit den Schulen aus?**

Bei uns gibt es die Gesamtschule, vergleichbar mit einer Gemeinschaftsschule, die allerdings zu meiner Schulzeit noch sehr verteufelt wurde. Eingeführt wurde sie in den 70er Jahren. Mit dieser Schulform wurde ein Ort längeren gemeinsamen Lernens geschaffen, wo Kinder beziehungsweise Jugendliche von der fünften bis maximal zur 13. Klasse gemeinsam lernen können.

**War die Einführung erfolgreich und gibt es die Schulform überall?**

Alles in allem kann man durchaus behaupten, dass sich die Gesamtschule als Schulform neben anderen flächendeckend durchgesetzt hat. Abhängig davon, ob sich Eltern und Lehrer für diese Schulform aussprachen, wurden sie etabliert. Was natürlich bedeutet, dass es Gesamtschulen nicht überall – insbesondere in ländlichen Regionen – gibt.

# Endlich länger gemeinsam lernen!

Ralf Richter sprach mit der Juniorprofessorin Meike Breuer von der TU Chemnitz, einer Erstunterzeichnerin des Volksantrages



**Was hat Sie bewegt, sich als Juniorprofessorin im Bereich Grundschuldidaktik, Sport und Bewegungserziehung als eine der Erstunterzeichnerinnen für längeres gemeinsames Lernen in Sachsen einzusetzen?**

Das hat vielleicht weniger etwas mit meiner Professur zu tun als vielmehr mit meinem grundsätzlichen Ansatz, dass jeder Mensch die gleichen Chancen verdient. Gerade in Zeiten scheinbar zunehmender gesellschaftlicher Spaltung empfinde ich es als bedeutsam, dass Kinder nicht nach der Grundschule in verschiedene Schulen verteilt werden und den Zusammenhalt durch diese Selektion verlieren, um erst später im Leben dann festzustellen, dass eine Gesellschaft doch sehr viel vielschichtiger ist, als sie sich in einem gymnasialen Oberstufenkurs dargestellt hat. Das Miteinander der verschiedensten Gruppen, das in der ersten Klasse beginnt, darf nicht mit der vierten Klasse aufhören. Denn sonst geht die Fähigkeit des einst eingeübten Umgangs miteinander verloren und muss erst zu einem späte-

ren Zeitpunkt wieder erworben werden, was dann doch dem einen oder anderen schwer fallen kann. Der Umgang mit Heterogenität, mit Vielfalt muss aus meiner Sicht gefördert werden – dass mein Fach Sport dazu noch einen besonderen Beitrag leisten kann, steht außer Frage!

**Nun beruft sich das sächsische Kultusministerium auf eine Studie des arbeitgebernahen Institutes der Deutschen Wirtschaft. Nach dieser hat Sachsen in diesem Jahr zum 13. Mal in Folge das beste Bildungssystem. Müssten da nicht alle anderen Bundesländer sich am sächsischen Modell orientieren?**

Das kommt darauf an, wie man eine wirklich gute Schule definiert. Wenn man ausschließlich die Leistung betrachtet, dann mag das vielleicht zutreffen. Wenn es aber um die genauso wichtigen Faktoren wie Chancengleichheit und Wohlbefinden der Kinder und Jugendlichen geht, dann sind wir wohl noch sehr weit von dem entfernt, was eine gute Schule ausmacht.

**Die Studie entsteht im Auftrag der von Kapitalinteressen geleiteten Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft. Wer erstellt in anderen Ländern eigentlich solche Studien und was ist von dieser Untersuchung, auf die man sich in Sachsen schließlich ausschließlich beruft, überhaupt zu halten?**

Generell ist es schwierig, wenn Lobbygruppen Studien in Auftrag geben. Ich finde, Studien sollten von unabhängigen Institutionen durchgeführt werden. Meines Wissens vergibt in Schweden beispielsweise das Bildungsministerium den Auftrag, mittels Studien die Qualität des Schulsystems zu evaluieren. Zudem wäre es wichtig, mehrere Studien zu haben.

**Wo sehen Sie die Schwachpunkte im aktuellen System?**

Wenn mir schon Drittklässler sagen: „Also Mittwochnachmittag ... das ist der Nachmittag, wo ich mal frei habe!“, dann denke ich daran, was wir eigentlich unseren Kindern so zumuten, wenn wir sie einzig und allein auf Leistung trimmen. Natürlich ist auch da ein Land wie Südkorea Spitze – aber der Preis ist unglaublich hoch, wenn man dazu etwa die Suizidraten von Schülern ins Verhältnis setzt, die ihrem Leben nicht etwa aus Liebeskummer ein Ende setzen, sondern einzig und allein deswegen, weil sie vielleicht eine Prüfung nicht geschafft haben oder die Noten nicht den hohen Erwartungen der Eltern entsprechen. Ist so eine Lernatmosphäre gesund? Lernt man gern in so einem System?

**Wo soll denn Ihrer Meinung nach das Ziel sein?**

Wir müssen dazu kommen, dass Kinder gerne lernen und leisten. Das sollte das Ziel sein. Schüler sollten gern in die Schule gehen und sich dort wertgeschätzt fühlen. Ist das nicht der Fall, hat das Konsequenzen für das weitere Leben. Solche Kinder und Jugendliche suchen sich dann draußen einen Halt, den ihnen die Gesellschaft verweigert hat. Ich bin dafür, dass wir Schule als Gemeinschaftsprojekt von allen für alle denken, in dem alle drei Faktoren – Leistung, Chancengleichheit, Wohlbefinden – wichtig sind. In Kanada zum Beispiel hat man das verstanden.

## Peter Sodann schreibt Genossenschaftsgeschichte

In Staucha bei Lommatzsch wurde am 17. November Genossenschaftsgeschichte geschrieben. Eine Bibliothek als Genossenschaft? So etwas hat es in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben! Bei schönstem Sonnenschein und allen Unkenrufen der Lokalpresse zum Trotz versammelten sich in einer Scheune etwa hundert Personen, um eine Genossenschaft zu gründen. Im Paragraph 1 der Satzung wurde stolz verkündet: „Die Genossenschaft führt den Namen Peter-Sodann Bibliothek eT „... wider dem vergehen“.

In seinen Vorbemerkungen stellte der 82jährige Schauspieler noch einmal

dar, wie es zu seiner Sammelwut kam, die sich auf Bücher konzentriert, die in der DDR bzw. der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1990 entstanden. Ab 1990 wurden im Osten nicht nur Kombinate und Betriebe massenhaft abgewickelt, sondern es kam auch – eine literarische Verarbeitung des Stoffes steht noch aus – zur massenhaften Bücherverbrennung von DDR-Literatur. Komplette Gewerkschaftsbibliotheken wurden „entsorgt“. Bei einem solchen Erlebnis kam Sodann zu seiner Obsession. Er sagte Links! schon im Sommer: „Mir liegt nicht daran, auf irgendeine Weise den Fortbestand der DDR zu sichern,

sondern viel mehr an dem Wissen der Menschen dieses Staates – und dieses Wissen steckt in den Büchern. ... Ich sammle Bücher, damit eine andere Weltsicht – nicht nur die gerade aktuelle – zur Kenntnis genommen wird.“

Bis jetzt nimmt die Bibliothek Geld ein durch Buchverkäufe, Führungen, Veranstaltungen, Zuschüsse und Fördermittel. Daran wird sich auch in naher Zukunft nichts ändern. Die Hauptaufgabe der Genossenschaft wird darin liegen, Fördermittel und Spenden einzuwerben. Darüber hinaus wird die Genossenschaft, die derzeit weniger als hundert Mitglieder hat, versuchen, zu

wachsen. Gleichzeitig gibt es Ideen, in Thüringen und Sachsen-Anhalt Niederlassungen zu gründen.

Eine kleine Schwachstelle ist bislang die Öffentlichkeitsarbeit: Es fehlt der Peter-Sodann-Bibliothek ein Online-Newsletter. Wer sich über den Fortgang des Projektes informieren will, muss bislang noch die Homepage besuchen unter [www.psb-staucha.de](http://www.psb-staucha.de) Am 15. Dezember kann man die Bibliothek anlässlich des Weihnachtsmarktes in Staucha besuchen. Betriebsferien sind vom 24. Dezember bis zum 6. Januar.

• Ralf Richter



# Kohleausstieg und Beschäftigungsgarantie

Der Braunkohleausstieg wird kommen. Im Interesse des Klimaschutzes muss er kommen. Keines der vier deutschen Braunkohlereviere ist vom Ausstieg so stark betroffen wie die Lausitz. In keinem der Reviere ist die ökonomische Abhängigkeit von der Braunkohleindustrie, aber auch ihre soziokulturelle Verankerung so stark wie hier. Für uns als LINKE ergeben sich daraus besondere Herausforderungen. Denn einerseits wissen wir, dass die Pariser Klimaziele nur durch einen schnellen Ausstieg erreichbar sind. Auf der anderen Seite haben wir einen sozialen Anspruch und eine Verantwortung für die Menschen in der schon jetzt eher strukturschwachen Lausitz. Wir müssen alles dafür tun, dass sich eine Situation wie in den 1990er Jahren nicht wiederholt, als Betriebe über Nacht geschlossen wurden, Menschen in vielen Regionen zu Tausenden auf der Straße standen und es keinerlei wirksame Unterstützung seitens der herrschenden Politik gab.

Soziale und ökologische Ansprüche zu verknüpfen ist keine einfache, aber für moderne linke Politik schlichtweg eine notwendige Aufgabe. Diese Verbindung unterscheidet uns von allen anderen Parteien, die wie die Grünen allein die ökologische Frage sehen, wie SPD und Union einen möglichst langen Verbleib in der Braunkohle versprechen oder wie die AfD den Klimawandel schlicht leugnen. Wir dürfen die Lausitz nicht denjenigen überlas-

sen, die leugnen, dass der Kohleausstieg kommt. Wir dürfen die Lausitz nicht der AfD oder der CDU überlassen, die sich einem Strukturwandel verwehren und die Region an den Abgrund führen. Wir müssen es besser machen. An der Seite der Klimabewegung zu kämpfen und gleichzeitig die Interessen der Kohlekumpel und der Region zu vertreten ist kein Widerspruch. Deswegen habe ich den Gedanken der Beschäftigungsgarantie im Sinne einer staatlich garantierten Weiterbeschäftigung für Kohlekumpel ins Spiel gebracht.

Die Beschäftigungsgarantie soll allen zum Zeitpunkt des Kohleausstiegs in

der Braunkohleindustrie direkt Beschäftigten eine Weiterbeschäftigung in neuen Jobs zu gleichen Konditionen garantieren. Denkbar wäre dies beispielsweise in einer staatlichen Gesellschaft für die Stilllegung, Sanierung und Rekultivierung von bergbaulichen und industriellen Altlasten. Einen Vorschlag dazu hat unsere Landtagsfraktion vorgestellt. Denn klar ist: Egal wann der Braunkohleausstieg kommt, es wird noch Jahrzehnte dauern, Tagebaue zu schließen und Landschaften zu rekultivieren.

Mit dem Instrument der Beschäftigungsgarantie wird den Arbeiterinnen und Arbeitern die Angst genom-

men, dass nach der Kohle die große Leere für sie und die Region kommt. Auf meiner Sommertour habe ich bemerkt, dass ein durchaus schwieriges Gespräch mit dem Betriebsrat der LEAG erst eine positive Wendung nahm, als ich die Beschäftigungsgarantie ins Spiel brachte. Dies hat mich bestärkt, die Idee weiter zu verfolgen und mich an vielen Stellen für die Beschäftigungsgarantie einzusetzen. So können wir Mehrheiten für einen frühen Kohleausstieg gewinnen und gleichzeitig den Menschen ihre Angst vor einer ungewissen Zukunft nehmen.

Mir ist bewusst, dass ein erfolgreicher Strukturwandel noch einiges mehr braucht. Die Lausitz braucht einen neuen industriellen Kern. Ich werbe dafür, dass die Lausitz Energieregion bleibt und zu einem Zentrum der erneuerbaren Energien wird. Denkbar wäre beispielsweise die Ansiedlung einer modernen Batteriefabrik. Darüber hinaus muss die Infrastruktur in der Lausitz verbessert werden. Gute Bahn- und Straßenanbindungen sowie ausgebaute Internetverbindungen sind elementare Bestandteile des Strukturwandels. Diese Maßnahmen sollen über einen Strukturwandel-fonds über 500 Millionen Euro jährlich finanziert werden. Dieser Instrumentenmix soll eine zukunftsfähige und lebenswerte Lausitz ermöglichen.

• Caren Lay



## Ich bin kein Nazi, aber ...

Wie oft höre ich das. Aber was nach dem „aber“ kommt, verstört mich. Es verstört mich politisch und grammatisch. In der Grammatik gilt „aber“ als adversative Konjunktion. Das heißt, sie leitet nach der ersten Aussage zumindest eine die erste Aussage einschränkende oder ihr gar widersprechende Aussage ein. In unserem Fall verwahrt man sich mit dem „aber“ gegen die Einordnung als Nazi, nur weil man etwas sagt, was dies für andere oder auf den ersten Blick unterstützt.

Ich will mich also auseinandersetzen mit dem, was nach „aber“ kommt und warum es nicht für die Qualifizierung als Nazi reichen sollte: Nach 1945 versuchte man sich sowohl in der entstehenden Bundesrepublik und in Österreich als auch in der DDR zumindest antinazistisch oder sogar konsequent antifaschistisch zu definieren. Man berief sich dabei auf unterschiedliche Begründungen. In Österreich und der BRD war es vor allem der brutale Antisemitismus, der im Holocaust, in der Shoa gipfelte. In der DDR hob man den kommunistischen antifaschistischen Widerstand und seine unbe-

strittenen Heldentaten in einem unmenschlichen Alltag hervor. Das war zwar beides nicht alles, es wirkte aber (!) doch so, dass damit alltägliche faschistische und faschistoide Auffassungen und Praktiken in den Hintergrund traten, unbeachtet blieben. Es begegnete mir als Heranwachsender in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts z.B. ein unkritisch reproduzierter Antisemitismus. Er fiel kaum auf, wenn der lärmenden Schulklasse vom Schuldirektor ein „hier geht es zu wie in der Judenschule“ entgegengeschleudert wurde. Wer assoziierte schon die todbringenden Vorurteile eines Antiziganismus, wenn der unaufgeräumte Raum mit einem „hier sieht es ja aus wie bei den Zigeunern“ beschrieben wurde? Es gibt freilich noch Subtileres. Das Patriarchat behauptete sich. Der Mann blieb noch lange gesetzlicher Haushaltsvorstand. Obwohl juristisch aufgehoben, benehmen sich auch heute noch viele Männer so. Männliche Gewalt in der Familie ist deshalb nicht verschwunden, im Gegenteil, sie ist Alltag für viele Frauen und Kinder geblieben. Für Kinder ist das auch so wegen des Weiterbe-

stehens strenger autoritärer Erziehungskonzepte. Wenn die DDR freudig verkündete, den Frauen mit Waschmaschinen ihre „zweite Schicht“ zu erleichtern, so sagt das sicher auch etwas über die weit verbreitete familiäre Arbeits- und Rollenverteilung. Gesellschaftlich dominante Homophobie macht Heterosexualität nicht nur



zur einklagbaren Normalität im Alltag, sondern verdrängt Homosexualität oder Transsexualität in das Ghetto des zu Verbergenden. „Schwul“ ist heute in vielen Milieus immer noch ein Schimpfwort; alles trotz gesetzgeberischer Toleranz vorerst in der DDR, später auch in der BRD und in Österreich. Junge Leute wissen kaum noch von den „Rosa Winkeln“ in den KZs. Ethnozentrismus, die Auffassung von der Überlegenheit des westeuropäischen „weißen Mannes“ ist nicht verschwunden. Im österreichischen

Gymnasium verkündete uns der Geografielehrer das „Kulturgefälle von West nach Ost“. Bei einer Zugfahrt in der DDR, Anfang der 1980er Jahre, hörte ich zum ersten Mal die Wörter „Brikett“ für Schwarzafrikaner und „Fidschi“ für Vietnamesen. Das unfreiwillig wahrgenommene, weil ungeniert laut ablaufende, Gespräch junger Männer belehrte mich, dass „Neger“ in der Straßenbahn nicht sitzen dürften, wenn Deutsche stehen, und dass es doch verboten werden sollte, dass sich Vietnamesen für ihren Arbeitslohn Mopeds kauften und in ihre Heimat schickten. Die gehörten doch den Deutschen.

Der Beispiele hätte ich noch viele. Der Sprachwissenschaftler weiß, es sind die sogenannten „frames“, die Rahmen, in denen sich das Bild von Welt und Gesellschaft im Alltagsbewusstsein sprachlich verfestigt. Einzelne Wörter sind dort in einen Zusammenhang gebracht, der ihre Bedeutung bestimmt und damit auch die möglichen Textbedeutungen formt, wenn man sie verwendet. Jene frames, in denen meine Beispiele eingerahmt sind, haben Platz gehalten für die Wiederauferstehung eines alten Faschismus. Sie machen Dinge plötzlich wieder aussprechbar, die wir als lange überwunden glaubten. Es passt doch ins gut gerahmte Weltbild. Nein und nochmals Nein! Lasst uns aus dem Rahmen fallen.

# Sachlich über das Thema Organspende diskutieren

Susanne Schaper und Frank Neuhaus plädieren für eine konstruktive Debatte – Teil 1

Im Zusammenhang mit dem Thema Organspende sehen wir uns mit gravierenden Problemen konfrontiert. Ihrer Lösung kommen wir nicht näher, wenn in erster Linie das Bild eines nach Organen gierenden Staates gezeichnet wird. Ein konstruktives Ziel sollte es sein, dass sich möglichst viele Menschen mit dem Thema auseinandersetzen. Über 100.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Obwohl laut der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 84 Prozent der Bevölkerung die Organspende als positiv ansehen, besitzen nur 36 Prozent einen orange-blauen Ausweis. In Sachsen lag 2017 in nur 17 von 50 Fällen eine schriftliche Willenserklärung in Form eines Organspendeausweises oder einer Patientenverfügung vor. In 29 Fällen mussten die Angehörigen einer Entnahme zustimmen. In ganz Deutschland wurden 2017 von 797 Organspenderinnen und Organ Spendern 2.765 Organe entnommen. Zum 31.12.2017 standen in Deutschland mit 10.107 fast 13-mal so viele schwerkranke Menschen auf der Warteliste den wenigen Spenderinnen und Spendern von EUROTRANSPLANT gegenüber.

Die Verwendung von Begriffen wie „menschlich-organische ERSATZTEILLAGER“ (LINKS Oktober 2018, „Über Leben und Tod“, Ralf Becker) fördert eher nicht das Vertrauen, das für eine selbstbestimmte Entscheidung über eine Organspende notwendig ist. Daher brauchen wir eine Versachlichung der Diskussion über die Alternativen zur derzeitigen Regelung. Dieser Beitrag ist der Start einer Reihe, um die Diskussion zu befördern. Denn es geht vor allem darum, Menschenleben zu retten und erkrankten Menschen mehr Lebensqualität zu verschaffen.

Das Thema Organspende berührt viele grundsätzliche Fragen. Die Debatte dazu wird in Politik, Medizin und Rechtswissenschaft seit längerem geführt, der Diskussionsstand ist unübersichtlich. Eine besonders kontrovers diskutierte Frage ist, *unter welchen Voraussetzungen eine Entnahme von Organen rechtlich zulässig sein soll*. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf wird aus dem großen Bedarf an Organen sowie den sehr niedrigen Spenderzahlen einerseits und der in Erhebungen festgestellten großen Spendebereitschaft andererseits abgeleitet.

Zur Klärung dieser Frage, zur Erarbeitung eines Standpunkts, ist es erforderlich, zunächst die gesetzliche Regelung in den Blick zu nehmen. Anschließend sind die Alternativen genauer zu beleuchten, um dann eine eigene Positionierung vorzunehmen. Dabei beschränkt sich die folgende Darstellung zunächst auf den Bereich der postmortalen Organspende, d.h. auf die Organentnahme bei toten Organspenderinnen und -spendern.

## Die Rechtslage

Die gesetzliche Grundlage wurde 1997 mit dem Transplantationsgesetz geschaffen. Voraussetzungen für eine Organentnahme bei toten Spenderinnen und Spendern sind, dass die spendende Person in die Entnahme eingewilligt hat, der Tod der spendenden Per-

son regelgerecht festgestellt wurde und der Eingriff durch eine Ärztin oder einen Arzt vorgenommen wird. Falls seitens der spendenden Person keine ausdrückliche Einwilligung vorliegt, hat die Ärztin oder der Arzt die oder den nächste/n Angehörige/n zu fragen, ob ihr oder ihm eine Erklärung der potentiellen Spenderperson bekannt ist. Andernfalls ist sie oder er von der in Frage kommenden Organentnahme zu unterrichten und die Zustimmung einzuholen.



Nächste Angehörige besitzen diese Befugnisse aber nur, wenn sie in den zwei Jahren vor dem Tod der potentiellen Spenderperson mit dieser tatsächlich in Kontakt standen. Den nächsten Angehörigen sind volljährige Personen gleichgestellt, die der potentiellen Spenderperson bis zu ihrem Tode in besonderer persönlicher Verbundenheit nahe standen. Die derzeitige Regelung wird auch als „erweiterte Einwilligungslösung“ bezeichnet, da sich hier der Spender oder die Spenderin im Wege einer ausdrücklichen Einwilligung für die Organspende entscheiden soll oder diese Einwilligung durch nahe Angehörige oder besonders nahe stehende Personen ersetzt werden kann.

## Diskutierte Alternativen

Eine seit längerem diskutierte Möglichkeit, die Zulässigkeit der Entnahme bei toten Spenderpersonen zu regeln, ist die „Widerspruchslösung“. Hier soll an die Stelle des Zustimmungserfordernisses ein Widerspruchserfordernis treten, d. h. eine Organentnahme soll nach festgestelltem Tod grundsätzlich möglich sein, es sei denn, die potentielle Spenderperson hat ihr ausdrücklich widersprochen („strikte Widerspruchslösung“). Eine „erweiterte Widerspruchslösung“ gibt auch nahen Angehörigen bzw. besonders nahe stehenden Personen die Möglichkeit, der Organentnahme zu „widersprechen“.

Befürworter der Widerspruchslösung stützen sich vor allem auf ein zu erwartendes höheres Spendenaufkommen, das etwa in Italien, Österreich und Spanien, wo es eine „strikte Widerspruchslösung“ gibt, zu verzeichnen sei. Ein Vergleich mit den Organentnahmen mit Deutschland scheint ihnen Recht zu geben. Kritiker wenden ein, mit einer solchen Regelung könne nicht mehr von einer „Spende“ die Rede sein. Geäußert werden verfassungsrechtliche Bedenken, oft mit Verweis auf die Menschenwürde und deren Schutz in Artikel 1 des Grundgesetzes, jedoch in der Regel ohne konkrete Begründung, worin der Verstoß liegt. Ein weiteres Argument ist der damit in Frage gestellte Rechtsgrundsatz, dass ein Schweigen im Rechtsverkehr in der Regel keine Rechtswirkung entfalte, also weder Zustimmung noch Ablehnung zum Ausdruck bringe. Zudem bemängeln Kritiker, die Zahl der Organspenden in den Bundesländern mit den meisten Organspenden sei im Ergebnis nicht sehr weit von denen der europäischen Länder mit Widerspruchslösung entfernt.

# Immer mehr Wohnungslose in Sachsen

## Sozial-Skandal des Monats

Die Staatsregierung bleibt (fast) tatenlos, kritisiert  
Susanne Schaper

Die Tage werden kürzer, die Nächte kälter – und für mindestens 700 Menschen in Sachsen stellt sich die Frage nach einem Dach über den Kopf. Unser Dank gilt allen ehren- und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern, die sich das ganze Jahr aufopfernd um diese Menschen kümmern und ihnen Trost, warme Mahlzeiten und Obdach spenden. Ihnen ist es auch zu verdanken, dass zumindest ein Teil der von Wohnungslosigkeit betroffenen und bedrohten Menschen statistisch erfasst wird.

Dank der Diakonie wissen wir, dass in Chemnitz die Zahl der Obdachlosen von 111 im Jahr 2014 auf 129 im Jahr 2017 angestiegen ist. Noch gravierender ist der Anstieg bei den von Wohnungslo-

sigkeit bedrohten Menschen: von 92 in 2014 auf 236 im Jahr 2017. In Leipzig hatten 2017 knapp 250 Menschen die Wohnungslosenhilfe der Diakonie als Postadresse angegeben und müssen somit als obdachlos gelten. Nur in Dresden sind mit 320 noch mehr Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen. Das zeigen Zahlen der Stadtverwaltung.

Deshalb haben wir erneut einen Antrag (Drucksache 6/14579) ins Landtagsplenum eingebracht. Wir wollen eine Wohnungsnotfallberichterstattung, ein Gesamtkonzept zum Schutz vor Wohnungslosigkeit und der von Wohnungslosigkeit betroffenen und bedrohten Menschen, sozialwissenschaftliche Be-

gleitforschung sowie Sofortmaßnahmen, damit Betroffene auch in diesem Winter an kalten Tagen Unterkünfte aufsuchen können. Doch leider wurde auch dieser Antrag von der Landtagsmehrheit abgelehnt.

Die Gründe für Wohnungslosigkeit sind vielfältig. In den Berichten der Diakonie wird deutlich, dass vor allem Schulden und der Bezug von Sozialleistungen zu Wohnungslosigkeit führen bzw. zur Bedrohung werden, das Dach über dem Kopf zu verlieren. Das liegt zum einen an den viel zu niedrigen Regelsätzen und zum anderen an der Sanktionierung der Grundsicherung. Auch dagegen will die Landesregierung nicht vorgehen.

Klar ist, dass bei den Zahlen der Diakonie diejenigen Menschen nicht erfasst werden, die sich aus Scham oder anderen Gründen nicht bei Anlaufstellen melden. Deshalb ist es angesichts der dennoch steigenden Zahlen umso wichtiger, endlich eine Wohnungsnotfallberichterstattung einzuführen.

Wir werden auch künftig dafür kämpfen, dass dieses Thema nicht totgeschwiegen wird und hoffen, dass auch die Staatsregierung endlich einsieht, dass ihre Untätigkeit Menschenleben kosten kann. Wir hoffen, dass die von Wohnungslosigkeit betroffenen und bedrohten Menschen gut über den Winter kommen, dass die Unterkünfte in allen Kommunen ausreichen.



Die Größe einer Gefahr und die zulässigen Zwangsmittel ergeben sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit der Gefahr und der Stärke des bedrohten Rechtsgutes. Im Gesetzentwurf wird der Wahrscheinlichkeitsgrad herabgesetzt:

„Die Polizei kann eine Person dazu verpflichten, ein technisches Mittel, mit dem der Aufenthaltsort dieser Person elektronisch überwacht werden kann, ständig in betriebsbereitem Zustand am Körper bei sich zu führen und dessen Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, wenn das Verhalten dieser Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie in überschaubarer Zukunft eine terroristische Straftat begehen wird“ (§ 61 des Gesetzentwurfs des SächsPVDG)

Identische Formulierungen finden sich in § 21 „Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbot“, § 61 „Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung und zur gezielten Kontrolle“, § 63 „Längerfristige Observation unter Einsatz technischer Mittel“ und § 66 „Telekommunikationsüberwachung“. In § 80 „Datenweitergabe an andere Behörden“ findet sich folgende Formulierung: „Personen, bei denen Anlass zur Weiterverarbeitung besteht, weil tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass sie in naher Zukunft Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden.“

Zum anderen wird die Eingriffsschwelle dadurch gesenkt, dass die Qualität des bedrohten Rechtsgutes reduziert wird. In § 23 des Gesetzentwurfs SächsPVDG steht es so: „Die Polizeibehörden können eine Wohnung ohne Einwilligung des Inhabers betreten und durchsuchen [...], wenn dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person oder für bedeutende Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist.“ In der Begründung zum Gesetzentwurf wird das so konkretisiert: „Satz 2 stellt sicher, dass auch eine nächtliche Ruhestörung effektiv beendet werden kann. Abweichend zu Satz 1 lässt Satz 2 eine Durchsuchung bereits bei Vorliegen einer dringenden Gefahr für die Gesundheit Dritter ausreichen. Nicht jede nächtliche Ruhestörung wird diesen Anforderungen genügen, sondern nur solche Ruhestörungen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, die Gesundheit der in der Nachbarschaft wohnenden Personen zu schädigen.“

Im geltenden Polizeigesetz ist es nach § 25 zulässig, eine Wohnung „zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr oder schweren Gesundheitsgefahr für einzelne Personen“ zu betreten, jedoch nicht diese zu durchsuchen. In Zukunft werden Wohnungsdurchsuchungen also erleichtert.

Durch die Herabsetzung der Eingriffsschwellen und das Einführen neuer Maßnahmen weit im Vorfeld einer konkreten Gefahr könnten zukünftig mehr Menschen durch polizeiliche Maßnahmen betroffen sein, ohne konkrete Vorwürfe oder nur aufgrund einer Prognose, dass von ihnen vielleicht eine Gefahr ausgehen kann. Dieses Prinzip

# Kleinere Hürden für Polizeimaßnahmen

Wie passt das neue Polizeigesetz in die deutsche Sicherheitsarchitektur? Teil 4 – von *Enrico Stange* und *Florian Krahrmer*



wird in der Begründung zum Gesetzentwurf so beschrieben: „Die Nummer 2 des Absatzes 2 verlagert den Anordnungsanlass weiter in das Vorfeld einer konkreten Gefahr und lässt hierzu in Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum BKAG (Az. 1 BvR 966/09 und 1 BvR 1140/09, Rn. 112) bei terroristischen Straftaten ein bestimmtes gefahrbegründendes individuelles Verhalten ausreichend sein. [...] In Bezug auf terroristische Straftaten und die mit ihnen bedrohten Rechtsgüter sieht das Gericht die Grenze der Erkennbarkeit einer Gefahrenlage noch weiter im Vorfeld einer konkreten Gefahr und erlaubte Überwachungsmaßnahmen aus dann, wenn noch nicht ein seiner Art nach konkretisiertes und zeitlich absehbares Geschehen erkennbar ist, jedoch das individuelle Verhalten einer Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass sie solche Straftaten in überschaubarer Zukunft begehen wird.“ (Begründung des Gesetzentwurfs SächsPVDG zu § 21 „Aufenthaltsanordnung und Kontaktverbot“)

Es ist ein wichtiges Rechtsstaatsprinzip, dass Bürger anhand der Gesetze erkennen können, welche Folgen aus ihren Handlungen resultieren und so staatliche Interventionen abschätzen können. Deshalb müssen Gesetze hinreichend konkret formuliert sein, obwohl sie zugleich so offen gestaltet sein müssen, dass möglichst alle eventuellen Sachverhalte umfasst sind. Das Bundesverfassungsgericht führte hierzu aus: „Je ungenauer die Anforderungen an die dafür maßgebende tatsächliche Ausgangslage gesetzlich umschrieben sind, umso größer ist das Risiko unangemessener Zuordnung von rechtlich erheblichen Belangen.“ (Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 26.07.2005, 1 BvR 782/94)

Gesetze sollen hierzu ein Übermaß an unbestimmten Rechtsbegriffen, Generalklauseln und Auslegungsmöglichkeiten vermeiden. Der Gesetzentwurf zum Polizeirecht erfüllt das Gebot der Normenbestimmtheit nur unzureichend. Denn erstens werden eine Vielzahl neuer unbestimmter Rechtsbegriffe eingeführt wie z. B. „überschaubarer Zukunft“ (u.a. § 21), „nahe Zukunft“ (§ 80) oder „konkrete Wahrscheinlichkeit“ (u.a. § 60). Zweitens ergeben sich Unklarheiten ergeben sich in Bezug auf die Bewaffnung des Polizeivollzugsdienstes (§§ 40 und 46 des Gesetzentwurfs) sowie auf „besondere Formen von Munition“. So ist unklar, ob mit Maschinengewehren und Handgranaten besondere Waffen abschließend geregelt sind und ob der „Taser“ tatsächlich als besondere Munition und nicht als Waffe gelten kann. Auch in der Formulierung „sonstige für Observationen bestimmte besondere technische Mittel“ (§ 63 des Gesetzentwurfs zum SächsPVDG) ist unzureichend geklärt, welche technischen Mittel darunter verstanden werden können.

Bei Formulierungsänderungen im Entwurf zum SächsPVDG ist gegenüber dem geltenden Polizeigesetz unklar, ob es sich um redaktionelle Anpassungen an eine zeitgemäße Sprache handelt oder um Herabsetzungen der Eingriffsschwelle. In § 21 Abs. 3 des geltenden Polizeigesetzes ist zu lesen: „Die Polizei kann eine Person für bis zu zwei Wochen aus einer Wohnung und dem unmittelbar angrenzenden Bereich verweisen und ihr die Rückkehr in diesen Bereich untersagen, wenn dies zur Abwehr einer von dieser Person ausgehenden gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit von Bewohnern derselben Wohnung erforderlich ist.“

In § 19 Abs. 1 des Gesetzentwurfs zum SächsPVDG steht hingegen: „Die

Polizei kann eine Person für die Dauer von höchstens 14 Tagen aus ihrer Wohnung, einschließlich dem unmittelbar angrenzenden Bereich, verweisen (Wohnungsverweisung) und ihr die Rückkehr in diesen Bereich untersagen, wenn dies zur Abwehr einer von dieser Person ausgehenden gegenwärtigen Gefahr für Leben, Gesundheit oder Freiheit für eine in derselben Wohnung lebende Person erforderlich ist.“ Offenbar ging es beim Austausch des Begriffs „Gefahr für Leib“ durch „Gefahr für Gesundheit“ nicht um eine redaktionelle Anpassung, sondern um ein Herabsetzen der Eingriffsschwelle. Nach verschiedenen Rechtsauffassungen ist eine „Gefahr für Leib“ graduell schwerwiegender als eine „Gefahr für Gesundheit“. Bei einer Leibesgefahr handelt es sich um die Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung der körperlichen Integrität (Fischer 2014). „Eine Gesundheitsschädigung ist nach ständiger Rechtsprechung und überwiegender Literaturlauffassung zu § 223 Abs. 1 StGB das Hervorrufen oder Steigern eines vom Normalzustand der körperlichen und seelischen Funktionen nachteilig abweichenden pathologischen Zustands, unabhängig von dessen Dauer (siehe BGHSt 36, 1, 6; 36, 262, 265; 43, 346, 354).“ (Petri 2017)

Im Gesetzentwurf finden sich auch beide Formulierungen „Gesundheit“ und „Leib“, sogar in ein und derselben Rechtsnorm (vgl. § 27 Abs. 4). Die Begründung zum Gesetzentwurf führt zu den Gründen und zu bezweckten Folgen nicht aus, was zu einer erheblichen Unsicherheit hinsichtlich der Auslegung der Absichten des Gesetzgebers führen wird.

Erstmals soll in Sachsen zudem durch das neue Gesetz der Begriff „Öffentliche Ordnung“ legal definiert werden: „Öffentliche Ordnung: die Gesamtheit der im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung liegenden ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Beachtung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten Zusammenlebens betrachtet wird“ (§ 4 Abs. 2 des Gesetzentwurfs zum SächsPVDG). Diese Formulierung geht auf Bill Drews, den Präsidenten des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, zurück und wurde 1931 in die Begründung des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes übernommen. Mit der Ergänzung „verfassungsmäßige Ordnung“ wird diese Formulierung auch vom Bundesverfassungsgericht verwendet (BverfGE 69, 315 (352)).

## Literatur

Fischer, Thomas: Strafgesetzbuch mit Nebengesetzen. Verlag C.H. Beck, München 2013.

Petri, Thomas: Stellungnahme des Bayrischen Datenschutzbeauftragten zum Gesetz zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz). München 2017.

*Wir drucken in Teilen einen Aufsatz von Enrico Stange und Florian Krahrmer. Stange ist Mitglied des Landtags und innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, Krahrmer ist Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Uni Leipzig.*

Anja Besand ist Professorin für Didaktik der politischen Bildung. Sie lehrt seit 2009 an der TU Dresden, wo sie den gleichnamigen Lehrstuhl innehat. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehört u.a. die Analyse des Verhältnisses von ästhetischem und politischem Lernen im Zeitalter der Neuen Medien. Im Auftrag des Sächsischen Kultusministeriums wirkte die Hochschulprofessorin 2017 an der Erstellung eines sogenannten „Handlungskonzeptes“ namens „Wie Werte“ mit, von dem sich die Kultusbehörde eine „Stärkung der demokratischen Schulentwicklung und politischen Bildung an sächsischen Schulen“ verspricht.

Nun ist die Politikdidaktikerin ins Visier der AfD geraten. Die Anklage lautet auf Verstoß gegen die Neutralitätspflicht des Beutelsbacher Konsenses. Als Beweis zitiert die anklagende AfD die Professorin aus einem „Magazin für Medien und Politik“ namens „Funkturn“ mit den Sätzen: „Der Beutelsbacher Konsens gilt. Aber das heißt nicht, dass wir zu irgendeiner Art politischer Neutralität verpflichtet sind.“

Beim Beutelsbacher Konsens, der aus dem Jahr 1976 stammt, handelt es sich um das didaktische Grundprinzip politischer Bildung. Kurz gesagt besteht der Konsens aus einem Verbot und einem Gebot. Verboten ist die Indoktrination der Schülerinnen und Schüler (sog. Überwältigungsverbot). Lehrerinnen und Lehrer, die politische Bildung unterrichten, dürfen den Schülerinnen und Schüler kraft ihres Amtes keine Meinung vorgeben. Geboten ist dagegen der Austausch kontroverser Positionen im Unterricht. Was in Wissenschaft und Politik umstritten ist, das muss auch im Unterricht strittig sein. Dazu bedarf es der Perspektivenvielfalt. Hier könnte man von einem Gebot der Kontroversität sprechen.

Was bislang weitgehend unbeanstaltet praktiziert worden ist, das stellt

# Streitbar oder neutral?

Jochen Mattern über die AfD und die Frage, was Lehrkräfte tun dürfen und sollten

die AfD nun infrage. Sie will die Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen auf eine strikte „Neutralität in der politischen Bildungsvermittlung“ verpflichten. Was als Neutralität ausgegeben wird, bedeutet in Wirklichkeit das Verbot von Kritik an der rechtsradikalen Partei. Zur Durchsetzung und Kontrolle der Neutralitätspflicht in politischer Bildung hat die sächsische Landtagsfraktion der AfD seit dem 12. Oktober 2018 die Plattform „Lehrer-SOS“ im Internet installiert. Das ist auf scharfe Kritik von Parteien und Verbänden gestoßen und als „Denunziationsplattform“ oder „Lehrerpranger“ bezeichnet worden. Eine rechtliche Handhabe, von der AfD die Löschung der Internet-Plattform zu verlangen, gibt es jedoch nicht.

Verstöße gegen die parteioffizielle Auffassung von politischer Bildungsvermittlung ahndet die AfD sofort. Das zeigt der angesprochene Fall. Ihrer vermeintlich ungebührlichen Äußerungen wegen wird die Hochschulprofessorin zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage. Von der sächsischen Landesregierung will der hochschulpolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion wissen, wie sie die Aussage der Hochschuldidaktikerin beurteilt und was die Regierung gegebenenfalls gegen die Professorin zu unternehmen gedenkt. Und wie in solchen Fällen üblich, wird auch Auskunft verlangt über die Beteiligung der Landesregierung an

der Finanzierung des Magazins, das die inkriminierten Äußerungen abgedruckt hat. Nicht allein unliebsame Lehrkräfte will die AfD disziplinieren, sondern auch deren Publikationsorganen die Finanzierungsgrundlage entziehen. Im vorliegenden Fall sieht der Kultusminister jedoch keinen Anlass einzuschreiten.

Soweit wollen es Erziehungswissenschaftler der Universität Leipzig gar nicht erst kommen lassen. Um einer möglichen Anklageerhebung zuvor zu kommen, haben sie einen Offenen Brief an die AfD-Landtagsfraktion gerichtet, in dem sie Selbstanzeige erstatten. Die Unterzeichner fordern die AfD auf, ihre Namen auf deren Plattform „Lehrer-SOS“ aufzuführen. Weil sie „auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass Lehramtsstudierende sich und ihre Schüler dazu befähigen und anregen, sich über den Charakter Ihrer Partei ein Bild zu machen“, erscheint es den Leipziger Erziehungswissenschaftlern unvermeidlich, früher oder später auf der AfD-Plattform aufgelistet zu werden. Warum also das Verfahren nicht abkürzen. Ein subversiver Akt, der die ursprüngliche Intention ins Gegenteil verkehrt: Aus dem Lehrer-Pranger entsteht ein Internetportal von couragierten Demokraten. Und ein demonstrativer Akt der Solidarität. Die Verfasser des Offenen Briefes solidarisieren sich mit den Lehrerinnen und Lehrern, die wegen ihrer klaren Worte über die AfD ins Visier der

Rechtsaußen-Partei geraten sind. Sie mögen sich nicht einschüchtern und von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung nicht abbringen zu lassen. Gerade nicht in der Schule. Nachahmung ist also erwünscht.

Die unter AfD-Anklage stehende Anja Besand nennt das „eine politische Bildung mit Haltung“. In besagtem Interview, das die AfD arg verkürzt wieder gibt, fügt die Hochschuldidaktikerin ihrem Widerspruch gegen eine angebliche Neutralitätspflicht hinzu: „Wir sind verpflichtet, Kontroversen zum Mittelpunkt unserer Anstrengungen zu machen. Es gibt durchaus ein normatives Fundament politischer Bildung. Das kann man mit dem Grundgesetz fassen, das kann man aber auch durch Menschenrechte fassen.“

Versuche, eine politische Vormundschaft über Schulen und Hochschulen auszuüben, sind nicht hinnehmbar. Das „Prinzip der Publizität“ (Kant), „das Recht, alles zu sagen und das Recht, alles öffentlich zu sagen und es zu veröffentlichen“, ist insbesondere für die Universität konstitutiv. Jede Einschränkung der Publizität beschädigt die Universität. Allerdings haben die technokratischen Reformen der vergangenen Jahre genau das bewirkt: eine Entpolitisierung der Hochschulen. Sich mit dem Argument zu verteidigen, man sei eine weltoffene Einrichtung, weil man exzellente Fachkräfte aus aller Welt anziehe, reicht für eine Wiedergewinnung des Politischen nicht aus. Hierfür braucht es eine Politik, die aus den Hochschulen wieder das macht, was zu ihrer besten Zeit einmal waren: eine Produktionsstätte *und* eine demokratische Republik, einen Ort der Wissenschaft *und* einen Ort der Politik. Schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Denunziation einer Hochschulprofessorin aus der Universität selbst kam und nicht von außen, aus den Reihen der Studierenden oder aus dem Lehrkörper.

## Preiserhöhungen bei den LVB gestoppt

Das jahrelange Engagement der Linksfraktion im Leipziger Stadtrat für eine Begrenzung der Fahrpreise und eine bessere Finanzierung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) hat sich endlich ausgezahlt. Seit 2009 hatte die Fraktion immer wieder auf die Unterfinanzierung der LVB hingewiesen und 2013 erstmals mit einem Tarifmoratorium den Stopp der jährlichen Preiserhöhungen gefordert. Denn in den letzten Jahren gab es in der Tarifzone Leipzig immer pünktlich zum 1. August Preiserhöhungen von jeweils ca. 3,5 Prozent.

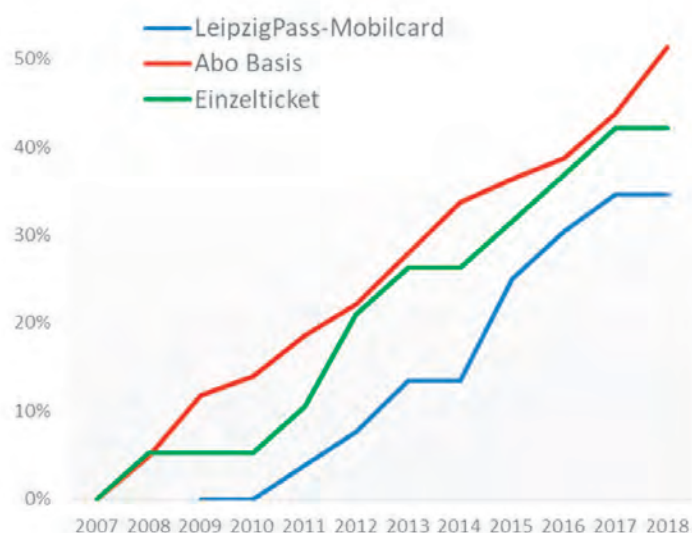
Jetzt ist es in der Ratsversammlung am 24. Oktober 2018 auf Beschlussvorschläge der LINKEN gelungen, die Ticketpreise 2019 und 2020 stabil zu halten und der LVB mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Endlich ist die Preispirale gestoppt. Außerdem wird mit dem Beschluss auch die LVB finanziell bessergestellt. Sie erhielten bisher 45 Millionen Euro jährlich. Dieser Betrag wird 2019 auf 54 Millionen und 2020

auf 56 Millionen Euro erhöht. Dies ist zwar lange noch nicht ausreichend, aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn mittelfristig benötigen die LVB bis 2030 noch erheblich mehr Geld für Betrieb, Erhaltung und Investition. Die Linksfraktion im Stadtrat wird jedoch auch weiterhin auf eine stärkere Beteiligung von Bund und Land drängen.

Eine Wende in der Finanzierung des ÖPNV war mehr als notwendig. Es ist nicht akzeptabel, dass die Fahrgäste und die Beschäftigten ungerechtfertigt große Anteile der jährlich steigenden Kosten stemmen mussten. Das Wichtigste: Der jetzige Beschluss, die Preise für die Jahre 2019 und 2020 stabil zu halten, ist finanzierbar. Damit konnte die LINKE in Leipzig auch ein wichtiges Ziel aus dem Kommunalwahlprogramm von 2013 umsetzen.

• Steffen Wehmann und Franziska Riekewald

Prozentuale Ticketpreissteigerung in Leipzig 2007 - 2018





Es wurde einst ein Wörterbuch übersetzt, das „Dictionnaire Critique du Marxisme (Kritisches Wörterbuch des Marxismus)“, herausgegeben von Georges Labica und Gérard Bensussan. Herausgeber der deutschen Übersetzung war Wolfgang Fritz Haug. Das geschah von 1983 bis 1989. Bald stellte sich heraus, dass zum Verständnis des im Kontext der französischen Marx-Rezeption entstandenen Werks für vorrangig deutsche Benutzer Hilfe nötig ist. Sie sollte mit „Supplementbänden“ gewährt werden. Ein schwieriges Unternehmen, wie wir im ersten Band (1994) der nun zum „Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus“ (HKWM) mutierten „Suppléments“ erfahren: „Alle an Marx anschließenden Richtungen waren zur Mitarbeit eingeladen. Als sich das Projekt zwischen dogmatischem Bannfluch und sozialliberalen Berührungspunkten im damals noch zweistaatlichen Deutschland blockiert fand, internationalisierte es sich und suchte nicht zuletzt, soweit möglich, die Zusammenarbeit mit Intellektuellen aus dem ‚Trikontinent‘ Asien, Afrika und Lateinamerika. Bald wurde die Form eines Supplements gesprengt, schon aus dem äußerlichen Grund, daß es im Umfang auf ein Mehrfaches des übersetzten Werkes angewachsen war.“ (Wolfgang Fritz Haug, HKWM, Vorwort zu Band 1, Berlin 1994, S. I)

Als eigenes Projekt gegründet wurde das Wörterbuch am Rande der Veranstaltungen zu Marx' 100. Todestag in der DDR. Durch eine Neugründung und die Festlegung auf den Namen „Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus“ überlebte das Projekt den Zusammenbruch des Staatssozialismus. Der erste Band erschien viel später als geplant, nämlich 1994. Fertig sein wollte man etwa im Jahr 2000. Nun ist das Projekt in seinem 35. Jahr und gerade mal bis zur Hälfte des Alphabets gediehen. Mir liegt 2018 der Band 9/1 vor: „Maschinerie bis Mitbestimmung“. Wann und mit wem das Werk zu Ende gebracht sein wird, ist wohl offen. Aber zu Ende gebracht werden sollte es.

Wurde es ihm zunächst um 1990 auch prophezeit, so ist der Marxismus längst nicht tot. Haug war sich 1994 sicher: „Sowenig die Geschichte des Christentums mit dem Sturz der ersten christlichen Herrschaft beendet war, so wenig wird die theoretisch-praktische Suche nach solidarischer und umweltverträglicher Vergesellschaftung beendet sein mit dem Sturz der kommunistischen Herrschaft.“ (HKWM, Vorwort, Band I, 1994, S. II) Und er meinte zu Recht: „Das Besserwissen, das sich nach einer Niederlage einstellt, ist nicht unbedingt besseres Wissen.“ (ebenda, S. III) Um „besseres Wissen“ geht es. Da steht an erster Stelle die Erkenntnis, dass „Marxismus“ keine monolithische Denkschule ist. Für so manche vielleicht etwas Neues, aber Richtiges – Marxismus ist vielmehr ein pluralistisches Projekt. „Gemessen an der Geschichte marxistischen Denkens gehört zum Neuen heute nicht die Wiederherstellung einer ‚geschlossenen Weltanschauung‘, sondern die Wahrnehmung der ‚ungenzen Ganzheit‘ (Sartre) ...“ (Haug, HKWM, Vorwort Band 2, 1995, S. I) Hierin sehe ich den dominanten Wert der Unterneh-

# „Ungewisse Gewissheiten“

Das „Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus“ ist nach 35 Jahren auf der Hälfte des Weges. Von Prof. Dr. Peter Porsch

mung. Es öffnet sie für Divergenzen und Differenzen im Theoretischen wie im praktisch-politischen Bezug und erweitert die Sichtweise des „Marxistischen“ auf die sich verändernde Welt, ohne sich im Grundsätzlichen aufzugeben. Der Titel des Wörterbuches verdeckt das etwas. Es müsste eigentlich als ein „Historisch-kritisches Wörterbuch der Marxismen“ angeboten werden. Das Werk verschreibt sich der Aufgabe, „die Täuschungen innerhalb marxischer Theoreme und ihre Ideologisierung durch die Marxismen an der Macht historisch-kritisch aufzuarbeiten. Nicht weniger aber gilt es, die Arbeit an der marxistischen Theorie fortzusetzen. Der Sinn des historisch-kritischen Projektes ist die Gewinnung der Zukunft.“ (Haug, HKWM, Vorwort Band 4, 1999, S. III) Diesen Weg geht man gerne mit. Es ist ein Weg auch in ungewisse Gewissheiten. Es war am Anfang nicht vorzusehen, welche Begriffe sich in den Weg stellen würden. Vor allem der „Brückenschlag in die Gegenwart zu neuen sozialen Bewegungen“ (Haug, HKWM,

Vorwort Band 6, 2004, S. III) brachte Neuigkeiten. Wer hätte 1998 schon gedacht, dass 2004 Begriffe wie „Homosexualität“ und „Heteronormativität“ aufzunehmen sind. Wer die Artikel liest, wird schnell feststellen, dass eine marxistische Perspektive notwendig ist. Eine große Bereicherung erfährt das Buch durch die Durchdringung mit marxistisch-feministischer Begrifflichkeit. Hauptsächlich verantwortlich dafür ist Frigga Haug.

Das Wörterbuch vermittelt nicht einfach gesichertes Wissen. Es folgt vielmehr dem Pluralismus der „Marxismen“, spaltet sie in ihren Begrifflichkeiten auf, vermittelt das damit verbundene „bessere Wissen“ aber nie als „Besserwisserei“. Wo die Divergenzen offensichtlich und groß sind, schreiben mehrere zum gleichen Begriff. Haug bekennt 2015: „Im Blick auf die Widersprüche des Marxismus und des Marxistseins haben wir uns mit aller Kraft bemüht, in der Beobachtung genau und in der Darstellung rücksichtslos offen

zu sein. Dass wir das nicht im zeugenlosen Selbstgespräch, sondern öffentlich tun, grenzt an Tollkühnheit.“ (HKWM, Vorwort zu Band 8/II, 2015, S. II)

Es ist in jeder Zeile des bisher Erschienenen die persönliche Verantwortung der Autorin oder des Autors für das Ausgeführte erkennbar. Obwohl in sich widerstreitend ist damit wohl auch ein Subjekt des Marxismus oder zumindest ein wichtiger Teil dieses Subjektes erkennbar. Damit wird das HKWM zu einem Bekenntnis persönlicher Verantwortung für den Fortgang der Geschichte unter marxistischen Vorzeichen. Es unterscheiden sich damit marxistische Theorie und Praxis und ihre Akteure und Akteurinnen fundamental von jenen des Kapitalismus. Sie erfüllen eine historische Aufgabe. Den Herausgeberinnen und Herausgebern, den institutionell Unterstützenden und den Sponsorinnen und Sponsoren sei Dank gesagt. Es lohnt alle Mühe: „Wer, wenn nicht in marxischer Kritik der politischen Ökonomie gebildete, kapitalismuskritische Geister sollte sich die brennende Problem-, Konflikt- und Krisenwelt des Kapitalismus aufladen? Die Kapitalisten, ihre staatlichen ‚Gesamtkapitalisten‘ und ihr intellektueller Anhang sind absorbiert vom Unmittelbaren des Moments bzw. vom absehbaren Unmittelbaren der nahen Zukunft. Sie müssen sich der Weltprobleme nur insofern annehmen, als diese die Grundlage des Weiter-so unmittelbar gefährden. Der Gefahr, die der Kapitalismus selbst darstellt, kehren sie den Rücken zu. Da Kapitalismus eine in ständiger Wandlung sich reproduzierende, prozessierende Struktur antagonistischer Akteure ohne einheitliches Subjekt ist, muss niemand für ihn die Verantwortung übernehmen.“ (Haug, HKWM, Vorwort zu Band 8/II, 2015, S. II f.)

Freilich, wer die marxsche Kritik in die Gesellschaft tragen will, muss in der Gesellschaft verstanden werden. Die Sprache des HKWM ist dazu eher selten unmittelbar geeignet. Das ist ein Problem der Arbeitsteilung, die akademische Eliten kennt. Genau dies muss aber von Marxistinnen und Marxisten aufhebbar sein. Es kann werden, je mehr marxistische Gesellschaftskritik greift, weil die Arbeitsteilung als Ausbund des Kapitalismus natürlich auch Gegenstand der Kritik werden muss. Das HKWM kann schon heute eine Gehilfe sein beim Weg in eine Gesellschaft, „... wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Karl Marx/Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie. MEW 3, S. 3) Akademische Debatten in politische Bildung verwandeln ist eine aktuelle Aufgabe. Das HKWM sollte sich künftig etwas mehr bemühen, ohne Qualitätsverlust an der Lösung dieser Aufgabe mitzuwirken. Artikel zu „Sprachkritik“ oder „Soziolinguistik“ könnten da zur Selbsthilfe beitragen.



# Plädoyer für eine Hundertjährige

Die Novemberrevolution als friedens- und gesellschaftspolitische Großtat. Von *Wulf Skaun*

„Die deutsche Novemberrevolution 1918 bedarf ... eines differenziert revidierten Geschichtsbildes.“ Zu diesem Schluss kam Ottokar Luban, ein exzellenter Kenner der Materie, bereits 2009. Seine Kritik richtete sich gegen vorherrschende ideologische Deutungsmuster, die die Rolle der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte herabminderten und stattdessen die Mehrheitssozialdemokratie Friedrich Eberts adelten, die Revolution vom 9. November angeführt und ihr zum Erfolg verholfen zu haben.

Einer Revision bedurfte aber auch der traditionell eher geringschätzige Blick auf die Errungenschaften der bis dato größten Massenaktionen in Deutschland. Von der ungeliebten, weil halben, unvollendeten, ja gescheiterten Revolution war in der internationalen Historiographie abwertend die Rede, ehe sie nach einem Paradigmenwechsel in den letzten Jahren zu gerechterer Beurteilung fand. In diesem Geiste widmete sich auch der 38. Jour fixe seinem Diskursthema „100 Jahre Novemberrevolution“. Wiederum am gewohnten Tagungsort der RLS Sachsen in der Leipziger Harkortstraße 10 und wiederum vor vollbesetzten Stuhlreihen skizzierte Klaus Kinner, der auch die Debatte moderierte, zunächst den aktuellen Stand der Diskussion und Forschung.

Mit Blick auf die Resultate der 1918er Revolutionstage und ihre neue Wertschätzung betonte Kinner, dass die oft geschmähte Novemberrevolution den imperialistischen Weltkrieg beendet, die Monarchie gestürzt und eine Republik geschaffen habe, die zu den ersten parlamentarischen Demokratien in einem industriell hoch entwickelten Land zählt. Ihr seien Achtstundentag,

Betriebsräte, Frauenwahlrecht, verbesserte Sozial- und Altersversicherung, Tarifpartnerschaft, aber auch die Trennung von Kirche und Staat zu verdanken. Kritisch beleuchtete er in seinem „Plädoyer“ gegen destruktive Bewertungen der Revolution die Rolle der Sozialdemokratie, die sich mit der USPD ihres linken Flügels entledigt hatte „und zur Jagd getragen werden musste“. Seine beiläufige Bemerkung, die SPD habe die Revolution nicht verraten, sondern gemäß ihren originären Positionen gehandelt, löste allerdings Widerspruch im interessiert mitgehenden Auditorium aus.

Der Berliner Historiker Florian Wilde, Laureat des Wissenschafts-preises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2013, machte die Jour-fixe-Gemeinde dann mit seiner Biographie eines fast vergessenen Hauptakteurs der Revolution bekannt. Sie trägt den programmatischen Titel „Revolution als Realpolitik“ und ist Ernst Meyer (1887–1930) gewidmet. In einem temperamentvollen

Vortrag porträtierte Wilde den Mitstreiter von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der in der Spartakusgruppe und der jungen KPD eine bedeutende Führungsrolle spielte. In den späteren strategischen Debatten habe er sich konsequent für eine Einheitsfront der Arbeiterbewegung als einer Form revolutionärer Realpolitik eingesetzt. Im Zuge der Stalinisierung der KPD sei er an den Rand und aus dem Gedächtnis der Partei gedrängt worden.

Über ein aus dem öffentlichen Blick lange verschwundenes historisches Dokument der Revolutionszeit informierte Manfred Neuhaus. Für den angekündigten, doch kurzfristig verhinderten Berliner Stiftungskollegen Jörn Schütrumpf stellte er dessen spektakuläres Publikationsprojekt „Spartakusaufstand“ vor. Es handelt sich um den parlamentarischen Untersuchungsbericht über die Januar-Unruhen, den die verfassunggebende Preußische Landesversammlung im März 1919 in Auftrag gegebenen hatte. Wie Schütrumpf

die kuriose Entstehungs- und Wirkungsgeschichte rekonstruiert, sei ein Kabinettsstück. Die zum Revolutionsjubiläum vom Dietz Verlag publizierte originalgetreue Reproduktion der 1921 gedruckten, aber seither kaum beachteten Unter-suchungsresultate entziehe der Legende vom „Spartakusaufstand“ den Boden. Nach eingehendem Aktensstudium und Zeugenbefragungen sei es bereits im Juli 1919 zur Gewissheit geworden, dass die Kommunisten die Januar-Unruhen weder verursacht, geschweige denn angeführt haben. Dafür hätten hauptsächlich die revolutionären Obleute und die Berliner Organisation der USPD Verantwortung getragen.

Den drei informativen Vorträgen folgte eine sehr lebhaft Diskussions. So erklärte Bernd Rüdiger mit Bezug auf die Ergebnisse der Novemberrevolution, dass die parlamentarische Demokratie auch für die sozialistische Linke günstigere Kampfbedingungen bedeutete. Vor allem aber habe sie die Forderung der Massen erfüllt, den mörderischen Krieg zu beenden und „Frieden und Brot“ zu schaffen. Monika Runge wandte sich am Beispiel des Revolutionsgeschehens gegen unrealistische politische Strategien, „die Geschichte zu überlisten“. Bestimmten historischen Epochen entsprächen bestimmte Staatstypen. Der Untergang der Monarchien am Ende des Ersten Weltkrieges setzte demnach die Errichtung bürgerlich-demokratischer Republiken auf die Tagesordnung. Auf die lokalpolitische Ebene holte Volker Külöw die Novemberrevolution. Am 8. November 1918, noch vor dem Berliner Fanal, seien Matrosen vom Leipziger Hauptbahnhof nach Connewitz gezogen, während vom Rathaus die rote Fahne den Anbruch einer neuen Zeit verkündete ...



Foto: Bundesarchiv, Bild 183-B027-0001-810 / UteKam / CC-BY-SA 3.0

## Solidarische Hilfe für kleine Patienten

Die *Solidaritätsorganisation Cuba Sí* unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4.000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1.500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist

eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als zehn Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische



**Kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“.**  
Bild: Cuba Sí

Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute deshalb veraltet oder defekt. Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät,

Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik gekauft werden.

Schon im Mai konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial nach Kuba schicken. Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

**Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Si**  
**IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10**  
**BIC/SWIFT: BE LA DE BE XXX**  
**Verwendungszweck: Kuba muss überleben**

Mehr unter [www.cuba-si.org](http://www.cuba-si.org)



Die von Klaus Dallmer, Jahrgang 1951, unter dem Titel „Wladimir Lenins Großer Sozialistischer Oktoberumsturz und die Folgen“ verfasste Publikation arbeitet heraus, dass der Sturz der zaristischen Selbstherrschaft nicht als ein von Lenin ausgedachter Putsch in Leningrad stattfand, sondern eine tiefgreifende Revolution breiter Massen von Arbeiter und Bauern in Russland war, die das internationale Geschehen weitgehend prägte.

Lenin war der hauptsächliche Architekt der Oktoberrevolution, wobei die vom Autor als Oktoberputsch bezeichnete Machteroberung das Werk mehrerer talentierter Persönlichkeiten der Bolschewiki darstellte.

Dallmer behandelt den überaus opferreichen Bürgerkrieg gegen die junge Sowjetmacht und die Herrschaft der Bolschewiki, von allen beteiligten Seiten mit äußerster Brutalität geführt – mitbestritten von militärischen Interventionsverbänden aus 14 Ländern. Als Quintessenz gilt: Die weißen Konterrevolutionäre und die ausländischen Interventen hatten keine Chance, da sie nur die vorrevolutionären Eigentums- und Machtverhältnisse zu bieten hatten. In diesem Geschehen ist in hohem Maße die Ausprägung des Herrschaftssystems als Diktatur des Parteiapparates begründet, dem die Strukturierung der staatlich geleiteten Kommandowirtschaft folgte.

Das Wirken der Komintern und der internationalen kommunistischen Bewegung wurde stets überlagert von den außenpolitischen strategischen Interessen der Sowjetunion. Das verdeutlicht der Autor in Verbindung mit dem spanischen Bürgerkrieg wie an der Verfahrensweise nach dem Zweiten Weltkrieg bezüglich der Linksentwicklung in Italien und des Bürgerkrieges in Griechenland.

Einige grundlegende Folgen der Oktoberrevolution und der Entwicklung der Sowjetunion bleiben in der von Dallmer

# Oktoberrevolution und die Folgen

Winfried Steffen rezensiert eine Publikation des Politologen Klaus Dallmer



abgefassten Publikation faktisch unberücksichtigt. Zu Recht wird das Stalinische Herrschaftssystem mit den unzähligen Opfern gebrandmarkt. Trotzdem wirkten maßgeblich auch andere Faktoren. Wie wäre es sonst zu erklären, dass nach dem heimtückischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion in dem aus ihrer Sicht Großen Vaterländischen Krieg dazu imstande waren, den militärischen Hauptbeitrag bei der Niederrichtung der deutschen Wehrmacht

und ihrer Verbündeten zu erbringen und eine Reihe von Völkern vom faschistischen Joch zu befreien? Darüber hinaus mussten die Völker der Sowjetunion die Mittel aufbringen, um das US-Atomwaffenmonopol kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zu brechen – unabdingbar für die Friedenssicherung. Ebenso wird mit keiner Silbe der jahrzehntelange Kalte Krieg erwähnt, der von den USA und ihren Verbündeten gegen die Sowjetunion und die anderen damaligen sozialistischen Länder geführt wurde.

In dem mit „Außen“ überschriebenen Abschnitt wird nur das Wirken der Sowjetunion nach außen hin behandelt oder erwähnt (ausschließlich negativ), als Gegengewicht gegen das imperialistische Lager und für die Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegungen der kolonialisierten Völker. Völlig ausgespart wird der Kalte Krieg auch in der Hinsicht, dass die USA und die NATO diesen gegen die Warschauer-Vertrags-Staaten geführt haben und letztlich über das Wettrüsten das Wegbrechen des sozialistischen Systems in Europa bewirken konnten. Das Scheitern des Sozialismus wird so ausschließlich auf dessen innere Entwicklung in diesen Ländern reduziert. Letztere wird treffend dargestellt.

Es ist Klaus Dallmer voll zuzustimmen, wenn er im mit „Künftig anders“ über-

demokratisch diskutiert und entschieden werde. Daraufhin beschloss das Präsidium den Ausschluss Hausens aus dem EKKI. Damit ist der KPD-Führung grünes Licht für den Ausschluss oppositioneller Parteimitglieder gegeben.

Nachdem Ernst Wollweber, als Instrukteur des ZA nach Breslau gesandt, vorher in Abwesenheit von Hausen mit einem regelrechten innerparteilichen Putsch alle Funktionen der dortigen Bezirksleitung mit thälmannstreuen RFB-Mitgliedern neu besetzt hat, wird Hausen Anfang Dezember 1928 in Breslau zusammen mit 16 Genossen aus der KPD ausgeschlossen. Am 28. Dezember 1928 erfolgt in Berlin, beschlossen von 74 Delegierten, die Gründung der KPD-Opportunisten (KPD-O) als einer organisierten Richtung im Kommunismus. Zuvor hat Hausen gemeinsam mit seiner Frau Lisa am 17. November 1928 in Breslau die Zeitung „Gegen den Strom“ gegründet, die in kurzer Zeit zur wichtigsten zentralen Publikation der KPD (O) wird. Hausen, der nunmehr nach Stuttgart geht, ist Sekretär der dortigen Bezirksleitung der KPD (O) und gehört gleichzeitig deren Reichsleitung an. Nach der faschistischen Machtüber-

schriebenen Schlussabschnitt schreibt: „Es ist durchaus empfehlenswert, die Herrschaft des Kapitals. ... abzuschaffen ... Möglich ist dies nur, wenn in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen die Köpfe und Herzen der Mehrheit erobert werden für eine selbstbestimmte ausbeutungsfreie Gestaltung der Gesellschaft der Zukunft.“

Offenbar entstand die Publikation mit heißer Feder. Das wird neben manchen Textstellen auch sichtbar am lockeren Umgang mit dem Quellenmaterial. Unüblich ist der Hinweis an den interessierten Leser, detaillierte bibliografische Daten im Internet abzurufen. Dieser laxer Umgang trifft auch auf die Angaben zur benutzten Literatur zu, die fern jeglicher Anforderungen abgefasst sind.

## Lyrisches

### Heilig?

*Geweihete Nacht  
Im Weihrauch verraucht  
Rauschkauf raubt Sinn*

### Leben

*Kalenderblatt für Kalenderblatt  
Gewachsen*

• Janina Niemann-Rich

### Schöne Bescherung!

*Gänseschmalzfette Lüge:  
Mehr Profit = mehr Arbeitsplätze  
Spruch zündet bei nadelnden  
Politspießern  
Wäre Kapitalismus ein Tannenbaum  
Dann mit Zündkerzen*

• Jürgen Riedel

## Vor 45 Jahren verstorben: Erich Hausen

Geboren am 5. Februar 1900 in Muskau/Oberlausitz, wird der gelernte Elektriker Erich Hausen noch im letzten Kriegsjahr 1918 zum kaiserlichen Heeresdienst einberufen. Nach seiner Entlassung im Januar 1919 tritt er der Ostern 1917 gegründeten USPD bei. 1920 gehört er zu den Linken der Partei, die

wird er am 7. Dezember 1923 verhaftet und zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Am 26. August 1925 aus der Gefängnishaft entlassen, wird er kurz darauf Politischer Leiter für den Partebezirk Schlesien. Als er wegen der Korruption in Verbindung mit der Wittdorf-Affäre prinzipielle Kritik an Ernst Thälmann übt, wird er jedoch seiner Funktion in Breslau enthoben und im November 1928 als Mitglied des ZA der KPD nach Moskau geladen, wo er vor dem Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) zum Abgehen von seiner Kritik an der Führung der KPD veranlasst werden soll. Ausführlich begründet er vor dem Präsidium des EKKI seine Entschlossenheit, Kommunist zu bleiben, aber Widerstand gegen die ultralinke Linie der KPD-Führung zu leisten. Die organisierte Oppositionsarbeit werde eingestellt, wenn über die Strategie und Taktik der Partei

nahme ist er in Berlin Politischer Leiter des illegalen Komitees der KPD (O). Auf dem Weg zu einem Grenzübertritt in die CSR in Bad Elster verhaftet, kommt er, im Besitz eines gültigen französischen Passes, nach sechs Monaten frei und es erfolgt seine Abschiebung nach Frankreich. Dort lebt er zunächst ohne Aufenthaltsgenehmigung illegal in Straßburg, danach anderenorts, zuletzt in Paris, verantwortlich für die illegale Inlandsarbeit der KPD (O) im faschistischen Deutschland. Bei Kriegsausbruch verhaftet und in verschiedenen Lagern interniert, gelingt es ihm und seiner Frau 1941 nach den USA zu entkommen, wo er jedoch erst nach elfjährigen Bemühungen als politischer Flüchtling anerkannt wird.

Nachdem zu Kriegsbeginn die KPD (O) formell aufgelöst worden war, beschließt Hausen, seine parteipolitische Arbeit zu beenden. Er hält enge Kontakte mit Emigrationsfreunden und nach 1945 mit ehemaligen KPD(O)-Mitgliedern in Deutschland. Zunächst noch als Elektromonteur in den USA tätig, verstirbt Hausen am 19. Dezember 1973.

• Prof. Dr. Kurt Schneider



zur KPD übertreten. Nach der März-Aktion 1921 wird er in Cottbus Lokalredakteur der KPD-Zeitung „Rote Fahne“ für die Lausitz. In der Folgezeit gehört er der KPD-Bezirksleitung als Mitglied an, bevor er 1921 zum Kandidat und 1923 zum Mitglied des Zentralausschusses (ZA) der KPD gewählt wird. Während des Parteiverbots illegal tätig,

# Terminübersicht



**Leipzig, 10.-12. Dezember, 20.00 Uhr**

■ Aufführung  
**THEATER WERKSTATT: CYANKALI nach Friedrich Wolf**

Eine Produktion von Kornelius Friz in Zusammenarbeit mit Werkstattmacher e.V. und LOFFT – DAS THEATER. Gefördert von der Stadt Leipzig, Kulturamt und mit Unterstützung der RLS Sachsen.

LOFFT in der D22, Demmeringstr. 22, 04177 Leipzig

Hete ist schwanger. Da sie und ihr Freund Paul ohne Einkommen dastehen, versucht Hete alles, um das Ungeborene loszuwerden. Letztlich ist es ihre Mutter, die ihr Zyankali verabreicht. Das Gift wirkt, aber der eilig gerufene Arzt kann der Sterbenden nicht mehr helfen. Stattdessen zeigt er sie und ihre Mutter an: wegen Abtreibung. Als „Cyankali“ 1929 in Berlin uraufgeführt wurde, galt der Abbruch einer Schwangerschaft als Straftat. Auch 2018 hat sich daran nichts geändert. In dieser an das Skandalstück des Arztes und Dramatikers Friedrich Wolf angelehnten Inszenierung legen Frauen Zeugnis ab. Eintritt: 9 €, ermäßigt 6 €

**Leipzig, 13. Dezember, 16.00 Uhr**  
■ Vortrag und Diskussion

**In memoriam Professor Dr. Hans Piazza**

REIHE: Jour Fixe – Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Prof. Dr. Manfred Neuhaus.

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, Leipzig

Kollegen und Freunde gedenken des im vergangenen Jahr verstorbenen Leipziger Historikers und Gründungsmitglieds der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Der Chemnitzer Arbeiterjunge Hans Piazza (\*1932) hat als Schüler Walter Markovs, Geschichtspräsident, Sektionsdirektor und Prorektor im Rektoratskollegium von Lothar Rathmann Spuren in der Leipziger Universitätsgeschichte hinterlassen.

**Dresden, 15. Dezember, 14.30 Uhr**

■ Vortrag und Workshop  
**Was ist und was kann Demokratie sein?**

Mit Dr. Friedemann Affolderbach (Sozialräumliche Grundlagen Sozialer Arbeit an der Hochschule Rhein Main) und Prof. Dr. Uwe Hirschfeld (Evangelische Hochschule Dresden).  
Evangelische Hochschule Dresden, Dürerstraße 25, 01307 Dresden

**Chemnitz, 5. Januar, 14.00 Uhr**

■ Ausstellungsbesuch  
**Mario Pfeifer. Again / noch einmal\***

Kunstsammlungen Chemnitz, Theaterplatz 1, 09111 Chemnitz

In dieser Arbeit greift Pfeifer einen Vorfall im sächsischen Arnsdorf wieder auf, als ein Geflüchteter von vier deutschen Männern nach einem Streit im Supermarkt an einen Baum gefesselt wurde. Der Fall wurde nicht vor Gericht verhandelt, da der Geflüchtete tragisch verstarb und das Gericht kein öf-

fentliches Interesse an einer Strafverfolgung sah. Pfeifer rekonstruiert den Vorfall und lädt zehn Bürger\*innen mit unterschiedlichen Flucht- und Migrationserfahrungen ein, der Rekonstruktion beizuwohnen und anschließend ihre Sicht zu erläutern. Der Künstler zeigt die unterschiedlichen Perspektiven, untersucht ethische Normen und die fließenden Grenzen zwischen Notwehr, Zivilcourage und Selbstjustiz. Er lädt die Betrachter\*innen der Videoinstallation ein, sich ihr Urteil zu bilden. Eintritt: 5 Euro, ermäßigt: 2,50 Euro.

**Leipzig, 9. Januar, 18.00 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**„fest und klar und heiter sein“**

– eine Hommage an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht aus Anlass des 100. Todestages. REIHE: Jour Fixe – Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Dr. sc. Harald Koth, Prof. Dr. Manfred Neuhaus, Dr. Antonia Opitz, Dr. Holger Politt, Dr. Monika Runge, Dr. sc. Wilfried Trompelt, Dr. Ursula Wohlfeld und Dr. Volker Külow. Moderation: Prof. Dr. Klaus Kinner.

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

**Dresden, 12. Januar, 12.30 Uhr**

■ Diskussion  
**Antisemitismus – was ist das eigentlich?**

REIHE: RedBagLunch. Mit Stefan Schwarz (Projektmitarbeiter HATIKVA).  
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

In den Medien heißt es aktuell, dass es wieder verstärkt zu antisemitischen Vorfällen kommt. Doch was ist eigentlich Antisemitismus? Wodurch ist er gekennzeichnet und wo kommt er her? Woran erkenne ich ihn? Lasst uns gemeinsam darüber diskutieren und vor allem wie wir dem entgegenwirken können. Wir essen gemeinsam, bilden uns, diskutieren. Mitbringen: Mittagessen (wenn ihr mögt), das Leitungswasser stellen wir, Mikrowelle und Herd vorhanden.

**Leipzig, 15. Januar - 5. März, dienstags-sonntags 10.00-18.00 Uhr, mittwochs 12.00-20.00 Uhr**

■ Ausstellung  
**Ute Richter - Der 15. Januar 1919 war ein Mittwoch**

Eine Ausstellung zu einem Zeitungsprojekt von Ute Richter mit Drucken basierend auf Rosa-Luxemburgs Herbarium und einem Text von Dietmar Dath und einem Text von Britt Schlehahn. Das Zeitungsprojekt entstand mit Unterstützung der RLS Sachsen.  
Foyer des Museums der Bildenden Künste Leipzig, Katharinenstraße 10, 04109 Leipzig

**Dresden, 16. Januar, 19.00 Uhr**

■ Ehrung  
**„Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark.“ (Rosa Luxemburg)**

Zum 100. Todestag von Rosa Luxemburg. Mit Christian Wintrich (Ortsamtsleiter Dresden-Pieschen), Dagmar Enkelmann (Vorsitzende der Rosa-Lu-

xemburg-Stiftung), Kristin Dänhardt (Autorin), Richard Kaniewski (Vorsitzender der SPD Dresden), Sven Brajer (Historiker, RLS Sachsen), Dr. Wilfried Trompelt (Autor, RLS Sachsen) Uli Reinsch (Musiker) und Annekatri Klepsch (Kulturbürgermeisterin Dresden)

Theaterhaus Rudi, Fechnerstraße 2a, 01139 Dresden

**Chemnitz, 14. Januar, 18.30 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Brasilien nach den Präsidentschaftswahlen\***

Mit Gerhard Dilger (Büroleiter der RLS in Sao Paulo).

Rothaus, Lohstraße 2, 09111 Chemnitz

**Dresden, 15. Januar, 18.00 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Brasilien nach den Präsidentschaftswahlen\***

Mit Gerhard Dilger (Büroleiter der RLS in Sao Paulo).

WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

**Leipzig, 16. Januar, 18.00 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Brasilien nach den Präsidentschaftswahlen\***

Mit Gerhard Dilger (Büroleiter der RLS in Sao Paulo).

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

**Leipzig, 26. Januar, 14.00 Uhr**

■ Preisverleihung  
**Verleihung des Wissenschaftspreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen** mit anschließendem Neujahrsempfang  
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

**Frankenberg, 29. Januar, 19.00 Uhr**

■ Lesung  
**„Bleib ein Mensch, Kamerad, ...“** – Jura Soyfer und seine Zeit\*  
Mit Mike Melzer (RLS Sachsen). Ei-

ne Veranstaltung des Frankenger Bündnisses für Toleranz und Demokratie – Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und der RLS Sachsen.  
Haus der Vereine, Bahnhofstraße 1, 09669 Frankenberg

Jura Soyfer (1912 - 1939) betrachtete als Kolumnist und Kommunist seine Zeit und schrieb bissig-böse Kommentare über SA-Bullen, über einfache Menschen, über KDF, über deutsche Juristen sowie über die deutsche Verfassung. Er schrieb Stücke wie „Der Weltuntergang“ oder „Broadway-Melodie 1492“, die auch heute nichts an Aktualität verloren haben. Er wurde 1938 verhaftet, kam ins KZ Dachau und starb mit 26 Jahren im KZ Buchenwald.

**Leipzig, 29. Januar, 18.00 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Mythos und Geschichte\***  
REIHE: Philosophische Dienstagsgesellschaft. Mit Dr. Peter Fischer (Philosoph), Moderation: Prof. Dr. Manfred Neuhaus.  
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, 04107 Leipzig

Weil „Mythos“ u.a. auch „Erzählung“ bedeuten kann, werden in neueren Debatten unter der Überschrift „Narration“ die Begriffe Mythos und Geschichte einander angenähert. Gegen diesen Trend sollen aus philosophischer Sicht die beiden Begriffe im Unterschied zueinander bestimmt werden, wobei sich weitere begriffliche Differenzierungen als nötig erweisen, wie z.B.: Ritus und Mythos, genuiner und hergestellter Mythos, geschichtliches Bewusstsein, regionalontologischer Geschichtsbegriff und Geschichtswissenschaft.

\* in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.

## Impressum

### Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

### Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

**Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papierausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 29.11.2018

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 07.02.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und

Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

### Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773



# „Ich will nicht, dass wir jammern“

Petra Köpping diskutiert bei Jour fixe ihr Buch „Integriert doch erst mal uns!“ Von *Wulf Skaun*

Als Petra Köpping im August erstmals bei Jour fixe, dem unkonventionellen Leipziger Gesprächskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen auftrat, war sie nicht jedem ein Begriff. Inzwischen ist die sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration bundesweit bekannt. In Presse, Funk und Fernsehen hat sie als gefragte Gesprächspartnerin ihre aufklärerische Mission artikuliert, die Nachwendzeit in öffentlicher Diskussion endlich aufzuarbeiten und dabei die regierungsamtlich lange beschwiegene schicksalsschweren Totalumbrüche im Leben der Ostdeutschen in den Mittelpunkt zu rücken. „Integriert doch erst mal uns!“, heißt ihre im September mit dieser Botschaft erschienene Publikation, der sie das Attribut „Streitschrift für den Osten“ beigegeben hat. Weil es ihr darauf ankomme, das umstrittene und strittige Thema in sachlichem Gedanken- und Meinungsaustausch mit Gleichgesinnten wie Andersdenkenden auszuloten. Diese Absicht führte Petra Köpping Ende November auch in die Thalia Buchhandlung in der Leipziger Karl-Liebknecht-Straße, wohin Jour fixe 39, wie immer öffentlich, eingeladen

hatte. Vor mehr als 60 Gästen, darunter auffällig vielen jungen Frauen, erinnerte Moderatorin Ursula Wohlfeld an den August-Auftritt der Staatsministerin zur Treuhandpolitik. Diesmal ginge es ihr darum, ihre ostdeutschen Mitbürger aufzufordern und zu ermutigen, sich gesellschaftlich einzumischen und Politik aktiv mitzugestalten, wie im Motto des Abends angezeigt: „Ich will nicht, dass wir jammern, ich will Gerechtigkeit.“

Dann legte die ministeriale Autorin mit der ihr eigenen Leidenschaftlichkeit und Eloquenz los. Talkshow-gewitzt baute sie in ihre Vortragsdramaturgie kommunikativ-freundliche Spannungsbögen ein. So vermittelte sie dem aufmerksam lauschenden Publikum die Grundideen ihres Buches in einer Mischung aus historisch-dokumentarischer Perspektive und emotional berührenden Episoden aus ihren vielfältigen Begegnungen mit Angehörigen der ersten ostdeutschen Nachwendegeneration. Am Schicksal Einzelner illustrierte sie wichtige Etappen der Nachwendeentwicklung. Die damals Dabeigewesenen im Auditorium erleb-

ten Köppings facettenreiche Chronik dankbar als auffrischende Erinnerung. Den Nachgeborenen bot sie eine unterhaltsam-nachhaltige Lehrstunde einer für sie vielfach unbekanntem Zeitgeschichte, oft anhand erstaunlicher Tatsachen.

Wie sehr die Referentin den Nerv des Mehr-Generationen-Auditoriums getroffen hatte, zeigte die anschließende Aussprache. Moderatorin Ursula Wohlfeld hatte bereits in ihren Auftaktworten dazu ermuntert, der Ministerin an Fragen, Statements und eigenen Ideen mitzugeben, was deren selbstaufgelegtem Auftrag zur Aufarbeitung der Ungerechtigkeiten in der Nachwendzeit dienen könnte. In diesem Sinne ging es nun ohne Schaltpause zwischen Jour-fixe-Publikum und Petra Köpping vertrauensvoll hin und her. Die Ministerin, angespornt durch die partnerschaftliche Atmosphäre, lief nochmals zu großer Form auf. Nicht ohne Stolz erklärte sie, dass das von ihr angestoßene Thema Ostdeutschland auch „oben“ angekommen sei, wie die Jubiläumsreden zum Tag der deutschen Einheit bewiesen. Die Bundesregierung kom-

me nun an manchen Vorschlägen, die sie in ihrer Streitschrift dargelegt habe, um Benachteiligungen und mangelnde Wertschätzung der Ostdeutschen zu beenden, nicht mehr vorbei. Dazu gehörten zuvörderst die Reformierung der unsozialen Hartz-IV-Regelungen und der ungerechten Rentenpolitik. Zu ihrer Meinung über die Verantwortung der sächsischen CDU beim Erstarken des Rechtsextremismus befragt, blieb sie die Antwort nicht schuldig: Bevor Michael Kretschmer Parteivorsitz und Regierungsverantwortung übernahm, seien rechtsextremistische Umtriebe eher bagatellisiert worden, während der Linksextremismus als Hauptübel galt. Der neue Ministerpräsident habe dies selbstkritisch als Fehler eingeräumt und sich zu aktiver Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bekannt.

Langer Beifall dankte der Sozialdemokratin, die den Staffstab ihres Vorbilds Regine Hildebrandt als „Mutter Courage des Ostens“ übernommen hat. Den Weg nach Hause traten nicht wenige Diskursgäste mit einer persönlichen Widmung in ihrem Buch an.

## Ich will meine Akte!

„Wie westdeutsche Geheimdienste Ostdeutsche bespitzeln“: *Ralf Richter* hat einen Buchtipp

Der Buchtitel des Autors Robert Allertz führt auf den Holzweg. Denn wer nun etwa gespannt ist zu lesen, „Wie westdeutsche Geheimdienste Ostdeutsche bespitzeln“, erfährt das gerade nicht. Für Sächsinen und Sachsen – insbesondere solche aus Dresden – ist das Buch dennoch äußerst interessant, weil es ein Wiedersehen mit einem „alten Bekannten“ verschafft, dessen Kampf um seine Akte(n) beim BND und Verfassungsschutz hier aufgeblättert wird: Hans Modrow, letzter Dresdner SED-Bezirksparteisekretär.

Gerade in der Weihnachtszeit kommen Erinnerungen an die Zeit vor 89 hoch. Dazu gehörte natürlich bei vielen – und gegen Ende der DDR aufgrund der Ausreisewelle immer mehr – das Westpaket! Der Austausch zwischen West und Ost auf der Basis von Briefen und gelegentlichen Treffen war immer etwas Besonderes. Dass die Post wochenlang unterwegs war, erklärte man sich mit dem Interesse der Stasi – die Geheimdienste im Westen hatte wohl keiner im Verdacht. Dabei wurden dort insbesondere in den Großstädten wie Dresdens Partnerstadt Hamburg genauso fleißig Briefe mitgelesen. Damit gerieten aber nicht nur die Ostdeutschen in den Fokus von BND und Verfassungsschutz, sondern genauso ihre Briefpartner im Westen. Ost-West-Kontakte erregten, zumal in Zeiten des Kalten Krieges, höchstes Interesse bei den geheimen



Diensten in Ost und West. Besonders ging es natürlich um Informationen aus Wirtschaft, Politik und Militär.

Hier liefert das Buch erstaunliche Einblicke. Zwar gab es in den letzten Jahren in den Medien Informationen, die sich mit der wichtigsten Abhörstation der Briten und Amerikaner mitten in West-Berlin auf dem Teufelsberg (Die Anlage wurde in diesem Jahr übrigens unter Denkmalschutz gestellt und soll-

te sächsischen Berlin-Besuchern einen Ausflug wert sein!) beschäftigten, aber hier wurde stets dargestellt, dass über die Station der Osten ausgekundschaftet wurde. Es fehlt in dieser Berichterstattung die Erwähnung des Tatbestandes, dass ebenso Westberliner und Westdeutsche überwacht wurden. Noch unbekannter ist die Tatsache, dass das MfS über die Ausspähung von Westdeutschen und Westberlinern durch Amerikaner und Briten in den 80er Jahren ausgezeichnet informiert war und darüber umfangreiche Akten angelegt hatte. Als Joachim Gauck für die Stasi-Unterlagen zuständig war und Wolfgang Schäuble das Innenministerium leitete, forderten die Amerikaner (die ihrerseits inzwischen wussten, dass sie beim Ausspionieren der Westdeutschen und Westberliner von DDR-Aufklärern beobachtet wurden waren) „ihre Akten“ an. Diese wurden vom damaligen Verfassungsschutzpräsidenten damals anstandslos dem FBI übergeben – weder das Innenministerium noch die Gauckbehörde haben diese Aktion von sich aus jemals erwähnt.

Das Berliner Abhörspiel war schon immer größer als ein kleines DDR-BRD-Gerangel um Informationen übereinander. Hier prallten auf die Interesse insbesondere Moskaus und Washingtons aufeinander und selbstverständlich waren deren Interesse und deren Aktionen den deutschen übergeordnet.

Das Buch will auf Verschwiegene aufmerksam machen. Beim großen Hype um die Stasi-Akten nach der Wende ging völlig unter, dass es auch jede Menge Akten über Ostdeutsche im Westen gibt – fein säuberlich angelegt von BND und Verfassungsschutz. Im Falle Modrow bestätigten „die Dienste“ seine Überwachung vom Zeitraum von 1956 bis 2012. Mindestens 70.000 Ostdeutsche wurden insgesamt überwacht. Es geht aber nicht nur darum, Licht in die Vergangenheit zu bringen, sondern insbesondere soll sich der Fokus auch auf Gegenwart und Zukunft richten. Denn die Überwachung ist seit 1989 nicht etwa weniger geworden, sondern noch wesentlich vielseitiger, dank jeder Menge digitaler Geräte wie dem Smartphone, von denen viele von uns kaum ahnen, wie wunderbar man sie damit auf Schritt und Tritt überwachen könnte. Und wer weiß denn wirklich, wer ihn wie überwacht? Zumindest Behörden haben eine Auskunftspflicht – darüber hinaus sollten auch Amazon und andere Konzerne jedem ihrer Kunde offen legen müssen, was sie über ihn speichern und sammeln. Zudem will das Buch Ostdeutsche ermutigen, beim Verfassungsschutz und dem BND die eigene Akte zu verlangen.

Das Buch kostet 14,99 Euro und erschien in der edition ost der Eulenspiegel-Verlagsgruppe.

Jon Mitchell gehört neben Judy Collins, Joan Baez, Buffy Sainte Marie und Odetta zweifelsohne zu den wichtigsten Liedermacherinnen Nordamerikas. Ihr Repertoire besteht hauptsächlich aus politisch gefärbten Folksongs mit pazifistisch geprägten Textinhalten. Roberta Joan Anderson – so ihr eigentlicher Name – wurde 1943 in einem kleinen Vorort Torontos als Tochter eines Lehrerehepaars geboren. Nach einer schweren Kindheit – sie erkrankte an Kinderlähmung – und ihrer Genesung zog die Familie mit ihr nach Saskatoon, wo sie ihre Schulzeit beendete.

In den Anfängen der 60er Jahre begann sie in Toronto ein Kunststudium im Fach Malerei. Nebenher trat sie in kleineren Bars und Studentenclubs auf, in denen sie, sich noch selbst auf der Ukulele begleitend, Folksongs vortrug, stark beeinflusst von Pete Seeger. Beim Publikum stieß sie auf große Resonanz, da sie es schon damals verstand, diese Lieder in ihren Aussagen geradlinig-schnörkellos vorzutragen.

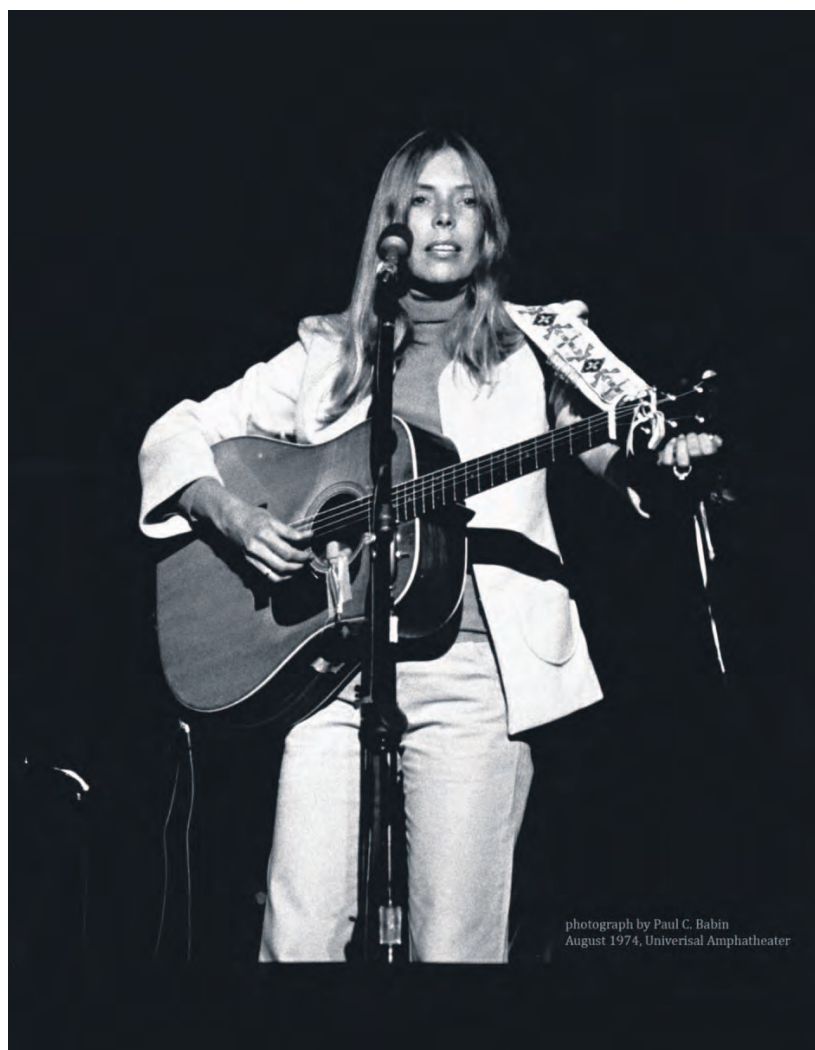
Als sie nach dem Abbruch ihres Studiums 1964 das Angebot erhielt, bei einem angesagten Folkfestival aufzutreten, lernte sie den Folksänger Chuck Mitchell kennen, den sie kurz darauf heiratete. Roberta Joan Anderson nannte sich dann kurzerhand Joni Mitchell. Im Herbst 1965 lernte sie Neil Young kennen, mit dem sie bis heute befreundet ist.

Gemeinsam mit ihrem Mann zog sie nach Detroit, wo sich das Paar jedoch bald trennte. 1967 ging Mitchell nach New York, wo sie schnell Fuß fasste und innerhalb kurzer Zeit als Geheimtipp galt. In Greenwich Village traf sie den ebenfalls aus Kanada stammenden Poeten und Liedermacher Leonard Cohen, der ihre spätere Arbeit als Liedtextdichterin wesentlich beeinflusste. In dieser Zeit lernte sie auch den ehemaligen Sänger der Byrds David Crosby kennen, der ihr vorschlug, eine erste Langspielplatte zu produzieren. Diese kam 1968 auf den Markt, 1969 folgte eine zweite Produktion, die zwar für Aufmerksamkeit sorgte, aber durch andere Interpreten publik gemacht wurde. Erst mit ihrer dritten Langspielplatte, die 1970 den Markt eroberte, erlangte sie auch international gehörige Anerkennung: „Ladies of the Canyon“. Immerhin wurde der Song „Woodstock“ die Hymne der Hippie-Bewegung. In dem Lied, das auch von Crosby, Stills, Nash & Young erfolgreich gecovered wurde, beschreibt sie das Dilemma, nicht am legendären Festival teilnehmen zu können, weil sie im Stau steckenblieb.

Ein Jahr später erschien dann eines ihrer schönsten Alben: „Blue“. Hier brillierte sie wiederum mit faszinierend minimalistischer Akkuratess in den Arrangements. Auch die Platte „For the Roses“ von 1972 ist sehr lyrisch, doch tauchten in dieser Produktion bereits rockjazzige Passagen auf, die zwar noch recht zaghaft klangen, aber ihre spätere Arbeitsweise prägen sollten. Mit der nächsten Scheibe „Court on Sparke“ von 1974 erlangte sie Welt-ruhm. Das Album wird in Kennerkrei-

# Kunst mit Anspruch – politisch und gesanglich

Jens-Paul Wollenberg würdigt die kanadische Liedermacherin Joni Mitchell



photograph by Paul C. Babin  
August 1974, Universal Amphitheater

sen als ihr Gelungenstes bezeichnet. „The Hissing of Summer Lawns“ von 1975 hingegen wurde von den Fans differenzierter aufgenommen.

Von scheinbar verträumter Instrumentalisierung eingebettet schwelgte sie diesmal in weitaus ausgefeilteren Lyrics, welche dem Hörer konzentrierte Aufmerksamkeit abforderten und somit nicht unbedingt den bis dahin gewohnten Erwartungshaltungen entsprachen. Diesmal setzte sie ganz zielbewusst jazzige Wesensmerkmale ein und spätestens seit dieser Produktion wirkten ihre Platten nicht nur aufgrund ihrer Texte intellektueller, sie selbst sprach von einem Reifeprozess in Wortwahl und dessen lyrischer Qualität sowie in der hoch motivierten

musikalischen Umsetzung. Auch prangerte sie das voll auf Kommerz orientierte Geschäftsgebaren der amerikanischen Musikindustrie an. Im letzten Titel des Albums zieht sie sämtliche Register ihres gesanglichen Könnens und kreierte aus allen Konturen ihren stimmlichen Möglichkeiten einen phantastischen Chor, bariton, alt, tenor, sopran, meisterhaft einmalig!

1976 folgten „Hejira“ und 1977 „Don Juan’s Rockless Daughter“. Am Bass war kein Geringerer als Jaco Pistorius von der legendären Elektrojazz-rockband Weather Report zu hören, der Mann, der den Fretless Bass erfand, eine bundlose Bassgitarre, deren Spielweise eine Fusion zwischen Kontra- und E-Bass klanglich zuließ.

„Mingus“, so ihr folgendes Album, war dann ein absolutes Jazzprojekt mit Kompositionen des berühmten Bassisten Charles Mingus, den sie mit hochkarätigen Musikern wie Eddie Gomez und Stanley Clarke am Bass, John Guerin und Toni Williams am Schlagzeug, Phil Woods am Alt-Saxophon, Gerry Mulligan am Bariton-Saxophon, John McLoughlin an den Gitarren und Jan Hammer an den Tasten in Form einer Geburtstagsfeierlichkeit würdigte. Eines ihrer aufregendsten Alben! Ebenso wirkten Jaco Pistorius, Wayne Shorter, Herbie Hancock, Peter Ershine, Don Alles und Emil Richards mit. Im gleichen Jahr sang Joni Mitchell als Gast beim Abschiedskonzert „The Last Waltz“ von The Band mit, das auch auf LP und als Musikfilm erschien.

In den 80er Jahren nahm sich Joni Mitchell musikalisch etwas zurück, der Sound jener Zeit schien sie wohl etwas abzuschrecken. So widmete sie sich stärker der Malerei. Trotzdem erschien 1985 das Album „Dog eat Dog“, das zwar in Kennerkreisen geschätzt, von ihr aber angezweifelt wurde – zu viele elektronische Effekte. 1994 erst ließ das Album „Turbulent Indigo“ die Musikwelt erneut freudig aufhorchen. Auf der Platte setzte sich Joni Mitchell hauptsächlich mit den Themen Frauenrechte, Tierschutz und gesellschaftlichen Widrigkeiten auseinander.

Auf „Taming The Tigers“ kehrt sie wieder zu ihrer typischen Gesangsweise als Erzählerin zurück. Geblieben sind stark jazzige Momente, die durch kräftige Bläserarrangements ihre Emotion hörbar aufladen. Das Plattencover, wie die meisten von ihr selbst gestaltet, sagt alles: Es stellt Joni Mitchell als Selbstbildnis im Stile van Goghs dar; statt des verbundenen Ohres aber schmückt sie eine entzückende Katze. Sie wollte gewiss daran erinnern, dass ihre Malerei so ernst zu nehmen sei wie ihre musikalische Leistung als gestandene Sängerin.

2002 kam das Doppelalbum „Travelogue“ auf den Markt, das Kritikern zufolge als ihr Meisterwerk gelten sollte. Auf hier wirkten Wayne Shorter, Herbie Hancock und andere namhafte Kollegen mit. Fortan widmete sich Mitchell stärker denn je der Malerei. Das Musikbusiness schien sie nicht mehr zu befriedigen, zu aufwändig das Ganze, wie sie einmal resignierend gestand. 2007 erschien dann doch noch eine CD mit dem Titel „Shine“ und 2014 der 4-CD-Sampler „Love Has Many Faces“, auf dem sie die Songs ihrer bis dahin vierzigjährigen Karriere präsentiert – allerdings thematisch und nicht chronologisch sortiert. Das macht es zu einem abwechslungsreichen, gelungenen Werk. Am 7. November feierte sie ihren 75. Geburtstag – dazu nachträglich alles Gute!

P.S.: 1981 wurde Joni Mitchell in die Canadian Music Hall of Fame aufgenommen, 1997 in die Rock’n’Roll Hall of Fame. 2000 erhielt sie den Stern auf dem Canada’s Walk of Fame und 2015 den SF Jazz Achievement Award. 2018 sprach ihr die Universität von Saskatchewan die Ehrendoktorwürde zu.



Dezember 2018

# Sachsens Linke

**Aktuelle Informationen**  
stets auch unter  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)



## Um eine Erfahrung reicher

*Unser erster Mitgliederentscheid über eine Spitzenkandidatur und unsere erste Mitgliederbefragung im Landesverband sind nun passé. Ich freue mich, dass wir diesen Weg gegangen sind und glaube, hinter die basisdemokratische Bestimmung von Spitzenkandidaturen werden wir in Zukunft kaum mehr zurückfallen können.*

*Ein großes Experiment war vor allem die Mitgliederbefragung zu den Schwerpunktthemen. Während Personalentscheidungen einfach umzusetzen sind, stellten sich hier viele Fragen: Wie schafft man Raum für Debatte? Welche Thesen kommen in die Abstimmung? Wie genau wird abgestimmt? Das alles war für uns neu und auf die gemachten Erfahrungen können wir aufbauen. Gut funktioniert haben unsere Regionalkonferenzen, auf denen eifrig diskutiert worden ist und bei denen viele Genossinnen und Genossen zahlreiche Ideen eingebracht haben.*

*Aber es gab auch kritische Stimmen: Die Thesen für die Abstimmung seien nicht zugespitzt genug und eine Entscheidung folglich schwer gewesen. Da ist etwas dran und da müssen wir das nächste Mal nachjustieren. Es gab außerdem einige ungültige Stimmen – vor allem weil die Abstimmungsscheine mit den Eidesstattlichen Erklärungen meist nicht mitgeschickt worden sind. In unserer Anleitung war das Verfahren zwar anschaulich und eindeutig erklärt, aber da war es wohl wie daheim mit dem IKEA-Regal: Auspacken und Loslegen geht über das Lesen von Anleitungen. Den Abstimmungsschein werden wir beim nächsten Mal also besser markieren müssen.*

*Zum Glück werden wir auch aus kleinen Fehlern klüger und so freue ich mich schon auf die nächsten Urabstimmungen bei uns im Landesverband. Der Anfang ist gemacht.*



## Die Basis bleibt Boss

Caroline Niwinska blickt zurück auf die Regionalkonferenzen

Der Herbst der LINKEN in Sachsen stand ganz und gar unter dem Motto „Basis ist Boss“. Am 1. Oktober fiel der Startschuss für die bis dato größte Mitgliederbefragung der LINKEN in Sachsen. Auf insgesamt 13 Regionalkonferenzen in den Kreisverbänden wurden Ideen und Thesen entworfen, hitzig diskutiert, verteidigt und verworfen. Die Regionalkonferenzen waren die Grundlage für den ersten basisdemokratischen Mitgliederentscheid unserer etwa 8.000 Mitglieder in Sachsen zu den Schwerpunkten der Landtagswahl. Beteiligen konnten sich die Mitglieder, indem sie Thesen online (z.B. per Mail), per Post oder (theoretisch) auch per Brieftaube einreichten. Auf den Regionalkonferenzen konnten die Teilnehmer\*innen dann entscheiden, ob an schon vorhandenen Thesen weitergearbeitet werden sollte oder ob neue Thesen erarbeitet werden sollten. Im Zentrum stand dabei stets die Frage: Welche Schwerpunkte wollen wir als linke Partei für die kommende Landtagswahl setzen?

Von Leipzig bis Görlitz standen so die zuvor eingereichten und erarbeiteten Thesen auf dem Prüfstand, wurden debattiert und abgeändert und neue Thesen entworfen. Auf jeder Konferenz mit dabei war Rico Gebhardt, der Kandidat für die Funktion des Spitzenkandidaten für den Landtagswahlkampf 2019. Wie schon 2014 bewirbt sich der Landtagsfraktionschef für den Spitzenposten; diesmal stellt er sich jedoch zusätzlich dem Votum aller Mitglieder des Landesverbandes. Auf den Basiskonferenzen stellte er sich dennoch den manchmal auch unbequemen Fragen der Mitglieder, bewies großes Durchhaltevermögen und unterstrich die Ernsthaftigkeit des Mottos „Basis ist Boss“.

Insgesamt nahmen mehrere hunderte Teilnehmer\*innen in diesem Herbst auf den Regionalkonferenzen die Möglichkeit wahr, die Themen für die kommende Wahl zu erarbeiten. Dabei war das Feedback der Mitglieder meist durchweg positiv. So wurden vor allem der basisdemokratische Ansatz gelobt und die Möglichkeit, auf spezifisch regionale Probleme im eigenen Kreisverband hinzuweisen. Auch die Möglichkeit, Rico Gebhardt mit Fragen zu lüchern, fand regen Zuspruch.

Am Ende dieses Mammutprozesses sind unglaubliche 156 Thesen zusammengekommen. Von der These „Leipzig bei der Entwicklung zur Freien Hansestadt unterstützen“ über Forderungen nach „Mehr Selbstbewusstsein für den Osten“ oder „Wir wollen die vollständige Legalisierung von Cannabis“ bis hin zum „Modellprojekt solidarisches Grundeinkommen in Sachsen“ waren die Ideen so vielfältig und bunt wie der Landesverband selbst. Die Antrags- und Redaktionskommission hatte dann die schwierige Aufgabe, diese 156 Thesen zu sichten, zu verdichten und zu entscheiden, welche davon die Grundlage für den Mitgliederentscheid bilden würden. Dabei hat sie versucht, die Essenz der Ideen zu 15 Thesen zu destillieren.

Einig waren sich die Mitglieder vor allem in den Themenfeldern Bildung, Verkehr, Strukturentwicklung. So behandelten die beliebtesten und am meisten diskutierten Thesen die Forderungen nach kostenfreien, inklusiven und lebenslangen Lernen, nach einem flächendeckenden und kostenfreien ÖPNV und nach einer Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge. Diese Themen wurden auf fast jeder Regionalkonferenz ausgewählt und erörtert.

Deswegen finden sich diese Themen auch in den 15 Thesen wieder, die schlussendlich im Mitgliederentscheid gewählt wurden. Nach dem 31. Oktober standen dann diese 15 Thesen im Mittelpunkt der letzten fünf Regionalkonferenzen im November. Gemeinsam wurden Pro und Contra erarbeitet und diskutiert. Dabei ging es um die eigene Willensbildung innerhalb der Partei, aber auch schon um die Argumentation der Schwerpunkte in Vorausschau auf die Landtagswahl. Am 30. November endete die bisher größte Mitgliederbefragung der LINKEN in Sachsen. Unser Landesgeschäftsführer Thomas Dudzak hat richtigerweise auch nochmal betont: „Bei anderen diktieren große Konzerne und Geldgeber die Agenda, bei uns entscheiden die Mitglieder.“

Wir können beim nächsten Mal trotzdem auch etwas besser machen: Die Einladung der Genoss\*innen vor Ort verbessern oder mehr Thesen am Ende zur Wahl stellen. Das alles schmälert trotzdem nicht den Erfolg der Pionierleistung des ersten Mitgliederentscheides der LINKEN in Sachsen. Das Konzept hat trotz einiger Mängel großes Potenzial für kommende Mitgliederbefragungen. Wir werden an den Schwächen arbeiten, fest steht aber trotzdem: Basis war und ist bei uns stets Boss!

Was bleibt also nach 156 Thesen und spannenden 13 Regionalkonferenzen? Die Gewissheit, dass Basisdemokratie bei uns bombig funktioniert. Der Entschluss, dass wir dieses Konzept in Zukunft öfter anwenden wollen. Die Hoffnung, dass sich in Zukunft noch mehr Genoss\*innen beteiligen werden. Und vor allem die Begeisterung über den Ideenreichtum unserer Mitglieder.



# Leserbriefe

## Die Wölfe sind zurück

Die Wölfe, das weiß jedes Kind  
 Schon immer Schweinehunde sind  
 Weil sie nachts die Schafe reißen  
 Und manch alte Frau verspeisen  
 Als Räuber waren sie verhasst  
 Von Jägern erschossen, in Fallen gefasst  
 Also haben sie sich aus Deutschland getrottelt  
 Denn niemand hat sie mehr gewollt  
 Dann kam eine Zeit, da kam es manchen so vor  
 Es fehle etwas in der Natur  
 Mit ihren universellen Gaben  
 Wenn wir keine Wölfe haben  
 Die Welt sei erst wieder im Gleichgewicht  
 Wenn der Wolf geachtet wird, wie jeder Bösewicht  
 Alsbald wurde im Fernsehen geschildert  
 Wie die ersten Wölfe eingewildert  
 So ein Wolf ist eigentlich ganz friedlich  
 Und die kleinen Welpen, ach wie niedlich  
 Doch es kamen auch Wölfe aus den Westen  
 In Nadelstreifen, nicht immer die Besten  
 Um den maroden Osten zu sanieren  
 Und dabei kräftig abzukassieren  
 Sie graben keine Höhlen, sondern wohnen gepflegt  
 Und werden umsorgt, von den Banken gehegt  
 Sie haben sich eingelebt, gesetzlich geschützt und unversehrt  
 Sogar mit dem Bundesverdienstkreuz zuweilen geehrt  
 Die schlimmsten Räuber werden auch nicht erledigt  
 Sondern in Bronze gegossen und als Denkmal verewigt!

• Peter Poeschmann, November 2013

Zu „Meinen die das ernst? Nr. 10: Antisemitismus“, Sachsens Linke! 11/2018, S. 10

## Auch Palästinenser\*innen sind Semit\*innen

Auch ich widerspreche öfters verkürzter Kapitalismuskritik, z. B. der Trennung von Industrie- und Finanzkapital (sind schon lange verbunden) und der Ersetzung der Systemkritik am Kapitalismus durch eine Kritik an Personen. Außerdem bin ich gegen jeden Antisemitismus, insbesondere gegen das typisch antisemitische Vorurteil, dass Israel der jüdische Staat sei (d.h.: „Alle Jüd\*innen nach Israel!“). Viele Jüd\*innen sind z. B. Deutsche, während viele Israelis keine Jüd\*innen sind und der Staat Israel nicht in jüdischer Tradition steht, wozu auch die Dialogorientierung und die Beachtung der zehn Gebote gehören, sondern in der Tradition des europäischen Nationalismus. Ist es da ein Wunder, wenn viele Menschen in Israel benachteiligt werden, insbesondere Nichtjüd\*innen, wie auch die jüngsten Gesetzesverschärfungen beweisen, Geflüchtete bekämpft, enge Bündnisse mit ande-

ren rassistischen Regierungen insbesondere aus NATO-Staaten geschlossen, Andersdenkende verfolgt werden und israelische Fahnen bei PEGIDA-Demonstrationen zu sehen sind? Sowohl nach Abstammung und Sprache als auch nach Zeugnis der hebräischen Bibel (Nachfahren Abrahams) sind Palästinenser\*innen und sonstige Araber\*innen Semit\*innen. Ist somit die Verbreitung von Vorurteilen gegen diese ebenfalls Antisemitismus? Welchen Antisemitismus von sich links verstehenden Personen gibt es, etwa der Antisemitismus einiger Antideutschen? Und sind eine Bekämpfung des Antiimperialismus und damit eine Unterstützung des Imperialismus überhaupt links?

• Uwe Schnabel, Coswig

## Schluss mit der Aufrüstung!

Forderungen nach hohen Rüstungsausgaben, wie sie jetzt die Verteidigungsministerin im Aufrüstungsplan für 2019 mit 46 Milliarden Euro nebst einer Modernisierung der derzeitigen Standards darstellt, sind utopisch. Der Bevölkerung fehlen die dazu erforderlichen Summen zur Lösung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Probleme! Alle diese Maßnahmen sind nur willkommene Positionen für die Rüstungs-

Industrie und lassen erkennen, dass Kriegsspiele von christlich geführten Regierungen begonnen wurden und werden. Dabei werden die vielen Menschenopfer ignoriert! Die weltweit christliche Parole „Frieden auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen“ darf nicht unbeachtet bleiben! Sie muss in einer weltumspannenden Abrüstungs-Konferenz gesichert werden! Die Menschheit hat sich den Frieden verdient!

• Hermann Thomas, Wilsdruff

## Ein Jahr Mitglied bei DIE LINKE

Hallo, liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin 15 Jahre alt und mit 14 Jahren in unsere Partei eingetreten. Zudem bin ich seit dem letzten Jahr Mitglied des Kreisvorstandes Sächsische-Schweiz Osterzgebirge und jüngster Landesparteitagsdelegierter für die Jahre 2019/2020. Nach der letzten Bundestagswahl ist mir klar geworden, dass wir einen politischen Neustart in Deutschland brauchen, der sich links der Mitte orientieren muss. So fasste ich den Entschluss, in DIE LINKE einzutreten, um aktiv für eine sozialere und solidarische Gesellschaft einzutreten. Meine Grundüberzeugung ist, dass der Kapitalismus in der heutigen Form nicht mehr auf lange Zeit

funktionieren wird. Deshalb denke ich, dass wir einen modernen demokratischen Sozialismus brauchen, der soziale Gerechtigkeit herstellt. Natürlich ist dies nicht so schnell zu erreichen, wir müssen erst die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten durchführen. Diese Gerechtigkeitswende schafft nur DIE LINKE. Außerdem ist mir der ökologische Aspekt sehr wichtig, da es meine Generation sein wird, die die Folgen des Klimawandels in ihrem größten Ausmaß spüren wird. Genau dies gilt es zu verhindern. Ich hoffe



auf ein gutes Wahljahr 2019 für DIE LINKE, vor allem darauf, dass wir mindestens wieder die zweitstärkste Kraft in Sachsen werden.

• Luca-Alexander Lobe, Heidenau



## Impressum

### Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

### Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

**Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papiaerausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 29.11.2018

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 07.02.2019.



# Ver.di-Bezirk Sachsen West-Ost-Süd gegründet

*Heiderose Gläß war dabei und blickt zurück*



Hinter diesem sperrigen Namen verbirgt sich der neue Bezirk der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, der den gesamten Süden Sachsens von Plauen bis Görlitz umfasst und durch den Zusammenschluss der bisherigen Bezirke Zwickau-Vogtland, Chemnitz-Erzgebirge und Dresden-Ostsachsen gebildet wurde.

Die „alten“ Bezirksvorstände hatten durch intensive Diskussionen mit den Mitgliedern Ende 2017 die Fusion beschlossen, die seit April dieses Jahres intensiv vorbereitet wurde und mit der Bezirkskonferenz am 3. November 2018 im Dresden ihren Abschluss und Höhepunkt fand.

Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di, der zur Gründung des neuen Bezirkes gekommen war, umriss in seinem fast einstündigen Referat die Aufgaben, vor denen Gewerkschaften im Allgemeinen und besonders ver.di stehen. Dabei ging er auch auf die Besonderheiten der neuen Bundesländer und speziell Sachsens ein. Fehler in der sächsischen Wirtschaftspolitik seit der Wende, Deindustrialisierung ganzer Regionen und damit verbundene hohe Arbeitslosigkeit, Abwertung ostdeutscher Erwerbsbiographien und Führungserfahrungen bilden eine Grundlage für Resignation, Enttäuschung und auch Wut. Es wird nun auch Aufgabe des neuen Bezirksvorstandes von ver.di-SWOS, wie es in der Kurzform heißt, sein, die politische und Bildungsarbeit unter den Kolleginnen und Kollegen zu verstärken, um rechtem Gedankengut entgegenzuwirken.

Zum Vorsitzenden des neuen Bezirkes, der mit 680.000 Mitgliedern der größte und mitgliederstärkste ver.di-Bezirk in ganz Deutschland ist, wurde Klaus Tischendorf (MdL, DIE LINKE) gewählt, der über viele Jahre Erfahrung in Gewerkschaftsarbeit verfügt. Gemeinsam mit seinem beiden Stellvertreterinnen Heike Thoms aus Chemnitz und Sonja Franke aus Dresden sowie dem 34-köpfigen ehrenamtlichen Vorstand, unterstützt von über 60 hauptamtlichen Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern an den Standorten des großen Bezirks, muss er ver.di fit machen für die Zukunft.

Fragen des Kampfes um flächendeckende Tarifbindung in Sachsen und um gerechte Löhne, der Meisterung der Anforderungen der Digitalisierung, aber auch die Mitgliedergewinnung und Mitgliederbetreuung, die Zusammenführung von Fachbereichen und Personengruppen (z. B. Senioren, Frauen, Jugend) stehen auf der Agenda. Bis zum nächsten Gewerkschaftstag von ver.di im September 2019

werden weitere Organisationswahlen auf den nächsten Ebenen auch viel Zeit und Arbeitskraft binden.

Wichtigste Stütze für die Arbeit in der Fläche sind die elf Ortsvereine Plauen, Zwickau, Chemnitz, Freiberg, Döbeln, Mittweida, Dresden, Pirna, Bautzen, Görlitz und Zittau, die Ansprechpartner und „Gesicht“ der Gewerkschaft vor Ort sind. Viele Mitglieder der LINKEN engagieren sich dort gemeinsam mit parteilosen Kolleginnen und Kollegen, aber auch besonders Mitglieder der SPD.



## Salut für einen „universellen Dilettanten“

Hartwig Runge alias Ingo Graf wird 80. Von *Wulf Skaun*

Licht aus – Spot an! Hartwig Runge, als Ingo Graf in seinem früheren Sänger- und Moderatorenleben von Funk und Fernsehen bekannt und beliebt, trägt seine selbst vertonte Botschaft „Eine Welt für alle“ vor. So geschah Mitte Oktober 2018 bei Jour fixe, dem unkonventionellen Gesprächskreis an der Leipziger Dependence der RLS Sachsen. Um Bert Brecht ging es an diesem Abend, und mit seinem friedenspolitischen Opener hatte Runge-Graf thematischen Anlauf genommen, um des Jahrhundertdichters „Anmut sparet nicht noch Mühe“ als völkerverbindende Strophe der Nationalhymne nach Joseph Haydns Musik zu intonieren.

Ja, der „olle Gadebuscher“, Jahrgang 1938, weiß sich immer noch in Szene zu setzen. Einmal Künstler, immer Künstler. Aber wichtiger: Er mischt sich noch immer ein, wenn es um die großen Fragen in Politik, Kultur und Gesellschaft geht. Denn Hartwig Runge ist vor allem ein politischer Mensch, einer mit entschieden linksdemokratischem Standpunkt, dem

originelles (Quer-)Denken und öffentliches Deklamieren Bedürfnis und Spaß im Brechtschen Sinne sind. Das war auch schon zu seinen Zeiten als Schlagersänger so, als er in den 1960er und 70er Jahren zu den Berühmtheiten der Szene zählte. Anders als die meisten seiner Zunft gab sich der telegen-smarte Sonnyboy mit seichten Herz-Schmerz-Reimen nicht lange ab. Wenn er nicht selbst textete, verliehen gedankenreiche Worte namhafter Poeten seinen Liedern chansonhafte Qualität. Die Älteren haben sie sicher noch im Ohr, die schönen Verse der Lyriker Jens Gerlach („Ein Jahr ist ein Hauch“) und Heinz Kahlau („Wenn du nicht da bist“) oder die des Schriftstellers Helmut Richter („Ich weiß nicht“).

Dass sich Graf's Titel wohlthuend von geistfreiem Trallala abhoben, hatte seinen Grund. Schließlich war er vor seiner Musikerkarriere passionierter Mathe/Physik-Lehrer. Hatte ihn schon sein naturwissenschaftlicher Bildungshintergrund einzigartig in der Glitzerwelt der leichten Muse gemacht, wuchs das Erstaunen noch,

als er auf dem Höhepunkt seiner Popularität selbstbestimmt als Hartwig Runge in seinen Pädagogenberuf zurückkehrte und zudem das Diplom eines Philosophen erwarb. Die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern sie verändern zu helfen, war ihm kein Lippenbekenntnis. So machte er nach



der Wende für die PDS im Leipziger Stadtrat reale Kulturpolitik.

Der singende Komponist-Lehrer-Philosoph, nach eigenen Worten ein „universeller Dilettant“, blieb auch als Ruheständler ein hellwacher Zeitgenosse. Wer ihn einmal am Klavier erlebte, wenn er das Schneiderlied über den Leipziger Immobilienpleitier in köstlichem Moritätenstil zelebrierte, weiß, wovon die Rede ist. Bis auf den heutigen Tag ist Runge immer gut für intellektuelle Eskapaden. Seine Freunde erfreuen sich seiner politisch-dialektischen Collagen und seiner intelligenten Wortspiele, die oft in absichtsvoll aberwitzigen Verballhornungen gipfeln. Die machen auch vor dem eigenen Namen nicht halt, sodass er seine Post nicht selten in jugendlichem Übermut mit Grafingo, Graf Ingo Hartwig von der Runge oder gar EGO-&INGOMane zeichnet. Man mag es nicht glauben: Am 26. Dezember vollendet der unermüdlich Kreative sein 80. Lebensjahr. Salut, Hartwingo!

Foto: Dr. Giesela Neuhaus

# Das war 2018 bei den erzgebirgischen Linken

Der Kreisvorsitzende *Holger Zimmer* blickt zurück und sagt danke

Wieder ist ein Jahr viel zu schnell vorbei. Ein Jahr, das geprägt war von vielen Aktivitäten im Kreis, von der Vorbereitung auf die anstehenden Wahlen 2019 und natürlich vom großen Fleiß unserer Genossinnen und Genossen sowie der Abgeordneten in den Parlamenten. Es ist als wäre die Bundestagsfahrt im Januar eben erst gewesen. Ich denke auch daran, wie wir im Kreisvorstand zur Klausur erste Schritte zur Neuorganisation unserer Arbeit festgelegt haben. Über das Jahr gesehen hat sich die Beratung der Ortsvorsitzenden sehr schnell zu einer sehr guten Veranstaltung entwickelt. Die Kreisvorstandssitzungen wurden inhaltlich sehr gestrafft, da einiges an Arbeit in den geschäftsführenden Kreisvorstand ausgelagert wurde. Beste Voraussetzungen, um im nächs-

ten Jahr einen anderen Rhythmus der Kreisvorstandssitzungen einzuführen.

Für alle Genossinnen und Genossen waren natürlich die Veranstaltungen und Kranzniederlegungen am 1. Mai, am 8. Mai, zum Tag der Mahnung und Erinnerung im September oder am 9. November wichtig. Der 8. März war für viele Frauen ein persönliches Erlebnis, da sie von der Linken eine Nelke oder eine Rose geschenkt bekommen haben. Diese Tradition ist schon gar nicht mehr weg zu denken aus unserer Arbeit.

Erinnern möchte ich auch an unsere Landkreistour, wo wir wieder auf den Märkten unseres Kreises Gesicht gezeigt haben und viele Gespräche führen konnten. Auch Wandern mit Links

hat in diesem Jahr einen regen Zuspruch gefunden und war eine wirklich tolle Veranstaltung.

Im Laufe des Jahres wurden in verschiedenen Ortsverbänden auch neue Ortsvorstände gewählt, was natürlich auch dazu führt, dass Bewegung in die Basisgruppen gekommen ist. Insgesamt habe ich im gesamten Jahr eine lebhaftere Basis kennengelernt, die gerne diskutiert, aber auch mit Problemen nicht hinter dem Berg hält. Nicht vergessen möchte ich dabei die Arbeit unserer AGs beim Kreisvorstand. Diese haben es in diesem Jahr geschafft, eine stabile Arbeit zu leisten und auch in der Öffentlichkeit aktiv zu werden. Dabei wurden neue Netzwerke geknüpft, was auch zur Anerkennung außerhalb unserer Partei geführt hat.

Erinnern möchte ich auch an die Büroeinweihung in Marienberg, die Veranstaltung mit Katja Kipping in Stollberg, mit Caren Lay in Brünlos, an die Stammtische und die öffentlichen Fraktionssitzungen der Kreistagsfraktion. Wahrscheinlich habe ich einige Sachen vergessen, weil wir eben ein sehr aktiver Kreisverband sind.

Aus diesem Grund möchte ich mich bei allen Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes ganz herzlich für die geleistete Arbeit 2018 bedanken und wünsche mir, dass wir diesen Schwung mit in das Wahlkampfjahr 2019 hinüber nehmen. Ich wünsche allen ruhige und friedliche Weihnachtstage und ebenso einen guten Rutsch ins neue Jahr. Vielen Dank an alle, Glück Auf!

## AG Soziales freut sich über weitere Mitglieder

Unsere kreisweite AG Soziales hat sich im Sommer 2017 zusammengefunden und seit Anfang 2018 darf ich sie leiten. Tatkräftige organisatorische Unterstützung erhalte ich dabei von Annett Börner aus Gelenau, ebenfalls Mitglied im Kreisvorstand und Leiterin der AG Asyl.

Alle Themen, die in Sozialpolitik und Gesellschaft aktuell sind und uns bewegen, versuchen wir zu beleuchten und aufzuarbeiten. Meist bereite ich das inhaltlich vor. In unseren Treffen wird dies einleitend vorgetragen und es bringen sich dann alle Mitglieder mit ihren Erfahrungen und Vorstellungen ein. Wenn es das Thema hergibt, arbeite ich es als Handreichung auf, wie bei unserem Thema „Schwerbehinderung/Erwerbsunfähigkeit“. Zu diesem Treffen war auch eine Betroffene anwesend, die mit Mitte 30 als zweifache Mutter



und Selbstständige schwer erkrankte und dadurch schwerbehindert und erwerbsunfähig wurde. Sie schilderte ihren Weg und die Erfahrungen u. a. bei

der Beantragung von Sozialleistungen und dem Grad der Behinderung. Sollte ein Thema anstehen, auf das andere Mitglieder inhaltlich besser spezialisiert sind, wird es durch sie vorbereitet, wie das Thema „Moderne Kindertagesbetreuung“. Auch dazu hatten wir viel zu erzählen und konnten auch Vergleiche zu früher ziehen, durch die Anwesenheit und Erfahrungen unserer älteren Mitglieder. Bei unserem Treffen zu „Pflege“ haben wir uns auf Pflege durch Angehörige zu Hause bezogen. Das Thema hieß „Und plötzlich pflege ich“ und beinhaltete wichtige Punkte wie Pflegegrad beantragen, den Medizinischen Dienst der Krankenkassen sowie die Rechte und Möglichkeiten pflegender Angehöriger. Dazu wurden auch persönliche Erfahrungen eingebracht, was dieses Treffen wieder sehr bewegend machte.

Im Oktober 2018 haben wir in Schwarzenberg eine Lesung unseres Dresdner Genossen Birger Höhn aus seinem Buch „Auf dem Weg zu mir selbst – Innenansichten eines Menschen mit Autismus“ organisiert, um auch dieses Thema zu beleuchten und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren.

Anfang 2019 wird es das nächste Treffen geben. Die Zusammenkünfte sind im Abstand von ca. zwei Monaten geplant, versetzt um einen Monat zu den Treffen der AG Asyl, weil einige Mitglieder in beiden AGs aktiv sind. Die Zusammenarbeit macht uns viel Freude und lebt von unseren vielfältigen Erfahrungen. Wir sind eine bunte Truppe aus Jung und Älter und freuen uns über weitere interessierte Mitglieder.

• *Kathleen Noack*

## Einladung zur Gesamtmitgliederversammlung

2. Februar 2018, 10:00 bis 16:00 Uhr, Bunttes Haus – Hotel Erbgericht Seiffen, Hauptstraße 94, 09548 Kurort Seiffen

### Vorläufige Tagesordnung:

1. Begrüßung, Wahl der Arbeitsgremien
2. Bericht der Kreistagsfraktion

### Falsch & richtig

In der letzten Ausgabe veröffentlichten wir auf dieser Seite ein Foto von einer Demonstration für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Irrtümlich hieß es, diese habe in Stollberg stattgefunden. Richtig ist: Schwarzenberg. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

3. Beschluss, ob die GMV eine Präferenzierung der Kandidat\*innen für die Landesliste für die Landtagswahl 2019 vornehmen soll

### 4. Wahlen

- Direktkandidat\*innen für die Landtagswahlkreise (WK13, WK14, WK15, WK16, WK17)
- Wahl der Kandidat\*innen für die Landesliste für die Landtagswahl 2019
- Präferenzierung der Kandidat\*innen für die Landesliste für die Landtagswahl 2019
- Wahl der Kandidat\*innen für die Kreistagswahl 2019
- Wahl der Vertreter\*innen für die Landesvertreter\*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2019

Die konkretisierte Tagesordnung beschließt die Gesamtmitgliederver-

sammlung. Der Kreisvorstand der LINKEN lädt alle Mitglieder des Kreisverbandes und die, die im Erzgebirgskreis wohnen und nicht organisiert sind, herzlich ein. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Die Gesamtmitgliederversammlung wurde am 10.10. 2018 durch den Kreisvorstand und am 26.10. 2018 durch den Landesvorstand (DS B6-158) einberufen. Die vorläufige Tagesordnung wurde am 10.10.2018 beschlossen. Ebenfalls wurde beschlossen, dass die Veröffentlichung der Einladung in der Landeszeitung Ausgabe Dezember 2018 und in der Kreiszeitung Ausgabe Januar 2019 erfolgt. Diese Veröffentlichungen gelten als offizielle Einladungen.

*Holger Zimmer,*  
Kreisvorsitzender

Auszug aus dem Beschluss zum Wahl- und Aufstellungsverfahren:

(4) Bei der Nominierung sind Landesvorstand, SpitzenkandidatIn, Landesrat, Kreisvorsitzende und Fraktionsvorstand an folgende Prämissen gebunden, von denen nicht abgewichen werden darf:

b) Unter den nominierten Personen müssen die Kreisverbände der dreizehn Kreise (Landkreise bzw. kreisfreie Städte) bis Platz 20 mit einer/einem KandidatIn vertreten sein. Über die Durchführung einer Präferenzierung von KandidatInnen entscheidet die jeweilige Kreiswahlversammlung. Wenn eine Präferenzierung beschlossen wurde, wird sie durch die Kreiswahlversammlung durchgeführt. Das Ergebnis dieser Präferenzierung soll entsprechend berücksichtigt werden.



# 11. Kreisparteitag der Zwickauer LINKEN

Wilfried Bartsch berichtet von den Ergebnissen

Am 18. November nahmen 126 der 608 wahlberechtigten GenossInnen und zwei Gäste in der Sachsenlandhalle Glauchau an drei inhaltlich und auch zeitlich ambitionierten Versammlungen der Kreisorganisation teil. Neben dem 11. Kreisparteitag standen auch die Kreiswahlversammlungen zur Wahl der LandesvertreterInnenversammlung sowie der BundesvertreterInnenversammlung an. Es war eine große Herausforderung an Willen und Disziplin aller Teilnehmer, um das satzungskonform und in hoher Qualität zu schaffen. Dank der sehr guten Vorbereitung und der sachlichen und engagierten Arbeit der Tagungsleitung und aller Kommissionen ist das voll gelungen.

Das Grußwort des Landesvorstandes trug Genosse Stefan Hartmann vor. Mit fühlbarem persönlichem Engagement erreichte er die Teilnehmer besonders durch seine Ausführungen zum Problem der Ursachen für die gegenwärtige verstärkte Migration und die hilflosen Versuche der Mächtigen, diese einzudämmen. Was als Bekämpfung der Ursachen ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit hauptsächlich die Abschottung der Festung Europa durch Geld für korrupte Despoten. Die wirklichen Ursachen sind Kriege, an denen auch die EU satt verdient, und die jahrhundertlange Ausbeutung und Vernichtung der natürlichen Ressourcen in der dritten Welt durch die entwickelten kapitalistischen Länder. Zur Lage unserer Partei rief Genosse Hartmann dazu auf, „zu lernen, uns gegenseitig zu ertragen“, auch wenn in Einzelfragen unterschiedliche Erfahrungen und Standpunkte bestehen.

Beim Blick in die Gesichter der Teilnehmer war unübersehbar, dass sich die Altersstruktur in der Kreisorganisation deutlich verändert. Neben den erfahrenen GenossInnen sieht man erfreut immer mehr junge Gesichter. Seit dem

letzten Parteitag in Frühjahr sind sieben neue Mitstreiter unserer Partei beigetreten. Das „Mittelalter“ ist im Saal deutlich unterrepräsentiert.

Ein Schwerpunkt der Beratungen war die Wahl von Kreisvorstandsmitgliedern. Zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes wurde mit 111 Ja-Stimmen der bisherige stellvertretende Vorsitzende Heiko Döhler (Ortsverband Werdau) gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende erhielt Marina Salzweidel (Ortsverband Glauchau) mit 113 Ja-Stimmen das Vertrauen. Zu Mitgliedern des Kreisvorstandes wurden Anna-Gina Hahn und Roland Schröder jeweils mit deutlicher Mehrheit nachgewählt. Eva Rösler wurde zum Mitglied der Kreisfinanzrevisionskommission nachgewählt und Sascha Wunsch als Delegierter zum Landesrat.

Als Delegierte zum Landesparteitag wurden gewählt: Anna-Gina Hahn (OV Glauchau), Simone Hock (OV Zwickauer Oberland), Gisela Prochatzky (OV Hohenstein-Ernstthal), Marlies Schneider (OV Glauchau), Sabine Zimmermann (MdB, OV Werdau), Michael Berger (OV Glauchau), Heiko Döhler (OV Werdau), Christian Fraß (OV Glauchau), Steffen



Gruna (OV Werdau), Alexander Weiß (OV Hohenstein-Ernstthal) und René Hahn (OV Zwickau).

Die Diskussion diente der Weichenstellung für die nächstjährigen Wahlen in den Kommunen, für den Landtag und für das EU-Parlament. Großen Raum nahm das Thema „Zustand unserer Partei auf Bundesebene“ ein. Wie wir dem politischen Gegner das Material liefern, damit er uns genüsslich als nicht wählbar diffamieren kann, ist nicht weiter zu ertragen. Genossin Sabine Zimmermann (MdB) initiierte einen Antrag, in dem die Führung der Partei DIE LINKE eindringlich aufgefordert wird, die vorhandenen Meinungsunterschiede zu einigen wichtigen Fragen in der innerparteilichen Diskussion und nicht über die Medien zu klären. Der 11. Kreispar-

teitag stimmte dieser Resolution zu. Einstimmige Zustimmung fand auch ein Antrag des Stadtverbandes Zwickau, der fordert, dass „der Kreisverband Zwickau der Partei DIE LINKE die linke Sammlungsbewegung ‚Aufstehen‘ unterstützt. Er wird versuchen sich, wo organisatorisch möglich, an Aktionen zu beteiligen, die vom Grundsatzprogramm der LINKEN abgedeckt sind. Er leistet, ähnlich wie gegenüber anderen politischen Gruppierungen in Zwickau, im Rahmen seiner Möglichkeiten namentlich mit materiellen Ressourcen (wie z.B. Lautsprechern, Räumen, sonstiger Logistik) Unterstützung.“

Ein neuartiges Element beim 11. Kreisparteitag war ein „Frauenplenum“. Zwei Genossinnen und ein Genosse trugen in Gesprächsform einen interessanten Text vor, der zum Thema der Geschlechtergerechtigkeit zum Nachdenken anregte. Es wurde deutlich, dass linkes Denken und Kampf für Geschlechtergerechtigkeit sich gegenseitig bedingen. Nicht nur die jüngeren GenossInnen fühlten sich angesprochen. Dieses Frauenplenum war kein Pausenfüller, wie die Aufmerksamkeit der Versammlungsteilnehmenden bewies.



## Dank & Ausblick

*Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freundinnen, liebe Freunde,*

ich bedanke mich für das in mich gesetzte Vertrauen als Kreisvorsitzender des Zwickauer Kreisverbandes. Die Vorbereitung dieser Veranstaltung war nicht ganz einfach, daher vielen Dank an alle Beteiligten, welche an dieser Veranstaltung mitgewirkt haben und natürlich auch an alle Anwesende. Durch Eure tolle Mitarbeit konnten wir den engen Zeitplan halten.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Sandro Träger für die geleistete Arbeit als Kreisvorsitzenden der letzten Jahre persönlich und im Namen des Kreisvorstandes bedanken und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

Für die wichtigsten Aufgaben in den nächsten Wochen und Monaten sehe ich die Vorbereitungen der Kommunal-, Landtags- und Europawahlen. Diese müssen wir durch klare Themen, Bürgernähe und vor allem Teamgeist definieren.

Wir müssen vor allem eine Partei, DIE LINKE, darstellen und geschlossen auftreten. Wir haben nicht die LINKE gegründet, um uns jetzt zu spalten! Nur gemeinsam sind wir stark.

Die Arbeit vor Ort muss in den Mittelpunkt gestellt werden, jede Gemeinde hat ihre speziellen Probleme, decken wir diese auf und packen diese an. Wir müssen für die hiesigen Leute und deren Sorgen da sein.

Probleme wie der ländliche Raum im demographischen Wandel und dessen Abkopplung, ÖPNV, Ärzte auf dem Land, Chancengleichheit bei der Bildung, kostenlose Bildung für alle Menschen und die Stärkung des Ehrenamtes/ Vereinsarbeit auf allen Gebieten, dies sind für mich einige wichtige Themen in unserem Landkreis.

Es ist jetzt schon wieder Dezember und ich möchte gleichzeitig die Chance nutzen, euch allen und euren Angehörigen ein friedliches und glückliches Weihnachtsfest, sowie ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2019 zu wünschen.

• Heiko Döhler, Kreisvorsitzender

### Redaktionschluss für die Tage der Demokratie 2019

Auch 2019 wird es im Landkreis über das Bündnis wieder die Tage der Demokratie und Toleranz geben. Diese finden vom 29. April bis zum 8. Mai 2019 statt und stehen unter dem Motto „Mut – Freiheit – Wahrheit“. Redaktionsschluss für Veranstaltungen ist der 28. Januar 2019. Bis dahin müssen alle Veranstaltungen im Koordinierungsbüro im Alten Gasmeter in Zwickau eingereicht sein.

• Simone Hock, Mitglied im Beirat des Demokratiebündnisses



# Selbst ist der Kreisverband

Reinhard Heinrich über die Kreiswahlkonferenz in Meißen

In selbstbewusster Gelassenheit verlief die jüngste Kreiswahlkonferenz in Meißen. Natürlich klappen nicht alle Vorhaben auf Anhieb. Aber was klappt, hat Hand und Fuß.

Ein ganz gewöhnliches Superwahljahr wirft seine Schatten voraus und man kennt seine Pappenheimer – sowohl die Konkurrenz als auch den gemeinsamen Gegner. Der neu gewählte Oberbürgermeister von Meißen hat es uns unlängst erklärt: „Rot-Rot-Grün verhindern“ ist durchaus ein ehrenwertes politisches Ziel, wenn man der CDU so eng verbunden ist. Das rechtfertigt natürlich auch die dankbare Verwendung von Stimmen, die im ersten Wahlgang noch der AfD gehört hatten.

Während die Stimmzettel gemäß der Listenaufstellung gedruckt wur-



den, blieb Zeit für eine erfrischend lebendige Aussprache. Bärbel Heym, Fraktionsvorsitzende im Kreistag, informierte über den Arbeitsstand des geplanten Zukunftsforums des Landkreises Meißen. Das Amtsblatt des Kreises hob die Mitwirkung der Linksfraktion bei dieser wissenschaftlich und technisch unteretzten Planung hervor. Heym wertet diese erstmalige Anerkennung als Zeichen, dass DIE LINKE im Kreistag nicht nur gehört wird, sondern durchaus ein positives

Echo im bürgerlich dominierten Kreis hervorrufen kann. Dieser Prozess wird öffentlich und betont demokratisch geführt, um zweifelhafte Kräfte vor die Tatsache zu stellen, dass Demokratie bei uns ein gelebter Wert ist.

Tilo Hellmann machte unter anderem auf die Ungerechtigkeiten aufmerksam, die eine Verbeamtung von Lehrern schafft. Es ist zu befürchten, dass ältere Lehrer, die den Aufbau ab 1990 getragen haben, ebenso leer ausgehen wie die über 900 „Professoren und Hochschullehrer neuen Rechts“, die der Freistaat bereits verschaukelt hat. Ungewohnt offensiv wurden unsere linken Unternehmer im Landkreis beleuchtet. U. Keil, einst Abteilungsleiter Automatisierung im VEB Stahlwerk Gröditz, gehört zu denen, die den Sprung in die Selbständigkeit wagen mussten und auf den Füßen gelandet

sind. Ebenso wurde eine Genossin aus Moritzburg gewürdigt, die als einzige linke Gemeinderätin über Jahrzehnte die Fahne hoch gehalten hat und im Betrieb ihres Mannes arbeitet.

Auch „regionale Gerechtigkeit“ wurde angesprochen. Radebeul ist im Kreisvorstand zwar nicht vertreten, lieferte aber als „Exportschlager“ einen gelungenen Plakatentwurf an den Nachbarkreis, der auch dort gut ankam. DIE LINKE im Landkreis zeigte sich auch hier lebendig und kampfbereit für das Wahljahr 2019.

Besondere Anerkennung zollte die Konferenz der Kreisvorsitzenden Uta Knebel mit einmal 70 und einmal 66 von 72 möglichen Stimmen bei der Wahl zur Landes-Vertreterversammlung und der Vertreter-Wahl zur Europa-Liste.

## Reisen bildet

Natürlich ist Berlin ein Irrenhaus. Und es ist auch noch nicht erwiesen, ob es auf Dauer gut ist, die Republik von dort aus regieren zu lassen. Diese Meinung herrscht jedenfalls in Bonn vor, wenn man dem Referenten des Innenministeriums glauben darf, dem die Teilnehmer der politischen Bildungsfahrt zum Bundestag am ersten Tage lauschen durften.

MdB Dr. André Hahn hatte eine Reisegruppe unseres Kreises zusammen-trommeln lassen, weil die Pressestelle der Bundestagsverwaltung das so einplant. Das Kommen und Gehen im Bundestag – und in der Bundeshauptstadt.

Etwas bizarr war es schon, ausgerechnet in dem Ministerium mit der höchsten Sicherheitsstufe für Besucher, jedoch recht geringer Sicherheitsstufe für Minister und Staatssekretäre zu verweilen und einem Dr. jur. zuhören und Fragen stellen zu dürfen, der eigentlich nichts dazu sagen darf, wie es ist, dafür viel, wie es sein sollte. Ein Ministerium für „Inneres, Bau und Heimat“ hatte sich der bairische Bua von der CSU gewünscht – und es auch bekommen. „Noch so ein Sieg – und wir sind nicht mehr da“ – hatte schon der antike König Pyrrhus geschlussfolgert.

Wenn die Bundestagsverwaltung glaubt, den Politik-Interessierten aus der Provinz einen Besuch dieses Ministeriums eine Freude zu machen – nun gut. Dieses – seit Beginn der Legislatur – auch für unser Heimatland zuständige Haus erweckt im Hinterkopf des Besuchers eher die Melodie von „Heimatland reck' deine Glieder“. Zum Glück begleitete uns

eine wirklich gute Stadtführerin, die bei Wikipedia auch als Politikerin (Abgeordnetenhaus Berlin) geführt wird, durch das aus Städten zusammenge-zimmerte Bundesland Berlin und machte feinsinnig auf den Charakter dieser „Städte“ aufmerksam. Wir bekamen ein Bild von den sozialen Verhältnissen der letzten 200 Jahre, ohne jede Zille-Gemütlichkeit und ohne jeden Icke-Übermut, wohl aber

sicherheitsbetonender Restriktionen für die Gäste – verlief über Erwarten interessant. Die Volksvertreter waren ausgeflogen in ihrer Wahlkreise und so wurde es schön. Frau Merkel weilte in Chemnitz zum Gespräch mit besorgten Bürgern. Daher konnte der zuständig(gemachte)e Referent, ein Historiker, im leeren Plenarsaal ein wenig aus dem Nähkästchen seiner persönlichen Demokratie-Forschung

Im Anschluss berichtete André Hahn von seiner parlamentarischen Arbeit – insbesondere von den betonartigen Fraktionszwängen – und gab uns noch seinen Newsletter „Roter Hahn“ mit auf den Weg, worin er kontinuierlich immer wieder die Wähler „daheim“ über seine Arbeit informiert.

• Reinhard Heinrich



mit tiefen Einblicken, aus welchen Quellen sich diese Berliner Besonderheiten speisen.

Im Hotel – einer tadellos modernen Übernachtungsfabrik – war Gelegenheit, sich für Tag zwei zu stählen. Ein Stück Mauer-Museum wurde besichtigt, bevor es zum Essen ging. Im Gebäude des ARD-Hauptstadtstudios – ohne damit irgendeine Erfahrung zu verbinden außer, dass man dort auch nur mit Wasser kocht. Der Besuch des Bundestages – auch wieder voller

plaudern. Der Bücherfreund war auf einem Flohmarkt auf den Juristen Rudolf von Gneist (19. Jh.) gestoßen – wofür wir Wikipedia bemühen müssen – und wusste Zusammenhänge von der Monarchie zum Verfassungsstaat herzuleiten, wo uns der Mund offen stand. Auch das – aus Sicht der Nazis – „glückliche Zusammentreffen“ des Reichstagsbrandes mit der Machtergreifung der NSDAP, wodurch dieser Tagungsort der Demokratie schon mal aus der Welt war, stellte er uns lebhaft vor Augen.

### Kurz berichtet

Vor einigen Tagen besuchten auf Einladung von MdL Kerstin Lauterbach asylsuchende Frauen den Sächsischen Landtag. Außerdem hatten sie den Wunsch, den Dresdner Zwinger zu besichtigen. Im Landtag gab es nach einem gemeinsamen Mittagessen eine Führung durch das Landtagsgebäude und anschließende Gespräche mit dem Besucherdienst und Kerstin Lauterbach. Die Frauen waren sehr interessiert und aufgeschlossen. Am späten Nachmittag ging es wieder nach Hause. Ein Dankeschön gilt auch der Diakonie und dem Busunternehmen Lange aus Großenhain.

• Harald Kühne





# Direktkandidierende gewählt

Ein Bericht von Kreisgeschäftsführer *Felix Muster*

Auf seiner Kreiswahlversammlung in Pulsnitz am 17.11. hat der Kreisverband DIE LINKE Bautzen seine Direktkandidat\*innen für die Landtagswahl 2019 aufgestellt:

## Wahlkreis 52 Bautzen 1 (Region Oberland/Bischofswerda):

Felix Muster (37, Diplom-Forstwirt), Sohland a. d. Spree, gewählt mit 97 Prozent

## Wahlkreis 53 Bautzen 2 (Region Kamenz):

Marion Junge (55, Diplom-Lehrerin, z. Zt. Landtagsabgeordnete), Kamenz, gewählt mit 88 Prozent

## Wahlkreis 54 Bautzen 3 (Region Radeberg):

Silvio Lang (34, Angestellter), Dresden, gewählt mit 88 Prozent

## Wahlkreis 55 Bautzen 4 (Region Hoyerswerda):

Ralph Büchner (57, Angestellter), Hoyerswerda, gewählt mit 92 Prozent

## Wahlkreis 56 Bautzen 5 (Region Bautzen):

Heiko Kosel (52, Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter), Malschwitz OT Wartha, gewählt mit 59 Prozent bei einer weiteren Kandidatur von Andrea Kubank (Diplomagraringenieurin) aus Bautzen, die mit 38 Prozent unterlag.

Bei der Wahl des ersten Präferenzplatzes des Kreisverbandes für die Landesliste setzte sich Marion Junge mit 57 Stimmen gegen Felix Muster (24



Stimmen) und Andrea Kubank (9 Stimmen) durch. Der zweite Platz soll auf einer Versammlung im März entschieden werden. Auf der Kreismitgliederversammlung wurde bei einer turnusmäßigen Wahl des Kreisvorstandes Marion Junge aus Kamenz als Kreisvorsitzende wiedergewählt, genauso wie der bisherige Kreisgeschäftsführer Felix Muster aus Sohland a. d. Spree und Kreisschatzmeister Jens Dietzmann aus Kamenz. Sorbenpolitischer Sprecher wurde erneut Heiko Kosel aus Wartha (Malschwitz). Neuer Jugendpolitischer Sprecher ist Maximilian Barthel aus Bautzen. Weitere Mitglieder des Kreisvorstandes sind: Viola Berger (Ottendorf-Okrilla), Andrea Kubank (Bautzen), Jessica Pohl (Elstra), Angelika Krönert (Bautzen), Agnes Marie Wessela (Crostwitz), Rüdiger Thürling (Neschwitz) und Ralph Büchner (Hoyerswerda).

Des Weiteren wurden die Delegierten zum Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen 2019/20 und die Vertreter für die Bundeskonferenz zur Aufstellung der Europawahlliste gewählt. Die Partei verabschiedete einstimmig einen Dringlichkeitsantrag gegen eine weitere Privatisierung des Lausitzer Seenlandklinikums in Hoyerswerda.

In ihrer Rede bezog sich Marion Junge vor allem auf die Vorbereitung der Wahlen und rief zu einem entschlossenen Wahlkampf auf. Die aktive Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz mit den Akteuren und Einwohnern vor Ort sehen wir als eine wichtige Schwerpunktaufgabe für die nächsten beiden Jahre. Der Kreisvorstand stellte einen Programmentwurf für die Kreiswahl 2019 vor und übergab ihn vorerst der Basis zur Diskussion.

## Stiftung für das sorbische Volk sicher finanzieren!

Im Rahmen der Haushaltsberatungen hatte die Linksfraktion im Kulturausschuss eine Erhöhung der Zuschüsse des Landes an die Stiftung für das sorbische Volk im Vergleich zum Regierungsentwurf in Höhe von je 120.000 Euro auf 6.280.700 Euro beantragt. Dies lehnte die Mehrheit ab. Wir wollten, dass der Freistaat Sachsen einen Impuls zur Dynamisierung der Zuwendungen an die Stiftung für das sorbische Volk gibt – auch als Anregung an die anderen Zuwendungsgeber Bund und Land Brandenburg. Denn ohne Dynamisierung droht der Stiftung durch die jährlichen Teuerungsraten mittelfristig eine Unterfinanzierung. Deshalb hatten Vertreter des sorbischen Volkes diese Forderung erhoben, damit der Verfassungsauftrag des Freistaates Sachsen zur Bewahrung und Entwicklung sorbischer Sprache und Kultur erfüllt werden kann. Entsprechend argumentiert auch der sorbische Dachverband Domowina in seiner Zuarbeit an den Europarat bezüglich der Umsetzung der Europäischen Sprachencharta und des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten.

Leider hat die Koalition nicht die Beweglichkeit aufgebracht, unserem Antrag auf Dynamisierung zu folgen, obwohl der Freistaat bei der Bereitstellung der Mittel für die Digitalisierung der sorbischen Sprache vergleichbar agiert hat.

• Heiko Kosel, MdL

## Landtag endlich „Sakski krajny sejm“, aber nur halbherzig

Was zu lange währte, wird endlich fast gut: Knapp fünf Jahre nach dem Landtag Brandenburg hat auch der Sächsische Landtag eine sorbische Benennung. So steht am Neubau des Parlaments nun auch „Sakski krajny sejm“. Und das in gleicher Größe wie das Deutsche. So haben wir sorbische Abgeordneten das fraktionsübergreifend schon lange gefordert. Damit hat sich der Gesetzgeber in seinem Gebäude der Verfassung angenähert, die das sorbische Volk als gleichberechtigt feststellt. Allerdings fehlt am Haupteingang, dem Altbau, wo außerhalb der wenigen Plenarsitzungstage



praktisch der gesamte Besucherverkehr stattfindet und sich die Beflag-

gung befindet, immer noch das Sorbische. Hier heißt es nach vor lediglich

„Sächsischer Landtag“. Das ist eine halbherzige Lösung.

Man sieht also selbst an einem Tag wie diesem, dass wir in Sachsen von einem Umgang der Landespolitik mit dem sorbischen Volk auf Augenhöhe noch entfernt sind. Dem näherzukommen dient die von uns beabsichtigte Novellierung des Sorbengesetzes, über die wir mit Fachleuten beim „Sorbischen Tag“ der Landtagsfraktionen der LINKEN aus Sachsen und Brandenburg in Bautzen diskutiert haben.

• Heiko Kosel, MdL

## Enttäuschende Entscheidung für die Lausitz

Alle Bekundungen der Koalition in der Debatte zum Strukturwandel in der Lausitz und zum Infrastrukturausbau sind wertlos. Denn die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz wird auch weiterhin im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes nicht in die Kategorie „vordringlicher Bedarf“ hochgestuft. Mit dieser Ent-

scheidung hat die Elektrifizierung auch in den kommenden 15 Jahren kaum Aussicht auf Realisierung. Dabei ist es schon ebenso lange her, dass Deutschland und Polen einen Staatsvertrag genau zu diesem Vorhaben geschlossen haben – den bislang nur die polnische Seite erfüllt. Das ist untragbar! Für die Lausitz ist das ein fata-

les Zeichen: Sie soll weiter abgehängt bleiben. Nur eine Elektrifizierung der Strecke würde Fernzugverkehr und eine weitere Taktverdichtung ermöglichen, um bessere Pendelbeziehungen herzustellen.

Das alles ist umso enttäuschender, da nicht zuletzt Andrea Nahles einen

Sonderverkehrswegeplan für die Lausitz und Ministerpräsident Kretschmer eine ICE-Verbindung gefordert hat. Diese Versprechen waren offenbar nichts wert, da diese Parteien die Region nun erneut im Regen stehen lassen.

• Caren Lay



„Wenn Prosa ihre Poesie verliert und nach Anwendung ruft, dann schlägt die Stunde des Strategen“ (Seite 588)

Wer hatte geahnt, dass der je nach Standpunkt berühmte oder berüchtigte Kapitalismuskritiker Karl Marx mit seinem Leben und Werk noch einmal so eine Konjunktur erleben würde. Schon vor dem Marx-Jahr 2018 (1818-1888) legte Jürgen Neffe eine Biografie dieses Mannes vor, die zum Bestseller wurde: „Marx – Der Unvollendete“.

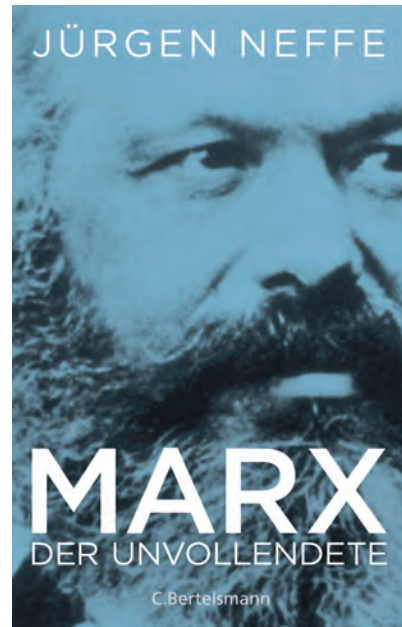
Wenigstens bis zum Ende der Lektüre lässt Neffe einen zum Bewohner in Marx' Gedankengebäude werden. Danach kann man ja wieder in die herrschende neoliberale Realität ausziehen. Mancher wird bleiben, neu einziehen, neue Ideen mitbringen und sie fortentwickeln wollen.

Zunächst aber erfährt man, wie Marx quasi eingerichtet war. Der Autor führt durch den „Maschinenraum des kapitalistischen Systems“ (Seite 420), er bekommt einen Überblick über die politischen, philosophischen und ökonomischen Theorien. Das „Kreativteam“ Marx und Engels, das eine langjährige Zusammenarbeit und darüber hinaus eine Freundschaft verband, bekommt in dem Buch mehrfach einen breiten Raum eingeräumt. Deutlich wird zudem, dass Marx Schwierigkeiten hatte, konstruktiv mit Einwänden seiner sozialistischen Gegnerinnen und Gegner umzugehen.

Neben einem umfassenden Überblick über seine wissenschaftlichen Studien bekommt man auch Charakterstudien von Marx geliefert. Eine Fundgrube, die über viele Nebeneingänge den Zugang zu Marx' Denken, Leben und Handeln eröffnen, sind zahlreich erhalten gebliebene Briefe, aus denen der Buchautor vielfach zitiert. Deutlich wird: Marx passt in keine Schublade, in die ihn vor allem spätere Vertreterinnen und Vertreter der reinen Lehre oft stecken wollten.

# Der Unvollendete

Die Marx-Biografie von Jürgen Neffe zieht René Lindenau in ihren Bann



Aber gehen wir auf einzelne Aspekte des revolutionären Querkopfes ein. Einfach war es nie, einfach hat er es zeitweilig auch anderen nicht gemacht. Schon das Verhältnis zu seinem Vater war nicht komplikationslos. Der hatte Angst, dass aus seinem Sohn ein „armes Poetlein“ werden würde. Am Ende wurde er doch Jurist und ein Philosoph, der die Welt verändern wollte.

Mit Lyrik hat er es dennoch versucht, war jedoch genauso wie mit seiner Philosophie wenig erfolgreich. Denn die Welt wartet noch immer auf ihre Ausführung mit einem Happy End, das sich nicht nur auf Marx-Lesekreise beschränkt. Nur in seiner Kapitalismusanalyse behielt er Recht, worauf Neffe

mehrfach hinwies; exemplarisches Beispiel ist die Finanzkrise anno 2008.

Teilweise erschütternd lesen sich die Zeilen, die das Privatleben von Karl und seiner Frau Jenny zum Inhalt haben. Einfach nur furchtbar, die Eheleute verlieren vier ihrer Kinder, früh, sehr früh. Sieben schwere Schwangerschaften musste die einstige Baronin erdulden. Hinzu kam noch ein uneheliches Kind, das ihr Karl in ihrer Abwesenheit mit der Haushälterin Helene Demuth produziert. Am Ende – verkehrte Welt. Jenny bittet ihn um Vergewaltigung. „Die Ungleichung ist aufgegangen, die Liebe wiederhergestellt ...“ (Seite 284).

Ein anderes Kapitel ist ein sehr dunkles, es geht um sein ganz spezielles Verhältnis zu Ferdinand Lassalle. Erst waren sie Gefährten im gemeinsamen Kampf, dann gingen sie auseinander. Wie hätte die Geschichte der Arbeiterbewegung verlaufen können, wenn ihre Partnerschaft dauerhaft erhalten geblieben wäre? So aber erging sich Marx gegenüber Lassalle, der wie er jüdische Wurzeln hatte, verstärkt in antisemitischen Ausfällen. Der traurige Höhepunkt: Marx schimpfte ihn einen „jüdischen Nigger“. Wurde hier der Samen für den bis heute grassierenden Antisemitismus innerhalb der Linken gelegt? Der derart Angegriffene starb 1864 in einem Duell.

Doch das Duell zwischen den Genossen ging mit verteilten Rollen auf anderen Schauplätzen weiter. Denn auf Widerspruch und Einsprüche Andersdenkender war Marx nicht zu gut

sprechen. So wurden oft aus Genossen Gegner. Wie haltlos der jahrelang Staatenlose dabei sein könnte, möge ein Brief an Engels (1859) zeigen: „Liebknecht ist ebenso schriftstellerisch wie er unzuverlässig und charakterlich schwach ist, wovon ich Näheres zu berichten haben werde. Der Kerl hätte diese Woche einen definitiven Abschiedstritt in den Hintern erhalten, zwängen nicht gewisse Umstände, ihn einstweilen noch als Vogelscheuche zu verwenden“ (Seite 558). Solche Töne bekam manch anderer gleichfalls aus dem Marxschen Munde beigebracht. Hingewiesen sei noch einmal auf Lassalle.

Warum lässt mich das jetzt an heute aktuelle Zustände in real existierenden linken Parteien denken, wo man sich in gewissen Zyklen in nach innen gerichteten Grabenkämpfen vor den tatsächlichen Problemen der Außenwelt versteckt? Da sind wahrlich noch viele Gräben zuzuschütten, um eine Aktionsfähigkeit herzustellen, die schließlich nicht nur die Verbesserung der „Lage der arbeitenden Klasse Englands“ (Engels, 1845), sondern weltweit bewirkt. Ein Jahr nach dem Tod von Marx schrieb Friedrich Engels: „Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine zu spielen, und glaube, meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh, so eine famose erste Violine zu haben wie Marx“ (Seite 588). Mögen auch schiefe Noten dabei gewesen und nicht wenige Missklänge in Marx' Denkkompositionen zu finden sein: Tot ist er nicht. Bis in die Gegenwart lädt er zur Auseinandersetzung ein.

Die hier besprochene Marx-Biografie dürfte eine solche Einladung erneuern und viele andere so in den Bann ziehen, so wie es bei mir der Fall war.

Jürgen Neffe: *Marx - Der Unvollendete*, 1. Auflage, 2017, C. Bertelsmann, München. ISBN: 978-3-570-10273-2

# Der Bezwingener des Leipziger Westens

Ein Buch nähert sich auf originelle Art einem Pionier. Von Michael Zock

Der Pionier war der Sohn eines Rittergutsbesitzers von Gundorf-Neuscherbitz, besuchte die Thomasschule und studierte an der Leipziger Universität. Sein Name: Karl Erdmann Heine.

Seine Lebensdaten: 1819 bis 1888. Vielen Leipzigern, anno 2018, ist sein Name geläufig, denn die Karl-Heine-Straße ist eine der quirligsten und interessantesten im westlichen Stadtgebiet.

Bei einer Zufallsumfrage, die ich dort kürzlich machte, bemerkte ich, dass der Namensgeber für die meisten ein bekannter Unbekannter ist. Da könnten die nicht nur lesbaren, sondern im wahrsten Sinne auch sehenswerten 54 Seiten, jetzt bei „moritzpress“ erschienen, abhelfen.

Christian von Aster, Schriftsteller, Regisseur, Drehbuchschreiber, an seiner Seite Sergej Schell als Illustrator, fabulieren, jeder auf seine Art, zwischen Architektur, Industrie und Visionen.

Schon das erste Kapitel über einen schicksalhaften Schlummertrunk in „Auerbachs Keller“ berührt Goethes „Faust“ auf geheimnisvolle Art und Weise. Man bemerkt im Text die vielen Führungszeichen, die auf wörtliche Rede hindeuten. Und obwohl diese (phantasievoll mit Alkohol angereichert) niemals so gesprochen wurde, es gibt keine Zeitzeugen, hofft man ab und an, dass es vielleicht doch so war.

Das betrifft auch das Protokoll einer symbolisch gutsherrlichen Begeg-

nung im stadtbekanntem Johanna-park des Jahres 1887. Was sich da auf einer Bank zwischen dem hütelnden, alternden Heine und dem Selbstgespräche führenden Max Klinger abgespielt haben könnte, ist wunderbar erdacht und originell gezeichnet.

Fazit: Es braucht nicht immer die üblichen 300 Seiten, die über Karl Heine vor Jahren schon mal gedruckt wurden, um dieses Denkmal zum Leben zu erwecken.

„Der Pionier“ – erzählt von Christian von Aster, mit Illustrationen von Sergej Schell, ist bequem über [www.moritzpress.de](http://www.moritzpress.de) zu bestellen.

ISBN 978-3-00-060338-9





# Liebknachts Enkeltöchter in Leipzig

*Dr. Volker Külow* blickt zurück auf einen denkwürdigen Tag

Die Liebknachts haben deutsche Geschichte geschrieben. Zugleich wurden sie wie nur wenige Familien von den Wirren der Zeit und diversen Schicksalsschlägen gezeichnet, von denen die Ermordung Karl Liebknachts – zusammen mit der Rosa Luxemburgs – am 15. Januar 1919 der tragischste war. Nur wenige Wochen vor dem 100. Jahrestag des folgenreichsten politischen Doppelmordes des 20. Jahrhunderts besuchten am ersten Dezembertag auf Einladung der Leipziger LINKEN die beiden Enkeltöchter Maja und Marianne Liebknacht Leipzig. Am Vorabend hatten sie an der Ausstellungseröffnung im Berliner Käthe-Kollwitz-Museum zum Frühwerk des Malers Robert Liebknacht teilgenommen. Die beiden Damen waren schon 2003 zusammen in der Messestadt gewesen. Diesmal kamen sie aber nicht allein, sondern hatten sieben Angehörige der beiden nächsten Generationen mitgebracht.

Im Gepäck befanden sich auch zwei wertvolle Leihgaben für eine kleine Sonderausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums über den Großvater, die im Januar 2019 eröffnet werden soll. Da ist zum einen das berühmte Porträt Karl Liebknachts, das der jüngere Liebknachtsohn Robert – Vater von Marianne – 1930 in zwei Fassungen malte. Fast sensationell ist zum anderen die kleine

Schreibtafel aus Elfenbein, die noch einen handschriftlichen Einkaufszettel von Karl Liebknacht enthält. Beide Exponate werden gewiss auf reges Interesse stoßen.

Nach einem launigen Fußmarsch der elf „Liebknachts“ durch die Karl-Liebknacht-Straße, die von den Leipziguern liebevoll „Karli“ genannt wird,



**Ulrike Dura** Vize-Direktorin des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig, **Marianne und Maja Liebknacht**, Kulturbürgermeisterin **Dr. Skadi Jennicke**.

fand im rasselvollen Geburtshaus von Karl Liebknacht in der Braustraße

15 eine Geschichtsstunde der besonderen Art statt. Unter großer Anteilnahme des Publikums berichteten die beiden Enkeltöchter aus ihrem bewegten Leben. „Die Ermordung meines Großvaters war eine Tragödie für die Welt“ sagte Marianne Liebknacht, „weil er einen weiteren Krieg verhindern wollte.“ „Mein Vater hat den Mord nie verkräftet“, ergänzte Maja

Wilhelm, genannt „Helmi“, ging 1928 in die Sowjetunion, und wohl nur sein berühmter Nachname rettete ihn vor stalinistischen Repressalien. Seine 1932 in Moskau geborene Tochter Maja zog in den 1960er Jahren in die DDR, um als Dolmetscherin zu arbeiten; noch heute ist der russische Akzent unverkennbar.

Ihre 77jährige Cousine Marianne redet hingegen im feinsten Wienerischen Dialekt. Mit ihren Eltern Robert und Hertha floh sie 1943 als Zweijährige von Paris in die Schweiz und ging nach Kriegsende in Frankreich in die Schule; später verschlug es sie nach Österreich. Sie arbeitete jahrzehntlang als Tänzerin und Architektin und ist auch heute noch künstlerisch sehr aktiv.

Zum Schluss des bewegenden Nachmittags signierten die beiden Liebknachtenkelinnen mit Engelsgeduld dutzende Exemplare der jüngst erschienenen Nummer 15 der Rosa-Luxemburg-Forschungshäfte aus der Feder von Annelies Laschitzka, die unter dem Titel „Karl Liebknacht: Advokat und Parlamentarier mit Charisma“ dieser Tage erschienen ist. Nach einer Autogrammstunde ging es am Ende eines denkwürdigen Tages, der allen Beteiligten noch lange in Erinnerung bleiben wird, mit dem Zug zurück nach Berlin.

## Kleines Reiseprotokoll

Organisiert von den sächsischen LINKEN fuhren wir drei Tage nach Trier. Aufgeschrieben von *Dr. Waltraud Böhme* auf der Rückreise am 21.10.2018

Hier in Trier, seiner Geburtsstadt, ehrte man endlich mit einem halbjährigen Programm Karl Marx als weltbekanntem Mann. Zur 200. Geburtstagsfeier haben sich über 100.000 Gäste auf den Weg nach Trier gemacht. Die zahlreichen Chinesen hatten sogar eine 5,5 Meter hohe Statue von Marx als Geburtstagsgeschenk mitgebracht. Sie steht nun mitten in der Stadt unweit der zweitausend Jahre alten Porta Nigra aus der Römerzeit. Erfreulich, wenn auch nicht von unnötigem Kitsch befreit, war man nun endlich für die Ehrung des großen Sohnes der Stadt bereit. Dass man um Karl Marx 2018 so einen Trubel macht, haben wir vor zwei Jahrzehnten noch nicht gedacht. Marx hat herausgefunden, wie der Kapitalismus funktioniert. Dieses Wissen brauchen sie in der heutigen Krisenzeit auch, meinen bürgerliche Herrscher und ihre Denker seit etwa zehn Jahren nun ganz ungehört.

Vor 25 Jahren wurde Marxens Lehre noch überall verbannt, und im Osten wurden viele Karl-Marx-Straßen einfach umbenannt. Durch zwei von vier Marx-Ausstellungen sind wir erwartungsvoll gegangen. Viel Interessantes hat in den Vitrinen gelegen oder an Decken und Wänden gehangen. Auch die Gästeführerinnen waren bestens mit dem Leben und Schaffen von Marx und mit der Geschichte seiner Zeit bekannt und haben uns so manche Forschungsneuheit genannt. Viel Dichtung und manche Wahrheit hingegen vermittelten die zwei als Marx und Engels in historischen Kostümen erschienenen Gästeführer für die Gruppe eins zum Schluss, wobei bei einem solchen Theaterauftritt wohl nicht alles wissenschaftlich belegt sein muss.

Doch was ich am Ende unserer Fahrt unbedingt noch sagen muss: Die kurze interessante Bildungsreise auf den Spuren von Karl Marx war ein echter Genuss.

Den Organisatoren, der Reiseleiterin Daniela und dem Busfahrer Steffen sowie den jungen Genossen aus Trier und vom Conny-Ernst-Team sag' ich herzlich danke schön bevor wir nun beim Halt in Chemnitz, Dresden und Pirna für heute auseinander

der geh'n. Kommt alle gut nach Hause und denkt daran, dass man sich vielleicht 2020 zum 200. Geburtstag von Friedrich Engels bei einer Bildungsreise nach Wuppertal-Barmen wiedersehen kann.





Die Nazivergangenheit Deutschlands wird heute in vielen Bereichen der Gesellschaft, sei es in Kunst oder Bildung, behandelt und aufgearbeitet. Wir werden mit dem Bewusstsein erzogen, dass wir als Deutsche eine besondere Verantwortung tragen, dass wir möglichst sensibel mit der Geschichte umgehen sollen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es in mehreren deutschen Städten Gerichtsverfahren, bei denen die Verbrecher zur Rechenschaft gezogen wurden, sowie eine sogenannte Entnazifizierung.

In Spanien, einem Land, das ebenfalls über 35 Jahre einem faschistischen Diktator unterstand, gab es so etwas nicht. Nachdem Francisco Franco 1975 starb, wurde ein Gesetz verabschiedet, das heute als „Pakt des Schweigens“ bekannt ist. Im Gegenzug dazu, dass alle politischen Gefangenen nach der Diktatur freigelassen wurden, blieben alle beteiligten Faschist\_innen straf-frei. Bis zum heutigen Tag. Das Ausmaß dieses Umgangs mit Geschichte wurde mir erst wirklich klar, als ich im Oktober mit dreizehn anderen Mitgliedern der Linksjugend [´solid] Sachsen erst nach Barcelona, dann nach Madrid und schließlich nach Bilbao im Norden Spaniens reiste. Mitglieder junger spanischer Parteien, Podemos und die Izquierda Unida (Vereinte Linke), teilten uns mit, dass die Partido Popular, eine mit ca. 20 Prozent im Parlament vertretene Partei, zu großen Teilen aus ehemaligen Franquist\_innen besteht. Des Weiteren musste ich schockiert feststellen, dass in der Nähe von Madrid ein gigantisches Franco-Denkmal in den Berg gehämmert ist, eine Basilika, in der der Diktator begraben liegt.

# ¡Hasta pronto!

Bildungsreise der Linksjugend Sachsen nach Spanien. Von Jennifer Trueltzsch



Nach einem sechs Kilometer langen Marsch zu dem Ort, an dem sich auch gern mal Gruppierungen mit neofaschistischer Ausrichtung versammeln, fanden wir ein riesiges, mit Blumen bedecktes Grab vor. Wahrlich ein Anblick, bei dem einem übel werden kann.

Doch das Land hat auch ansprechendere Seiten. Wir wurden mit offenen Armen und vielen kleinen Leckereien bei

Podemos und der IU empfangen, durften zwei äußerst unterhaltsame und interessante Führungen über den spanischen Bürgerkrieg sowie durch die Außenbezirke Madrids miterleben und bekamen die Gelegenheit, alternative spanische Bars und Buchläden zu entdecken.

Außerdem bekamen wir einen Einblick in innerpolitische Krisen des Landes,

das „seine Kultur an den Rest der Welt verkauft“ (Zitat einer feministischen Aktivistin in Barcelona). Durch die Bankenkrise, die bereits zehn Jahre zurück liegt, kam es zu über 400.000 Zwangs-räumungen in ganz Spanien, wodurch viele Menschen auf der Straße landeten. Die PAH (lit.: Plattform für durch Hypotheken Betroffene) ist ein Verein engagierter Aktivist\_innen, die den Betroffenen dieser Immobilienkrise dabei helfen, Geld zu sammeln oder mit den Banken zu verhandeln. Wir bekamen in Madrid die Chance, einer ihrer Sitzungen beizuwohnen.

Während unserer zehntägigen Reise lernten wir viele verschiedene, positive wie auch negative, Facetten Spaniens kennen und eins ist sicher: Von der Arbeit spanischer linker Vereinigungen können wir uns noch viel abschauen.

## Meinen die das ernst?

### Nr. 11: Eheprivilegien abschaffen

Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.

#### Die Forderung:

Heiraten sollte keine rechtlichen Folgen haben. Menschen, die Verantwortung für Kinder übernehmen, sollten Ziel staatlicher Familienpolitik werden. Eine Alternative wäre ein Wahlverwandtschaftsmodell.

#### Die Begründung:

Trotz der Einführung der eingetragenen Partnerschaften steht die Ehe nicht allen offen. Singles oder Personen, die polyamore Beziehungen führen (also mehr als eine\_n Partner\_in haben), können nicht heiraten. Auch sie übernehmen aber Verantwortung sowohl für Kinder als auch füreinander und sollten daher als Familien verstanden werden. Selbst wenn man zu denen gehört, die heiraten können (und wollen), setzen etwa die steuerrechtlichen Privilegien Anreize zu einem Ein-Verdiener\_innen-Haushalt, was für den\_die den Job reduzierende Partner\_in nicht selten etwa zu Altersarmut führt. Also: Ja, wir meinen das ernst!

## Termine

09.12., 13 Uhr, Wahlfabrik, Dresden: Planungstreffen Pfingstcamp 2019

14.-16.12.: Klausur des Beauftragtenrats

18.12., 18 Uhr, SLUB Dresden: 2. Treffen des Wahlkombinats

## Von Kopftuch und Shitstorm

Kürzlich führte einer unserer Facebookposts zu einem kleinen Shitstorm. Der Grund: Ein Bild von Frauen, die sich an den Händen halten – eine von ihnen trug ein Kopftuch. Der neutrale oder gar positive Bezug auf Verschleierung scheint derzeit gehäuft für Empörung zu sorgen. Das Kopftuch wird als unterdrückendes patriarchales Symbol gesehen.

### Ein patriarchales Symbol

Das Kopftuch als Teil der Bekleidungs-vorschriften des Islam (die gelten übrigens auch für Männer) ist in seinen Ursprüngen nicht gerade emanzipatorisch. Kopftücher sind dabei kein rein islamisches Phänomen: Für Nonnen gehören sie zur Ordenskleidung und orthodoxe Jüdinnen bedecken ihr Haar mit Perücken oder Tüchern. Auch im orthodoxen Christentum tragen Frauen\* Kopftücher. Seine Bedeutung ist nicht immer religiös. Noch im 20. Jahrhundert war das Tragen von Kopftüchern in Deutschland üblich. Den Kopf in der Öffentlichkeit unbedeckt zu lassen ist eine relativ neue Entwicklung.

Was ein Symbol wie das Kopftuch bedeutet, ist immer eine Frage der Auslegung. In gewisser Weise ist zum Bei-

spiel ein Rock auch ein patriarchales Symbol. Ein Mini kann als ein die Frau sexualisierendes Kleidungsstück verstanden werden oder auch als selbstbewusstes Statement in memoriam an die Freie Liebe und die 68er-Bewegung. Unsere Kleidung ist aufgeladen mit verschiedensten Deutungen – für viele Muslima ist das Kopftuch einfach ihr selbstbestimmtes Bekenntnis zu ihrem Glauben.

### Der Zwang

„Die werden doch alle gezwungen“, wird an dieser Stelle gern eingewendet. Nun, jeder Person dürfte klar sein, dass das keinesfalls immer zutrifft. Frauen\* mit islamischem Hintergrund pauschal zu unterstellen, sie seien unterdrückt von ihrer Familie, ist rassistisch und zeugt von der fehlenden Akzeptanz anderer Lebensweisen. Zudem wird die verschleierte Frau, der die Solidarität vermeintlich gelten soll, somit zum passiven Opfer ihre Situation degradiert und nicht als Akteurin betrachtet, die für sich selbst handeln und ihre Situation selbst bewerten kann. Natürlich ist jeder Zwang scheiße und in entsprechenden Fällen ist es Pflicht, sich solidarisch zu zeigen. Aber gleiches gilt auch für den Zwang, das Kopftuch abzu-

legen. Es handelt sich letztendlich um eine persönliche Entscheidung.

### Das Private ist politisch

Oft wird eingewendet, dass es eben keine persönliche Entscheidung ist und dabei auf Länder wie Saudi-Arabien verwiesen, wo Verschleierung im öffentlichen Raum Pflicht ist. Wie angeführt: Es ist unstrittig, dass ein Zwang zur Verschleierung scheiße ist. Aber den Kampf um Frauenrechte im islamischen Raum auf Bekleidungs-vorschriften herunterzubrechen ist absurd. Es gibt noch viele andere Kämpfe auszu-tragen: So hat nach wie vor jede Frau in Saudi-Arabien einen Vormund, dessen Erlaubnis sie etwa zum Reisen braucht. Weiterhin herrscht eine umfassende Geschlechtertrennung etwa an Unis, in Stadien oder im Einkaufszentrum.

### Und nun?

Statt patriarchale Praxen anderer zu kritisieren, sollte mensch lieber das eigene patriarchale Verhalten in Frage stellen. Dann kann mensch Muslima mit Kopftuch unterstützen, statt sich zu entsolidarisieren.

• Nele Werner



# Den Geflüchteten eine Stimme geben

*Heraldo Hettich über das erste europäische Geflüchteten- und MigrantInnen-Parlament*

Am 17. und 18. Oktober 2018 fand im Europaparlament in Brüssel das erste Geflüchteten- und MigrantInnen-Parlament statt. Anwesend waren 30 selbstverwaltete Geflüchteten- und MigrantInnenorganisationen aus 16 Ländern. Die etwa 120 TeilnehmerInnen folgten der Einladung der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linen, GUE/ NGL.

Um diese Anhörung Wirklichkeit werden zu lassen, hatten vier Geflüchteten-Netzwerke monatelang ihre Kollektive, Aktionsgruppen und Persönlichkeiten mobilisiert. Die Internationale Koalition der Geflüchteten und MigrantInnen ohne Papiere (CISPM), das Netzwerk Ideen und Vorschläge von Geflüchteten für Europa (RISE), das Europäische Netzwerk der MigrantInnenfrauen (ENMW) und der Weltrat der Hazaras Afghanistan (WHC) haben sich gegenseitig Mut gemacht, in Brüssel ans Podium zu treten und öffentlich ihre Stimme zu erheben, um von ihren Kämpfen zu berichten. Raus aus den Hinterhöfen Europas für ein selbstbestimmtes Leben in Anerkennung, Würde und Respekt.

„Es wird so viel über uns geredet, geschrieben und entschieden von den Populisten, den Journalisten und in der Politik. Dabei bin ich immer wieder überrascht, wie wenig in den Parlamenten Europas über die Probleme und Forderungen von Geflüchteten wirklich bekannt ist“, brachte es Ali auf den Punkt. Er ist als Dissident aus dem Sudan geflohen und engagiert sich seit vielen Jahren in der Gruppe Lampedusa in Hamburg, welche der GUE/NGL-Fraktion vor einem Jahr den Vorschlag für diese Initiative gemacht hat. „Warum spricht man nicht mit uns? Wir sind doch diese Menschen“, sagte er als erster Redner des Geflüchteten und MigrantInnen-Parlament in einer Debatte auf Augenhöhe und getragen von gegenseitigem Respekt.

Es ist nicht leicht für die Anwesenden, ihre Geschichten zu erzählen und sie dabei wieder zu durchleben: den Verlust von Angehörigen, die Entbehrungen der Flucht, die Schmerzen, die Ungewissheit und den Krieg. Deshalb startete diese Zusammenkunft auch mit einer Schweigeminute für all die Opfer der weltweiten Flucht- und MigrantInnenströme, welche auf der Suche nach einem besseren Leben umgekommen sind. Zehntausende davon sind allein im Mittelmeer ertrunken.

Eines wird bei den Redebeiträgen von Menschen aus Afghanistan, Somalia oder dem Kongo deutlich: Sie alle haben die gleichen Probleme in Euro-



pa und niemand verlässt gerne seine Familie, sein ganzes soziales Leben und macht sich auf in ein unbekanntes Land, dessen Sprache man nicht spricht. Das ist immer nur der letzte Schritt nach langen Jahren der Verzweiflung, großen Leids und einer ausweglosen Perspektive. „Wir fordern unsere Rechte ein und wir fürchten niemanden“, sagt Salah, der seine beiden Brüder in Libyen verloren hat. „Wir alle wissen, dass unser Länder von korrupten Eliten und gewissenlosen Diktatoren regiert werden, aber wir haben immer selber gegen den Terrorismus angekämpft. Für eine bessere Zukunft. Nach der Intervention durch die Nato-Luftangriffe und dem Staatszerfall Libyens erscheint mir der Tod meiner beiden Brüder auf einmal so sinnlos.“

Manal aus Syrien berichtete von ihren traumatisierten Kindern, welche sich gar nicht für die dänische Gesellschaft öffnen können, ohne gleichzeitig mit einem Therapeuten auch über die Nahtoderlebnisse beim Kentern ihres Bootes vor der griechischen Insel zu sprechen, das die Hälfte der Insassen nicht überlebten. „Wie sollen wir uns integrieren, wenn wir mit unseren Brüdern und Schwestern in Lagern sitzen, weggesperrt hinter hohen Zäunen und an den Stadträndern, ohne das Recht sich frei zu bewegen, zu arbeiten und etwas neues aufzubauen“, fragt Kone aus Italien?



Die erste Podiumsdiskussion trug den Titel „Kampf für fundamentale Rechte und gegen Ausbeutung“ und wurde von der Abgeordneten Cornelia Ernst (DIE LINKE) eröffnet. Sie war mit ihrem Team federführend bei der Planung der GUE-Initiative des Geflüchteten- und MigrantInnen-Parlament. „Sollte es uns wirklich ernst damit sein, Geflüchtete und MigrantInnen in unserer Gesellschaft willkommen zu heißen, müssen wir ihnen endlich auch auf Augenhöhe begegnen und sie für sich selbst sprechen lassen“, sagte sie. „Uns geht es dabei um eine Struktur, die Geflüchtete und MigrantInnen auf europäischer Ebene als Akteure stärkt. Wir haben das Europaparlament, das zweifellos die politische Vielfalt Europas widerspiegelt. Wo aber bleiben die Millionen Geflüchteten und MigrantInnen in der EU? Deren Vertretung muss jetzt entstehen. Und wir meinen es wirklich ernst damit. Es geht uns um eine Struktur, die von den europäischen Institutionen respektiert wird.“

An thematischen Baustellen für solch eine Vertretung mangelt es sicher nicht. Tracey Ayero aus Uganda engagiert sich in den Niederlanden für die Rechte afrikanischer Homo-, Bi-, Trans- und Intersexueller (LGBT) und erzählt von erniedrigenden Praktiken bei der Bearbeitung von Asylanträgen von Menschen aus diesem Personenkreis. Siliman aus Italien beschrieb die zunehmend rassistische Praxis der

populistischen Regierung sowie die Ausbeutungsbedingungen in der Landwirtschaft. „Immer wieder kommen in Italien Geflüchtete durch veraltete Landwirtschaftsmaschinen und wegen inakzeptabler Arbeitsbedingungen ums Leben.“

Die französische Abgeordnete Marie-Christine Vergiat (Front de gauche) moderierte eine Podiumsdiskussion, bei der es um die Verantwortung der EU für Flucht und Migration ging. „Geflüchtete Frauen sind neben den patriarchalen Strukturen zusätzlichen Unterdrückungsmechanismen ausgesetzt. Sie haben keinen legalen Status, können Vergewaltigungen oder Misshandlungen nicht anzeigen, da ihnen dann die Abschiebung droht“, erläutert Anna Zobnina vom European Network of Migrant Women.

Andere Beiträge drehten sich vor allem um die Fluchtursachen, die Abschottungspolitik sowie die rechtliche Situation von Geflüchteten in Europa. Abdul Halim Hamaidi vom „World Hazara Council“ beschrieb dabei die anhaltende Zerstörung Afghanistans durch das Handeln der westlichen Staaten und die besondere Ausgrenzung der Bevölkerungsgruppe der Hazara. „Die EU-Staaten verursachen durch die andauernden Waffenexporte und Rüstungsdeals die Verschärfung vieler Konfliktherde“, sagte Anzoumane von CISPM aus Frankreich. „Statt des Ausbaus der europäischen Grenzagentur Frontex sollte man lieber finanzielle Hilfen der EU für den Aufbau der Volkswirtschaften in Afrika und dem Nahen Osten zur Verfügung stellen“ ergänzte Razia Arooje von RISE.

In der Nacht vor der Anhörung einigten sich die Netzwerke auf eine Resolution mit Forderungen, wie der Aussetzung von bilateralen Abkommen, welche Abschiebungen erleichtern, einer echten Freizügigkeit und dem Ende der Kriminalisierung von Solidaritätsnetzwerken. Die Gruppe Lampedusa in Hamburg hatte dafür eigens einen Kameramann aus Kamerun und einen afghanischen Radiomoderator mitgebracht, um die Veranstaltung in einem Filmprojekt zu dokumentieren. Der Auftakt für ein verstärkte europäische Zusammenarbeit der Netzwerke ist gemacht und das Geflüchteten- und MigrantInnen-Parlament soll künftig jährlich stattfinden – am besten in Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen. Ein starkes Zeichen für den Schutz der Grundrechte und gegen eine inhumane Asyl- und Migrationspolitik. Im Einsatz für das gemeinsame Fundament, auf dem unsere Idee eines solidarischen Friedens-Projekts Europa immer noch steht.



EUROPEAN UNITED LEFT/  
NORDIC GREEN LEFT  
EUROPEAN PARLIAMENTARY  
GROUP



# Links wirkt!



*Michael Leutert* freut sich darüber, dass die Vereinten Nationen mehr Geld für Entwicklungszusammenarbeit bekommen

Linke Haushaltspolitik wirkt! Auf meine Vermittlung hin steigt der deutsche Beitrag zum Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in den nächsten drei Jahren um insgesamt 60 Millionen Euro.

Wie kam es dazu? Der Leiter des UNDP, Untergeneralsekretär Achim Steiner, sprach mich im Mai an und machte mich auf die schwierige Finanzlage seiner Organisation aufmerksam. Es fehlen vor allem frei verfügbare Mittel, also solche, die nicht ausschließlich für einen bestimmten Zweck oder ein bestimmtes Projekt vorgesehen sind. Mit frei verfügbaren Mitteln ließe sich viel besser auf aktuelle Entwicklungen und insbesondere Krisensituationen reagieren.

Nun bin ich im Haushaltsausschuss Berichterstatter unserer Fraktion für das fachlich zuständige Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ). Darüber hinaus liegt mir das Themenfeld der Entwicklungszusammenarbeit politisch und persönlich sehr am Herzen. Darum arrangierte ich mit der Unterstützung des Fraktionsvorstandes ein Fachgespräch zwischen Herrn Steiner und den Berichterstatter\*innen der übrigen Fraktionen im Haushaltsausschuss. Insbesondere gegenüber den Vertreter\*innen der Regierungskoalition konnte der Untergeneralsekretär seine Forderungen anbringen – und das mit Erfolg! Ein entsprechender Änderungsantrag zum Bundeshaushalt wurde in der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses eingebracht und bestätigt.



Das Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York City.

Das UNDP ist eine der größten Organisationen innerhalb der Vereinten Nationen. Es arbeitet in über 170 Staaten, spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und setzt sich innerhalb der UN für die Belange von Entwicklungsländern ein. Dessen Aufgaben sind die Entwicklung demokratischer Regierungsführung, Armutsbekämpfung, Krisenprävention und Wiederaufbau, die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprinzipien bei Umwelt- und Energiepolitik, die Prävention und Bekämpfung von HIV/AIDS sowie die Herausgabe des alljährlichen Human Development Report. Die Erhöhung

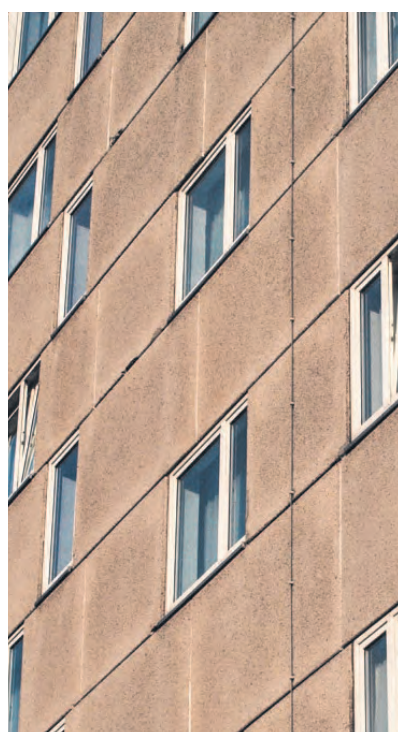
der Mittel für den Kernhaushalt des UNDP ist aber noch aus einem weiteren Grund sehr wichtig: Die Vereinten Nationen betrachten die Zunahme bilateraler Entwicklungsverträge in den letzten Jahren mit großer Sorge. Das heißt, dass entsprechende Projekte zwischen zwei Staaten ausgehandelt werden, der Rest der Weltgemeinschaft bleibt außen vor. Hinter solchen Verträgen stehen aber immer handfeste wirtschaftspolitische Interessen des jeweils stärkeren Verhandlungspartners. Nehmen wir das Beispiel China: ehemals selbst Empfänger von Entwicklungsgeldern, jetzt die zweitgrößte Volkswirtschaft der

Welt und einer der größten Geldgeber auf dem afrikanischen Kontinent. Was dort als Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet wird, ist faktisch eine aggressive und für die empfangenden Staaten langfristig schädliche Landnahme. Dergleichen ließe sich aber auch über die EU oder die Bundesrepublik Deutschland sagen, denn einseitig nützliche Handelsbeziehungen kennen keine Moral. Insofern ist die Stärkung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit von überstaatlichen Organisationen wie den Vereinten Nationen ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit in den internationalen Beziehungen.

## Hartz IV-Beziehende als Opfer des Mietenwahnsinns

Der Mietenwahnsinn trifft die ärmeren Menschen überproportional stark. Dies wurde bereits durch zahlreiche Studien bewiesen und zeigt sich noch einmal in der Antwort der Regierung auf eine Anfrage von uns. Darin ging es um die Entwicklung der so genannten „Kosten der Unterkunft“ (KdU), die Menschen in Hartz IV zur Begleichung ihrer Wohnkosten zugestanden werden. Diese werden kommunal festgelegt und auf Grundlage von Wohnfläche und Miethöhe errechnet.

Laut Gesetz sollen die Kosten der Unterkunft „angemessen“ ausfallen. Diese Angemessenheitsgrenzen werden jedoch nur schleppend angepasst. In der Zwischenzeit werden die Leistungsbeziehenden angehalten, die Wohnkosten durch Umzüge in günstigere Wohnungen zu senken. Dies befördert die soziale Entmischung. Die Ärmern werden aus vielen Stadtteilen verdrängt und wohnen zunehmend konzentriert. So treffen das



Kind des Bankers und das Kind einer aufstockenden Alleinerziehenden im Alltag kaum noch aufeinander. Durch die Mietsteigerungen sind kaum noch günstige Wohnungen zu finden. Die Leistungsbeziehenden stehen nun vor der Entscheidung: Sparen ich den „nicht angemessenen“ Teil der Miete vom Munde ab oder teile ich die Wohnungen mit zusätzlichen Mieterinnen?

Unsere Kleine Anfrage sollte nun klären, wie sich die Kosten der Unterkunft in den letzten Jahren entwickelt haben und wie sich die Wohnflächenstandards veränderten. Die anerkannten Unterkunftsstellen sind in den Jahren 2011 bis 2017 um rund 25 Prozent gestiegen. Im annähernd gleichen Zeitraum, von 2011 bis 2016, stiegen die Mieten laut dem Index des Statistischen Bundesamts im bundesweiten Durchschnitt um 6,6 Prozent. Dieses Verhältnis zeigt die zunehmende Spaltung beim Wohnen. Menschen mit geringen Einkommen sind am stärksten

von Mietsteigerungen betroffen. In Sachsen fiel zu Zunahme zwar nicht ganz so stark aus, aber auch hier stiegen die Kosten der Unterkunft von 2011 bis 2017 um mehr als 18 Prozent, in Dresden sogar um 30 Prozent. Die durchschnittliche Wohnfläche sank im Bundesdurchschnitt in diesem Zeitraum von 63,35 auf 61,27 Quadratmeter. In Sachsen sank sie noch rapider: von einstmalig 60,36 auf 57,37 Quadratmeter. DIE LINKE fordert, dass mehr staatliches Geld in den öffentlichen Wohnungsbau gesteckt wird. Nur wenn ausreichend bezahlbare Wohnungen geschaffen werden, kann den Ärmern eine angemessene Unterkunft zur Verfügung gestellt werden. Zudem müssen bundesweit bessere Standards für die regionale Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft festgelegt werden. Dazu bringen wir demnächst einen Vorschlag in den Bundestag ein.

• Katja Kipping und Caren Lay





## Gebietsreformen

Studie des Ifo-Instituts sagt, Gebietsreformen haben meist nur Verlierer, aber keine Gewinner

Seite 3

## Vorstand gewählt

Jahreshauptversammlung des KFS hat neuen Vorstand gewählt

Seite 4

## Neue Publikationen

Neue Bücher zu Linke Kommunalpolitik, Kommunales Mandat und kommunale Umweltpolitik

Seite 4

# Die Bürgernahe Kommune

„Bürgernahe Kommunen“ sind Ausdruck guter lokaler Regierungsführung und gelebter Demokratie. Sie orientieren sich in ihrer Arbeit an den Bedürfnissen und Problemen der Bürgerinnen und Bürger, sind serviceorientiert, verstehen sich als transparente und offene Dienstleister und beteiligen ihre Bürgerinnen und Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen, so die aktuelle Darstellung auf einem Internetportal.

In demokratisch verfassten Gesellschaften gehört es zu den allgemeinen Regeln, dass kommunale Verwaltungen verpflichtet sind und den Menschen zu dienen haben.<sup>1</sup>

Im Verwaltungswörterbuch steht unter dem Stichwort „Bürgernähe“: „Orientierung von Planung, Verwaltung und Politik an den unmittelbaren Problemlagen und Interessen der betroffenen Bürger unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse: z.B. Planung in direktem Kontakt mit den Bürgern (zielgruppenadäquate Formen der Partizipation), benutzerorientierte Planung von stadtteilspezifischem Bedarf, klientel- und publikumsorientierte Verfahren und Umgangsformen der bürgernahen Verwaltung.“<sup>2</sup>

### Bürgernahe Verwaltung

Wenn von „Bürgernähe“ die Rede ist, meint das mehr als nur räumliche Nähe zwischen Bürger und Verwaltung, hier geht es um die Qualität der Beziehungen:

□ einmal um all das, was unter „Bürgerfreundlichkeit“ der Verwaltung fällt wie freundliches Erscheinungsbild, freundliche Bedienung, verständnisvoller Umgang mit dem Bürger usw. und zum

□ zweiten um die Qualität der erbrachten Leistung selbst, inwieweit der substanzielle Gehalt der Leistung der vom Bürger benötigten Hilfe, Beratung oder Information entspricht.

Als bürgernah kann eine von der Verwaltung erbrachte Leistung nur dann angesehen werden, wenn sie beiden Aspekten nachkommt. Eine unzureichende Leistung nur in einer „freundlichen Hülle“ verpackt, wird beim Bürger wenig Gefallen finden.

Für eine bürgernahe Verwaltung stehen insbesondere folgende Handlungsrichtungen und Maßnahmen:

□ die Kommunikation mit den Bürgern, die Information der Bürger und die Bürgerbeteiligung an Verwaltungsentscheidungen;

□ die räumliche Erreichbarkeit, Verteilung und Dezentralisierung des Angebotes an Verwaltungsleistungen für die Bürger;

□ die Gestaltung von Öffnungszeiten der Verwaltung und möglichst geringe Wartezeiten für die Bürger;

□ die bürgerfreundliche Gestaltung der räumlich-baulichen Gegebenheiten der Verwaltungseinrichtungen (z.B. der Warteräume) und der Angebote (z.B. Qualität und Verständlichkeit der Formulare, Merkblätter usw.);

□ die Nutzung neuer Technik für die bürgerfreundliche Organisation der Verwaltungstätigkeit (z.B. Internet).

### Lokale Agenda 21

Mit dem Konzept „Bürgernähe“ versuchten Verwaltungen schon in den 1970er und 80er Jahren dem Unbehagen und der Kritik an ihrem bürokratischen Verhalten zu begegnen. Zunächst geschah dies mit einfachen Instrumenten wie der Einrichtung von Bürgerberatungsstellen oder Bürgerämtern. Bald wurde jedoch erkannt,

dass Bürgernähe tatsächlich erst dann erreicht werden kann, wenn das gesamte System der Verwaltung in seinem Denken und Handeln, also die gesamte Verwaltungskultur mit der Orientierung auf den Bürger verändert wird. Neben Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit avancierte Bürgernähe zu einem vierten Hauptkriterium für erfolgreiches Verwaltungshandeln.

Einen kräftigen Impuls und eine große Chance erhielt das Konzept der bürgernahen Kommunalverwaltung durch den von der UNO-Konferenz von Rio de Janeiro 1992 ausgelösten Lokalen Agenda 21-Prozess. In der Erklärung von Rio wurde dazu aufgerufen, dass jede Kommunalverwaltung in einen Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern treten soll. Über bisherige formale Formen der Bürgerbeteiligung hinaus sollen die Bürger im weitesten Sinne in Entscheidungs- und Abwägungsprozesse eingebunden werden. Es geht darum, den Sachverstand, die Lebens- und Berufserfahrungen der engagierten Bürger zu nutzen. Für die Verwaltung können sich bei dialogorientierter bürgernaher Arbeit u.a. folgende Vorteile erschließen:

□ Informationszuwachs für die Verwaltung;

□ bessere öffentliche Resonanz auf die Arbeit der Verwaltung;

□ Abbau von Vorurteilen, erhöhte Kompromissbereitschaft;

□ höhere Verantwortungsbereitschaft und Motivation in der Verwaltung;

□ positivere Einstellung der Bürger für ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement.<sup>3</sup>

### Bürger oder Kunden

In Deutschland wurde Anfang der 1990er Jahre als Reaktion auf die ein-

setzende kommunale Haushaltskrise zunächst mit dem „Neuen Steuerungsmodell“ ein Verwaltungsbild in die Welt gesetzt, das die Kommunen als Dienstleistungsunternehmen definierte. Mit einer „schlanken“ Verwaltung glaubte man das Arkanum einer erfolgreichen Kommune gefunden zu haben. Da die Bürger auf die Rolle des zahlenden Kunden und die kommunale Vertretungskörperschaft auf die Funktionen eines Aufsichtsrates reduziert wurde, stieß dieses Verwaltungsmodell alsbald auf ganz erhebliche Umsetzungs- und Akzeptanzprobleme. Offenkundig entsprach die betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise nicht dem politischen Charakter der kommunalen Selbstverwaltung.

Der aus dem kommerziellen Bereich stammende Begriff der „Kundenorientierung“ wurde häufig mit „Bürgernähe“ gleichgesetzt. Der Begriff Kundenorientierung greife jedoch zu kurz und öffne Tür und Tor für oberflächliche Rhetorik und Etikettenschwindel, kam postwendend die Kritik. Denn die Bürger treten der Verwaltung nicht nur als Kunden gegenüber, sondern zumindest auch in ihrer zivilgesellschaftlichen Rolle als Akteure und Mitgestalter des kommunalen Gemeinwesens. Die Einwohnerschaft dürfe nicht zum Konsumenten fremdbestimmter Angebote gemacht werden.

So blieb das Konzept „Kundenorientierung“ hinter dem älteren Konzept „Bürgernähe“ zurück und ließ außer acht, dass eine kommunale Verwaltung, wengleich sie nach dem Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit zu agieren hat, nicht kommerziell ausgerichtet sein kann und nicht nur gut funktionieren soll, sondern bürgerschaftliche Legitimation besitzt und die Herausforderungen des Zusam-



menlebens in der Kommune lösen soll.

### Das Konzept Bürgerkommune

Während sich in anderen europäischen Ländern bereits das Grundverständnis zur kommunalen Selbstverwaltung verändert hatte und die Ideen der Lokalen Agenda 21 aufgenommen wurden, wurde in Deutschland dann nachholend Ende der 1990er das Konzept der Bürgerkommune in die Diskussion eingebracht. Im Kern sollte es zunächst beim Reformmodell Bürgerkommune darum gehen, aufbauend auf dem Leitbild der kundenorientierten Verwaltung, eine verstärkte Einbeziehung der Bürger in allen Phasen des kommunalen Entscheidungs- und Produktionsprozesses vorzusehen und das freiwillige Engagement der Bürger stärker zu fördern.

In einer Studie der Fernuniversität Hagen wurde 2002 dann festgestellt: „In der kommunalen Praxis erfreut sich das Konzept der Bürgerkommune einer wachsenden Beliebtheit. Man hofft, durch den stärkeren Einbezug der Bürger Politik(er)verdrossenheit abzubauen, die gravierenden Haushaltsprobleme teilweise zu reduzieren und neue Impulse für die mittlerweile ins Stocken gekommene Verwaltungsreform geben zu können.“<sup>4</sup>

Mit dem Konzept der Bürgerkommune sollten folgende Zielstellungen erreicht werden:

- Akzeptanz: höhere Bürgerzufriedenheit mit kommunalen Dienstleistungen und Planungsprojekten;
- Demokratisierung: stärkere Teilnahme der Bürger an der demokratischen Willensbildung und Revitalisierung der kommunalen Demokratie;
- Solidarität: Stärkung der Unterstützungsnetzwerke der Bürger;
- Effizienz: Entlastung der kommunalen Haushalte;
- Effektivität: bessere Politikergebnisse im Sinne der politischen Zielsetzungen.

In der Bürgerkommune sollte dabei der Bürger in seinen drei Rollen (1) als politischer Auftraggeber, (2) als Adressat der kommunalen Leistungen und (3) als Mitgestalter des Gemeinwesens begriffen werden.

### Bilanz und Herausforderungen

Untersuchungen zeigen, dass das Konzept „Bürgerkommune“ sich nicht zu einem Selbstläufer entfaltet hat und in der praktischen Umsetzung ins Stocken geraten ist: „Oft fehlt den Kommunen das entsprechend qualifizierte Personal. Beteiligungs- und Moderationskompetenzen finden erst allmählich Eingang in die Verwaltungsausbildung. Wer stärker beteiligt, muss mit Konflikten rechnen, die es dann zu bearbeiten gilt. Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig und lässt sich nur begrenzt als Lückenbüßer einsetzen. Vielen Kommunen, besonders wenn sie unter Haushaltssicherung stehen, fehlen finanzielle und rechtliche Handlungsspielräume, ohne die eine Stärkung der Bürgerrolle nur geringe Chancen hat.“<sup>5</sup>

Trotz vielfältigen Engagements sei es in den letzten 15 Jahren nicht gelungen, „insgesamt den Abstand zwischen Bereitschaft und faktischem Engagement nennenswert zu verringern. Bei jungen Menschen ist er sogar größer geworden. Angesichts der hohen Wertschät-

zung und gezielten Anstrengungen überrascht auch, dass die bundesweite Engagementquote nicht wesentlich



angewachsen ist.“ Negativ wirke sich auch aus, „dass zu große Arbeitsmarktnähe zum Rückzug engagierter Mittelschichten beiträgt. Die Daten für die jüngere Generation legen nahe, dass z.B. die Verdichtung von Bildungsgängen und erhöhte berufliche Mobilitätsanforderungen zum Rückgang des Engagements beitragen.“

Hinzu komme weiterhin, dass beim Engagement in der Bürgerkommune eine soziale Selektion stattfindet, da bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung an soziale Voraussetzungen geknüpft sind, von Bildung und Sozialstatus abhängig sind. Mit der sozialen Spaltung der Gesellschaft werde diese Tendenz noch zunehmen. Zudem habe der Aufschwung rechts-populistischer Akteure und Parteien „die bürgerschaftliche Perspektive zugleich verdüstert und anspruchsvoller gemacht.“ Die Leitidee „Bürgerkommune“ werde daher „ohne einen demokratisch-menschenrechtlich geschärften Blick auf die Initiativen und das Engagement aus der Bürgerschaft keine Zukunft haben.“<sup>6</sup>

Neue Möglichkeiten für die Bürgerkommune eröffnen sich mit dem Internet und der onlinebasierten Beteiligung wie u.a. durch E-Mail, Mailing-Lists, Internetforen, soziale Netzwerke, Onlinebefragungen, virtuelle Besprechungen mit Interessensvertretern oder auch die Online-Dialoge. Aber der Einsatz elektronischer Abstimmungs- und Kommunikationsmittel könne mitunter auch Manipulationsmöglichkeiten eröffnen, da keine Gewähr dafür besteht, dass sich tatsächlich nur Bürger und Einwohner der Kommune beteiligen. Das kann dann zu verzerrten Ergebnissen führen. In der Verwaltung erfordere eine onlinebasierte Partizipation zudem eine Funktions- und Kompetenzentflechtung, wenn es nicht nur darum gehen soll, bestehende Prozesse elektronisch und transparent abzubilden.<sup>7</sup>

Werde die Idee der Bürgerkommune unreflektiert forciert, politisch halbherzig oder handwerklich mangelhaft umgesetzt, bestehe – entgegen der eigentlichen Zielrichtung – sogar die Gefahr, Politikverdrossenheit kontraproduktiv zu verstärken. Daraus ergibt sich das Plädoyer für transparente, klar vereinbarte Spielregeln für das Zusammenspiel von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung sowie für eine gründliche strategische wie operative Arbeit im Sinne eines professionellen Partizipationsmanagements.<sup>8</sup>

Offensichtlich sieht es so aus, als habe das Konzept der Bürgerkommune seine Zukunft noch vor sich. Ge-

Beratungsunterlagen des öffentlichen Sitzungsteils könnte der Informationsrückstand, den die Zuhörer gegenüber den Räten und der Verwaltung haben, reduziert werden. Technisch lassen sich Beratungsunterlagen heute leicht und kostenneutral über das Internet zur Verfügung stellen. Teilweise wird hiervon auch bereits Gebrauch gemacht. Der verstärkte Einsatz dieses Mittels zur frühzeitigen Information könnte dazu beitragen, die öffentlichen Beratungen und Entscheidungen für den interessierten Bürger leichter verständlich zu machen.“<sup>9</sup>

□ Eine Fehler- und Innovationskultur: „Wo Neues ausprobiert, Ideen entwickelt und Projekte umgesetzt werden, passieren Fehler. Eine innovative Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn man offen und lernbereit ist und mit Fehlern und Schwierigkeiten lösungsorientiert umgeht. Eine solche Kultur der Zusammenarbeit muss eingeübt werden.“<sup>10</sup>

AG

<sup>1</sup> Vgl. *Verfassung des Freistaates Sachsen, Art. 82, Abs.1.*

<sup>2</sup> *Verwaltungswörterbuch, 3. neu bearb. Aufl., Nomos Verlagsgesellschaft 2003, S. 177.*

<sup>3</sup> Vgl. *Lokale Agenda 21-Anstöße zur Zukunftsfähigkeit, Verlag W. Kohlhammer 2000, S.187.*

<sup>4</sup> [www.fernuni-hagen.de/POLAD/Projekt.htm](http://www.fernuni-hagen.de/POLAD/Projekt.htm)

<sup>5</sup> P.-S. Roß / R. Roth: *Bürgerkommune/KOMMUNE 2030, Beteiligung der Basis*, [www.treffpunkt-kommune.de/beteiligung-der-basis](http://www.treffpunkt-kommune.de/beteiligung-der-basis), 12.09.2018.

<sup>6</sup> P.-S. Roß / R. Roth: *Bürgerkommune. Potentiale und Grenzen einer demokratischen Leitidee*, eNewsletter *Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2018 v. 26.03.2018*, [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

<sup>7</sup> Vgl. *Hartmut Bauer / Christiane Büchner / Lydia Hajasch (Hrsg.): Partizipation in der Bürgerkommune*, Universitätsverlag Potsdam 2017, *KWI Schriften 10*, S. 28 f.

<sup>8</sup> Vgl. P.-S. Roß / R. Roth: *Bürgerkommune. Potentiale und Grenzen einer demokratischen Leitidee*.

<sup>9</sup> *Krebs: Der kommunale Öffentlichkeitsgrundsatz*, Hrsg. in Verbindung mit dem Deutschen Landkreistag, Boorberg Verlag 2016, S. 261.

<sup>10</sup> J. Rohr: *Das Miteinander im Mittelpunkt, Bürgerkommune/KOMMUNE 2030*, [www.treffpunkt-kommune.de/das-miteinander-im-mittelpunkt](http://www.treffpunkt-kommune.de/das-miteinander-im-mittelpunkt), 12.09.2018.

## Impressum

**Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.**  
Großenhainer Straße 99  
01127 Dresden  
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945  
Fax: 0351-7952453  
[info@kommunalforum-sachsen.de](mailto:info@kommunalforum-sachsen.de)  
[www.kommunalforum-sachsen.de](http://www.kommunalforum-sachsen.de)  
Red., Satz und Layout: A. Grunke  
V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.





# Gebietsreformen sparen kein Geld



Erstmals hat eine Studie wissenschaftlich die Auswirkungen von Gebietsreformen untersucht. Das Ergebnis ist verheerend: bei Gebietsreformen gibt es meist nur Verlierer, aber kaum Gewinner. Durchgeführt wurde sie vom Ifo Institut und vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. Gebietsreformen gelten als Wunderwaffe in Zeiten knapper kommunaler Kassen. Alle westdeutschen Bundesländer haben in den 1970er-Jahren Gemeinden und Landkreise zusammengelgt. In Ostdeutschland hält der Prozess unverändert an; Jahr für Jahr sinkt die Zahl der Gemeinden. Das Hauptargument: Größere Gemeindeverwaltungen seien günstiger, schlagkräftiger und deshalb besser für die Zukunft gerüstet als kleine Verwaltungen. Aber stimmt das wirklich?

## Verwaltung nicht effizienter

Bei Gebietsreformen werden mehrere kleinere Gemeindeverwaltungen zu einer größeren Verwaltung zusammengelegt. Das soll im Regelfall Geld sparen oder zumindest die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen verbessern. Dahinter steht die Idee sogenannter Skaleneffekte: Die größere Verwaltung soll mehr sein als nur die Summe mehrerer kleiner Verwaltungen. Verwaltungsleistungen sollen dann zu einer besseren Qualität und niedrigeren Kosten erbracht werden. Soweit die jahrzehntelang nahezu unangefochtene Theorie. Vor kurzem haben Forscher jedoch begonnen, sie empirisch zu überprüfen. Innerhalb kurzer Zeit ist eine inzwischen beachtliche Zahl von Evaluationsstudien entstanden – mit einem robusten und durchaus überraschenden Ergebnis: Es sind so gut wie keine Einspareffekte bei früheren Gebietsreformen nachweisbar.

In der Studie heißt es zusammenfassend: „Insgesamt finden sich neben einem signifikanten Ausgaben- und Defizitwachstum im Vorfeld von Gemeindefusionen kaum Nachweise von fiskalischen Effizienzrenditen durch Gebietsreformen. Insbesondere erzwungene Gemeindefusionen bergen jedoch das Risiko einer Verringerung der politischen Teilhabe und einer Instabilität der Neugemeinden.“<sup>1</sup>

## Leistungsqualität nicht verbessert

Die Ausgaben in brandenburgischen Gemeinden, die zwischen 2001 und 2003 zu größeren Gemeinden fusioniert wurden, entwickelten sich – wie

eine Statistik zeigt – im Durchschnitt sowohl vor als auch nach der Gebietsreform genauso wie nicht-fusionierte Gemeinden. Schlussfolgerung: Die Vergrößerung der Gemeinden hatte keinen Effekt auf die kommunalen Ausgaben. Wenig deutet auch darauf hin, dass sich die Leistungsqualität oder Effizienz von Kommunen durch Gebietsreformen verbessert. Schuldenstand, Wirtschaftswachstum oder Steuereinnahmen veränderten sich nach Fusionen in der Regel nicht. Evaluieren wurden Gebietsreformen in unterschiedlichen Ländern, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, mit Gemeinden höchst unterschiedlicher Größenstruktur und großen Unterschieden im Aufgabenbestand sowie für kommunale Gebietsreformen auf Gemeinde- und auf Kreisebene. Doch ob Dänemark, Niederlande, Finnland, Deutschland, oder Schweiz – das Ergebnis war stets nahezu das Gleiche. Vereinfacht ausgedrückt: Bei Gebietsreformen werden mit viel Aufwand Schreibtische zusammengedrückt. Ein ökonomischer Nutzen ergibt sich hieraus allerdings nicht.

Dazu die Studie: „Im Ergebnis weisen bisherige Studien nicht darauf hin, dass Gebietsreformen zu einer Erhöhung der Qualität und Effektivität im Verwaltungshandeln geführt haben. Ein wichtiger Grund für fehlende Qualitätssteigerungen durch Gemeindefusionen dürften die zunehmenden (räumlichen) Entfernungen in größeren Einheiten sein. Hierdurch steigen Informationsaufwand und -kosten für die Verwaltung, z.B. durch längere Dienstreisen oder eine stärkere „Formalisierung“ des Verwaltungshandelns als Reaktion auf zunehmende Anonymität – auch innerhalb der Verwaltung selbst.“<sup>2</sup>

Gebietsreformen verbessern also nicht unbedingt die Ausstattung mit öffentlichen Ressourcen. Ihre räumliche Verteilung ändert sich jedoch spürbar. In eingemeindeten Orten werden Rathäuser und Gemeindeämter geschlossen, Mitarbeiter ziehen in den neuen Hauptort oder müssen pendeln. Der Verlust des Verwaltungssitzes kostet Kaufkraft und Einwohner. Studien können inzwischen überzeugend zeigen, dass Gebietsreformen das Gefälle zwischen ohnehin prosperierenden städtischen Kerngebieten und dem Umland verstärken können. Diese Umverteilungseffekte von Gebietsreformen spielten in der Wissenschaft, aber auch in der öffentlichen Debatte bisher eine

eher untergeordnete Rolle. Sie sollten jedoch verstärkt in den Blick genommen werden; Gebietsreformen können die anhaltende Landflucht noch zusätzlich befeuern.

## Verlust an Bürgernähe

Die Hauptsorge bei Gebietsreformen ist jedoch der Verlust an Bürgernähe. Nicht nur räumlich nehmen die Distanzen zu, der „Draht“ zwischen Lokalpolitik und Bürgerschaft wird bereits rechnerisch länger. Seit den flächendeckenden Gebietsreformen der 1970er-Jahre gibt es 300.000 ehrenamtliche Mandatsträger weniger in Westdeutschland. In Ostdeutschland sank die Zahl der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker zwischen 1990 und 2017 von 120.000 auf 37.000. Der Hauptgrund auch hier: Gebietsreformen. Durch die Gemeindefusionen reduzierte sich also die Zahl der lokalen Ansprechpartner erheblich, während die Zahl der Probleme und Bürgeranliegen wohl kaum geringer geworden sein dürfte. Die sinkende Zahl von Gemeinderäten und Bürgermeistern rüttelt auch an der Verankerung der Demokratie in der Bevölkerung. In einigen deutschen Gemeinden hat der Gemeinderat inzwischen weniger Sitze als die Gemeinde Ortsteile. Etliche Bürger sehen in anonymen Großgemeinden ihre Interessen zunehmend weniger bis gar nicht mehr vertreten. Es entsteht der Eindruck von der Politik „vergessen“ worden zu sein. Studien aus zahlreichen europäischen Ländern zeigen, dass Gebietsreformen zu einer niedrigeren Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen führen. Das Vertrauen in und das Interesse an der Lokalpolitik schwinden. Gebietsreformen sind keine rein technische Verwaltungsangelegenheit – sie berühren auch die Fundamente der Demokratie.

## Populistische Strömungen

Stärken Gebietsreformen populistische Strömungen, wird in der Studie die Frage gestellt und hierzu folgendes festgestellt:

Die durch Gebietsreformen ausgelöste Unzufriedenheit mit der lokalen Demokratie spiegelt sich auch im Wahlverhalten bei Landtagswahlen wieder. Für das österreichische Bundesland Steiermark wird gezeigt, dass nach der dortigen Gemeindegebietsreform 2015 die Stimmanteile für die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) in fusionierten Gemeinden um 2,6 % gegenüber nicht-fusionierten Gemeinden gestiegen sind. Die FPÖ hatte sich auf Landesebene dabei klar gegen die Gemeindegebietsreform positioniert.

Insgesamt weisen die jüngsten Studien zu den Auswirkungen von Gebietsreformen auf substanzielle politische Kosten und damit bis dato deutlich unterschätzte Nebenwirkungen hin.

„In größeren Gebietseinheiten steigt die gefühlte Distanz zwischen Bürger und Kommunalpolitik. Zugleich können räumlich heterogene Präferenzen nicht mehr so genau bedient werden wie in kleineren Einheiten. In der Folge sinken die Wahlbeteiligung und die

Zahl der Kandidaten bei Kommunalwahlen. Zudem steigen die Stimmanteile populistischer Parteien in von Gebietsreformen betroffenen Regionen. Insbesondere der Einfluss von Gebietsreformen auf die demokratische Teilhabe kam in der bisherigen Debatte deutlich zu kurz.“<sup>3</sup>

In der Studie wird auf eine Arbeit von Rösler und Sonnenburg (2016) verwiesen, in der erklärt wird, „dass die gewachsene politische Distanz durch die Kreisgebietsreform 2011 in Mecklenburg-Vorpommern mit höheren Stimmanteilen für die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) bei der darauf folgenden Landtagswahl einhergeht. Die AfD konnte insbesondere in den Gemeinden hohe Stimmanteile verbuchen, deren Einfluss auf Kreisebene (gemessen am Anteil der Wahlberechtigten) durch die Kreisgebietsreform 2011 besonders stark zurückgegangen ist. Wachsende räumliche Entfernungen (also die Distanz zum Landratsamt), die zumeist eher im Fokus des öffentlichen Interesses stehen, spielen dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Die Studie ist jedoch nur eingeschränkt kausal interpretierbar.“

## Kosten-Nutzen-Bilanz

Mit Blick auf aktuelle Evaluationsstudien kann man die Kosten-Nutzen-Bilanz groß angelegter Gebietsreformen bestenfalls als gemischt bezeichnen. Größere Verwaltungseinheiten bedeuten keineswegs automatisch niedrigere Ausgaben oder eine höhere Effizienz. Das gilt sowohl für Gebietsreformen auf Kreis- als auch auf Gemeindeebene. Gebietsreformen haben aber nachweisbar unliebsame regionalwirtschaftliche und politische Nebenwirkungen. Diese Ergebnisse mahnen zur Zurückhaltung bei der Schaffung (zu) großräumiger Gebiets- und Verwaltungsstrukturen. Natürlich gibt es in Einzelfällen gute Gründe für freiwillige Gemeindefusionen. Im Allgemeinen sollten aber weniger eingriffsintensive Alternativen flächendeckenden Gebietsreformen vorgezogen werden. Die Potenziale von interkommunaler Zusammenarbeit, Aufgabenneuordnungen zwischen staatlichen Ebenen oder Leistungsvergleichen bzw. „Benchmarks“ oder der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung werden häufig noch nicht ansatzweise ausgeschöpft.

(Quelle: <https://kommunal.de/gebietsreformen-sparen-kein-geld>, 12.09.2018)

<sup>1</sup> Gebietsreformen: Hoffnungen, Risiken und Alternativen von Sebastian Blesse und Felix Rösler, Januar 2017, Ifo Working Paper No. 234, <http://www.ifo-group.de/DocDL/wp-2017-234-blesse-roesel-gebietsreformen.pdf>

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda.





# KFS wählte neuen Vorstand



Mirko Schultze, Carola Goller, Lars Kleba, Sabine Pester, Thomas Scherzberg, Konrad Heinze (v.l.n.r.)

Auf seiner Jahreshauptversammlung am 3. Dezember wählte das Kommunalpolitische Forum Sachsen e.V. (KFS) einen neuen Vorstand, dem nun folgende Mitglieder angehören: Sabine Pester (Chemnitz) als neue Vorsitzende; Konrad Heinze (Chemnitz), Lars Kleba (Dresden) und Mirko Schultze (Görlitz) als Stellvertreter, Carola Goller (Dresden) als Schatzmeisterin sowie Thomas Scherzberg als Beisitzer.

Nicht mehr für den Vorstand kandidierten Klaus Tischendorf und Susanna Karawanskij. Klaus Tischendorf hatte dem Vorstand über Jahrzehnte angehört und seit 2014 den Verein als Vorsitzender geleitet. Susanna Karawanskij ist seit September Sozialministerin im Land Brandenburg.

Zu Beginn der Jahreshauptversammlung wurde satzungsgemäß der Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017 erstatet.

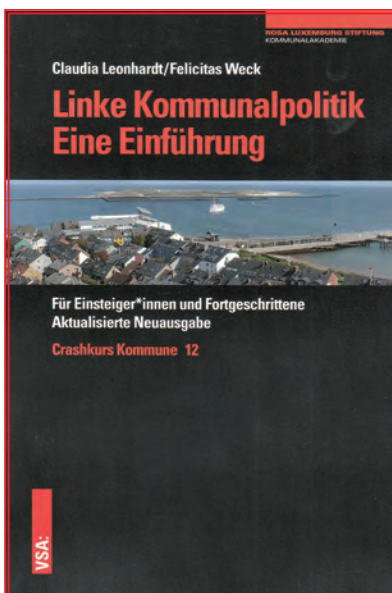
Wie im Bericht ausgeführt, konzentrierte sich die Veranstaltungstätigkeit des KFS 2017 im wesentlichen auf die Durchführung von Intensivseminaren, Tagesseminaren und Informationsveranstaltungen in verschiedenen Landkreisen. Behandelte Themen waren u.a.: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Stadtentwicklung, Faire Beschaffung in der Kommune, kommunaler Haushalt, Grundlagenwissen zum Kommunalen Mandat, Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, Bürgerbeteiligung, kommunale Seniorenbeiräte, Zeitsouveränität in der ehrenamtlichen Stadtratsarbeit, Novellierung SGB VIII, Praxis des Vergaberichts für sächsische Kommunen. Insgesamt fanden 23 Veranstaltungen in 13 verschiedenen Orten statt, bei denen 325 Teilnehmer/innen gezählt wurden. Veranstaltungsorte waren: Brand-Erbisdorf (2)<sup>1</sup>, Chemnitz (3), Cunersdorf (1), Dresden (1), Frankenberg (4), Freiberg (2), Hartmannsdorf (1), Hohnstein-Ernstthal (1), Leipzig (1), Lugau (2), Moritzburg (1), Torgau (1), Zittau (3).

Ein Tätigkeitsgebiet von hohem Stellenwert ist die Publikationstätigkeit in der Bildungsarbeit des KFS. Dafür stehen drei Publikationsmedien zur Verfügung: die Bücher der Reihe „Edition KFS“, die 10x im Jahr erscheinende Zeitungsbeilage „Kommunal-Info“ und die 2017 neugestaltete Homepage [www.kommunalforum-sachsen.de](http://www.kommunalforum-sachsen.de). Die als zusätzliche Informations- und Werbemöglichkeit für die Angebote des Vereins eingerichtete Facebook-Seite des KFS wurde bislang von über 460 Personen abonniert.

Von der fachlichen Qualität der Publikationen zeugt, dass Mandatsträger/innen, Bürgermeister/innen, Stiftungen, Vereine und politisch interessierte Bürger/innen innerhalb und außerhalb Sachsens die Bücher des KFS nachfragen. In der sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek sind die Titel in der Regel ständig ausgeliehen und müssen vorbestellt werden.

<sup>1</sup> In Klammern die Anzahl der Veranstaltungen.

# Neue Publikationen



Die Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat aus ihrer Schriftenreihe „Crashkurs Kommune“ die Einführung „Linke Kommunalpolitik“ in einer aktualisierten Neuauflage herausgebracht. Auf etwa hundert Seiten wird Einsteiger\*innen und Fortgeschrittenen ein Überblick über Möglichkeiten und Grenzen linker Kommunalpolitik gegeben. Es wird dargestellt, welche Herausforderungen sich für die Arbeit in den kommunalen Gremien stellen und welche kommunalpolitischen Handlungsfelder sich auftun. Anhand aktueller Themenfelder, Beispiele und vieler Verweise stellen die beiden Autorinnen (Claudia Leonhardt / Felicitas Weck) linke kommunalpolitische Handlungsspielräume dar, geben Hinweise zum Weiterlesen und Anregungen zum eigenen linken Agieren in der Kommunalpolitik - damit manche Idee auch Realität werden kann.



In dem neuen Handbuch „Das kommunale Mandat“ wird Gemeinde-, Stadt- und Kreisrätinnen und -räten ein elementares Handwerkzeug für ihre Tätigkeit in kommunalen Gremien und in kommunalen Betrieben bereit gestellt. Das Handbuch gliedert sich in zwei Teile: Im I. Teil, verfasst von Achim Grunke, werden die Rechte und Pflichten behandelt, die bei der Wahrnehmung des kommunalen Mandats im Gemeinderat und seinen Gremien bestehen. Der II. Teil, erarbeitet von Alexander Thomas, befasst sich dann mit den Rechten und Pflichten kommunaler Vertreter/innen in den Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen.



Das „Handbuch für eine nachhaltige kommunale Umweltpolitik“ von Thomas Scherzberg bietet einen umfangreichen Überblick und liefert zu jedem angesprochenen Thema sowohl grundsätzliche Informationen, mögliche Strategien als auch konkrete Ansätze für Beschlussanträge auf Gemeinde- und Kreisebene. Behandelt werden im Handbuch folgende Themen: Siedlungsentwicklung, Immissionschutz, Naturschutz und Tierschutz, Energie- und Klimapolitik, Nachhaltige Mobilität, Ressourcenschutz, Bodenschutz. Ein eigenes Kapitel ist dem Ländlichen Raum gewidmet.

**Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr 2019 !**



# PARLAMENTSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

„Antisemitismus gestern und heute – warum die Reichspogromnacht nicht nur Geschichte ist“ – das war eine wichtige Landtagsdebatte am Vorabend des 9. November. Was in der Nacht zum 10. November 1938 geschah, war das Ergebnis einer Geschichte, die lange vor 1933 begonnen hatte, mit der Ausgrenzung einer Menschengruppe und einer Religion. Das Ergebnis war Auschwitz.

Wir dürfen nicht zulassen, dass so etwas wieder geschieht, und müssen uns gegen jeden Antisemitismus wenden. Es ist erst ein paar Wochen her, dass in Chemnitz ein jüdisches Restaurant attackiert wurde. In Sachsen gab es 2017 insgesamt 118 Straftaten mit antisemitischem Bezug, bis auf zwei waren alle rechtsmotiviert. 2018 wurden bisher 72 antisemitische Straftaten registriert.

Wir hatten zu Jahresbeginn im Landtag beantragt, in Sachsen das Amt einer oder eines Antisemitismusbeauftragten einzurichten und an zentraler Stelle bei der Staatskanzlei anzusiedeln. Nachdem uns die Landesregierung zunächst erklärt hatte, das sei unnötig, hat der Staatskanzleichef im November gesagt: „Es ist uns als Staatsregierung ein zentrales Anliegen, einen Beauftragten für jüdisches Leben zu berufen, der ressortübergreifend die Präventions- und Interventionsarbeit der Staatsregierung koordinieren soll.“ Wir freuen uns über diesen Sinneswandel – aber er ist nur halbherzig: Die oder der Beauftragte soll im Kultusministerium arbeiten, das für die Schulen, also für Kinder und Jugendliche zuständig ist, nicht aber für die Erwachsenen. Und mit den kärglichen 150.000 Euro, die dafür eingepulst sind, kann weder Antisemitismus wirksam bekämpft noch jüdisches Leben gefördert werden. Also: Nachbessern! Wir bleiben dran.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Erneuerbar ist nicht genug!

Die Lausitzer LINKE-Landtagsabgeordneten Kathrin Kagelmann und Mirko Schultze stellen mit ihrer Partnerautorin Antonia Mertsching 15 Thesen für einen Strukturwandel in der Lausitz vor. Wir präsentieren Auszüge.

Das Ende des Braunkohlezeitalters geht alle an, schon wegen der Abbaufolgeschäden. Nimmt die Regierung die Bergbauunternehmen nicht in die Pflicht, bleiben alle auf den Kosten sitzen. Aber das ist nur ein Aspekt – die Lausitz braucht insgesamt eine gute Zukunft. Dazu liegen nun 15 Thesen vor. „Mit unserem Diskussionsangebot wollen wir der ‚mentalenen Schwermetalle einer Region‘ entgegenzutreten und zum ‚Klimawandel der anderen Art‘ motivieren – für eine Lausitz als Labor für spannende Köpfe. Denn fehlende Köpfe werden eher unser Problem sein als das Geld“, so Kathrin Kagelmann. Ihr Kollege Mirko Schultze stimmt zu: „Das Papier ist das erste Ergebnis eines Austausches mit 54 Organisationen und Persönlichkeiten.“

Die Lausitz brauche einen Um- und Aufbruch, der kulturelles Erbe, landschaftliche Vorzüge und neues Lebensgefühl verbindet. Die Zeit sei überreif, denn nicht nur die Beschäftigten brauchen Sicherheit. Die Hoffnung, es könne einfach alles so weiterlaufen, trüge. Und nur die Bergbaufolgensanierung könne vielen Bergleuten eine langfristige Arbeitsperspektive geben.

### 1. Neue Arbeitskultur

Statt auf Konzerne zu warten, wollen wir kleine bis mittlere Unternehmen in privatem, kommunalem oder vereins- bzw. belegschaftsgetragenem Eigentum fördern. Wir streben eine 30h-Arbeitswoche für die Region an und wollen für die Lausitz das Pilotprojekt eines personell, räumlich und zeitlich begrenzten Grundeinkommens starten.

### 2. Energieregion bleiben

Die Fachkräfte der Energiewirtschaft, die über 2030 hinaus in den auslaufenden Kohlekraftwerken oder Tagebauen beschäftigt sein werden, sind die umworbenen Fachkräfte einer postfossilen Wirtschaftsstruktur. Die Lausitz kann ihren Charakter als Energieregion bewahren – mit Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien und als Standort für effiziente Technologien.

### 3. Bunte Werkstatt-Atmosphäre statt grauer Konferenzen

Ein „Strukturwandel von unten“ braucht einfache Diskussions- und Mitmachformate für alle, die sich einbringen wollen.

### 4. Frei-Räume für Freigeister

Bisher konzentrierte sich Ansiedlungsbegleitung auf große industrielle Player auf teuren Gewerbegebieten. Startups oder Kreative scheitern dagegen häufig bereits an der Standortwahl. Strukturwandel muss den regionalen Vorteil Leerstand ausspielen, indem kreative Köpfe kostenlos Frei-Räume für innovative Projekte bekommen.

### 6. Fonds Zivilgesellschaft Lausitz

Weil alte Beziehungsgeflechte den Zugang zu Fördermitteln erleichtern, drohen junge kreative Projekte diesen Wettlauf zu verlieren. Selbst wenn nicht alle Ideen umsetzbar erscheinen, eröffnet der unabhängige Pioniergeist Chancen. Gerade solche Akteure brauchen niedrigschwellige Zugänge zu Förderfonds. Deshalb ist die Idee eines Fonds Zivilgesellschaft Lausitz gut.

### 7. Willkommensregion

Die Lausitzer Arbeitskräfte der Zukunft kommen nicht aus dem Nachbardorf, sondern aus allen Teilen der Welt. Dass sie bleiben, ist eine Chance. In der Lausitz muss eine Imagekampagne zur Willkommenskultur entwickelt werden.

### 8. Neues Lebensgefühl

Alternative Wirtschafts-, Lebens- und Wohnformen ebenso wie differenzierte Kita- und Schulmodelle bis hin zu einer vielschichtigen Kulturszene schaffen eine attraktive Atmosphäre von Modernität, Weltoffenheit und Umweltbewusstsein. Die Lausitz sollte individuelle Wege eröffnen – beispielsweise genossenschaftliche oder gemeinschaftliche Infrastruktur zur Nahversorgung mit Nahrungsmitteln oder regionalen Produkten. Mobile Fachärzte, Bibliotheken, mobile Bildungsangebote oder Sparkassen könnten regelmäßig durch die Lausitz touren.

### 11. Alternative Mobilität

Ein enges Netz an Zubringerstrukturen für Pendler, Reisewillige oder Touristen soll vom Auto unabhängige Mobilität ermöglichen. Dass Angebot muss fahrscheinlos und mit einheitlichem Ticketsystem funktionieren. Im Zusammenspiel von Schienennahverkehr und öffentlichem Nahverkehr, Rufbus oder Ruftaxisystemen sowie Carsharing, Leihfahrrädern oder Mitnahmestationen wird eine flächendeckende Struktur aufgebaut, optimal angebunden an die Verkehrsknotenpunkte.

### 12. Überholen statt Einholen

Ziel ist ein GigaBit-Netz mit symmetrischem Up- und Download. Nur so wird Breitband zum Standortvorteil. Wir wollen WLAN-Hotspots in Städten und an touristisch wichtigen Orten sowie eine Netzanbindung, die Homeoffice bei datenintensiven Berufen ermöglicht.

### 13. Euro-Uni diskutieren

Die Hochschule Zittau/Görlitz ist ein wichtiger Bildungsstandort. Wir wollen die Lausitz als Bildungsraum in der Mitte Europas etablieren. Langfristig regen wir eine Diskussion um einen Universitätsstandort Lausitz an, der auf gleichberechtigte europäische Kooperation abzielt.

### 15. Rettet das Niemandsland!

Die Lausitz mit ihren Feldern, Wäldern und Seen ist eine ganz eigene Landschaft, in der Menschen noch Ruhe finden. Wir sind überzeugt, dass die Lausitz gerade aufgrund ihrer Natürlichkeit prädestiniert ist für ein besonderes Naherholungskonzept: weite lärmfreie Bereiche, nächtliche totale Dunkelzonen und bewusst empfangsfrei gehaltene Bereiche.

Das ganze Papier: [bit.ly/2G8QJUT](http://bit.ly/2G8QJUT)





# Wohnungslosigkeit heißt bald: Lebensgefahr!

In Chemnitz, Leipzig und Dresden haben mindestens 700 Menschen keine Wohnung. Das sind nur diejenigen, die sich bei den Behörden und den Anlaufstellen wie der Diakonie melden. Im Winter heißt Wohnungslosigkeit Lebensgefahr. Erneut hat die Linksfraktion das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

**Susanne Schaper, Sozial- und Gesundheitspolitikerin**, erhob vier Forderungen (Drucksache 6/14579). „Wir wollen erstens eine Wohnungsnotfallberichterstattung wie in Nordrhein-Westfalen. Es muss klar werden, wie viele Menschen wohnungslos oder davon bedroht sind.“

Mit den kommunalen Spitzenverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Wohnungsloseninitiativen solle die Regierung zweitens ein Konzept mit Präventions- und Interventionsmaßnahmen erarbeiten. Dazu müssten drittens die Ursachen der Wohnungslosigkeit erforscht werden. Denn die seien vor allem, aber nicht ausschließlich sozialer Natur. „Bisher werden Schulden und Sozialleistungsbezug als häufigste Gründe identifiziert. Das ist kein Wunder, solange eine soziale Mindestsicherung sanktioniert werden kann“, so Schaper.

Viertens fordert die Linksfraktion ein Winternotprogramm. Der Freistaat

solle die Städte und Gemeinden finanziell in die Lage versetzen, Wohnungslosen an kalten Tagen kostenlose und anonyme Unterkünfte zu bieten.

„Wer etwas will, findet Wege; wer etwas nicht will, findet Ausreden“ – so lasse sich die Haltung von CDU und SPD dazu zusammenfassen. Die hat sich auch in der aktuellen Landtagsdebatte nicht geändert. Die Landesregierung rede sich mit dem Hinweis heraus, dass die Kommunen für den Kampf gegen Obdachlosigkeit zuständig sind, kritisiert Schaper. „Sie bemühen sich nicht einmal um aussage-

kräftige Zahlen und verweisen auf den Bund, der eine Statistik plant. Aber selbst dafür müsste Sachsen zuarbeiten, was überdies nur der erste Schritt zur Lösung wäre. Also Schluss mit der Ignoranz!“

Wohnen sei ein Menschenrecht, das auch und gerade in einem reichen Land für alle gelte, so Schaper. „Daher müssen wir alles tun, um den Betroffenen zu helfen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Zahlen weiter steigen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Menschen vor unseren Türen erfrieren!“



## Kleine Unternehmen besser fördern!

Unlängst stand die „Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen“ auf der Tagesordnung des Landtags. Die Linksfraktion hatte per Großer Anfrage (Drucksache 6/13484) dafür gesorgt. 165 Fragen führten zu 400 Seiten voller Daten. Sachsens Wirtschaft ist unterm Strich weniger mittelständig, sondern vor allem durch Klein- und Kleinstunternehmen geprägt – 90 Prozent haben weniger als zehn Beschäftigte. Das wird sich nicht mehr ändern, meint **Luise Neuhaus-Wartenberg, Sprecherin für Mittelstand, Handwerk und Tourismus**: „Die großen DAX-Unternehmen werden sich nicht mehr ansiedeln. Wir müssen aus dem schöpfen, was da ist.“

Der Freistaat müsse kleine Betriebe besser unterstützen, denn die haben oft gar keine Zeit, sich durch den Dschungel der Förderrichtlinien zu kämpfen. Auch **Nico Brünler, wirtschaftspolitischer Sprecher**, dringt auf eine höhere Anwendungsfreundlichkeit, damit die Unternehmen die Fördermittel auch wirklich abrufen können (Drucksache 6/15360). „Die Förderregeln müssen einfacher werden. Zudem sollte der Freistaat eigene Förderprogramme auflegen – bisher beteiligt sich Sachsen nur an Programmen des Bundes und der EU.“ Nötig seien auch gezielte Förderinstrumente für Unternehmensgründungen.

Der Binnenmarkt in Sachsen müsse gestärkt werden, so Neuhaus-Wartenberg: „Exporten im Wert von 41 Milliarden Euro standen im Jahr 2017 Importe im Wert von 24 Milliarden Euro gegenüber.“ Das mache die Wirtschaft anfällig für Erschütterungen auf den internationalen Märkten. „Ein gestärkter Binnenmarkt und eine angemessene Exportquote schützen möglicherweise vor den Krisen des internationalen Finanzmarktes.“ Deshalb müssten auch die Löhne steigen, um die Kaufkraft im Freistaat zu erhöhen.

Eine weitere Baustelle: die Berufsausbildung. Im Schnitt gibt es je nach Branche drei- bis viermal mehr unbesetzte Lehrstellen als 2009. Neuhaus-Wartenberg: „Offenbar mangelt es den Ausbildungsberufen an Attraktivität. Ein Schritt könnte ein flächendeckendes Ausbildungsmindestgehalt sein, das an branchenübliche Tarife gebunden und gegebenenfalls durch Förderung mitfinanziert wird.“

Die Ideen liegen auf dem Tisch. Nun braucht es eine Regierung, die sie auch umsetzen will – damit sich der Wirtschaftsstandort Sachsen gut entwickelt.

## Historische Aufgaben

Nach 1990 endete in vielen Regionen der DDR der Erz-, Salz- oder Kohlebergbau. Um die Sanierung zu bewältigen, wurden Bundes- oder Bundesländer-Gesellschaften gegründet. Die Bergleute bekamen eine Aufgabe, die sie verstanden, die sie sicher manchmal schweren Herzens ausführten, die aber eine Bleibemöglichkeit bot.

Sachsens Braunkohlereviere stehen bald vor ähnlichen Problemen. Die mit der Zeit außer Betrieb gehenden Kraftwerke müssen abgebrochen und die Standorte saniert werden. Die Tagebaue müssen langfristig aus der Bergaufsicht entlassen werden können, die Böden wiederhergestellt sein, in den entstehenden Seen soll man baden können, die Wälder sollen begehbar und mit dem Rad befahrbar sein.

Um das zu organisieren, fordert die Linksfraktion im Landtag eine Bundesländer-Gesellschaft (Drucksache 6/15206). **Dr. Jana Pinka, umweltpolitische Sprecherin**, verwies auf die Wismut GmbH, die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV) und die Gesellschaft zur Verwertung und Verwertung stillgelegter Bergwerksanlagen. „Die Wismut hat bisher sechs Milliarden Euro für die Sanierung ihrer Standorte in Sachsen und Thüringen eingesetzt und die LMBV für die ihrigen in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen etwa elf Milliarden Euro.“

Die neue Gesellschaft solle Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen umfassen. Sie solle älteren Beschäftigten, die heute in der Kohle und in den Kraftwerken arbeiten, eine Brücke zur Rente bauen. „Wir legen einen Vorschlag für einen Beschäftigungsübergang vor. Mag sein, er ist nicht weitreichend genug. Aber ich habe bisher weder aus dem Bundestag noch aus den Landtagen etwas gehört, was der Arbeiterin oder dem Arbeiter als Perspektive angeboten werden soll“, so Pinka. Finanziert werden solle die Gesellschaft hauptsächlich vom Bund und den betroffe-

nen Ländern, aber auch von den Bergbautreibenden und den Betreibern der Kraftwerke. Ihr Hauptsitz solle in Hoyerswerda sein.

„Angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Bedrohung des Klimawandels auf uns zukommt, müssen wir zügig handeln“, so Pinka. Das heiße: Zügig aus der Kohleverstromung aussteigen, den Bergleuten schnellstmöglich eine Beschäftigungs-Perspektive geben – und Sicherheitsleistungen der Bergbautreibenden einholen, damit nicht am Ende die Allgemeinheit blechen muss. Die Zeit drängt.





# Dieser Mindestlohn bleibt ein Armutslohn

Ein LKW-Fahrer im Erzgebirge steht jeden Morgen um fünf Uhr auf, sitzt dann den ganzen Tag am Steuer. Am Ende des Monats geht er mit rund 1.100 Euro nach Hause – dem Mindestlohn. Als er nach zehn Jahren seinen Chef fragt, ob vielleicht 200 Euro mehr im Monat drin wären, lautet die Antwort: Du musst ja nicht hier arbeiten.

Eine Reinigungskraft putzt laut Vertrag zwei bis drei Stunden in einer Einrichtung. Tatsächlich braucht sie vier bis fünf Stunden – weil eine ordentliche Reinigungsleistung eben ihre Zeit braucht. Sie bekommt dann unterm Strich nicht einmal den Mindestlohn.

Das sind zwei Fälle unter hunderttausenden in Sachsen. Mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten erhalten weniger als 2.000 Euro brutto im Monat. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist dieser Anteil noch höher. 300.000 Beschäftigte im Freistaat bekommen mehr Geld, seitdem der Mindestlohn gilt. Dass es ihn endlich gibt, ist erfreulich. Seine geringe Höhe ist es aber nicht. Sie wird es auch nach mickrigen Erhöhungen 2019 und 2020 nicht sein.

„Für einen Mindestlohn, der vor Armut schützt – jetzt handeln, Herr Dulig!“ Das hat die Linksfraction in einer aktuellen Landtagsdebatte gefordert. **Nico Brünler, Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, freut sich, „dass nun auch die SPD 12 Euro Mindestlohn will. Das dürfte aber eine taktische Reaktion auf ihre Wahlergebnisse in Bayern und Hessen sein.“ Schon vor einem Jahr habe die LINKE im Bundestag beantragt, was Bundesarbeitsminister Heil jetzt bis 2020 umsetzen will: den Mindestlohn an der Mindest-

lohn-Kommission vorbei anzuheben. Das lehnte die SPD ab. Auch Sachsens SPD-Chef Dulig sieht einen Mindestlohn von 12 Euro nur als Langfristperspektive. Brünler: „Man kann natürlich warten, bis der Mindestlohn durch die normalen Anpassungen dieses Niveau erreicht hat. Aber das würde zehn bis zwölf Jahre dauern. Die Inflation würde den Großteil der Steigerungen auffressen.“ Die Staatsregierung nehme es hin, dass viele, die den Wohlstand erarbeiten, nicht von ihm profitieren.

Dabei könne Sachsen etwas tun, um das Lohnniveau zu heben. Die Linksfraction schlägt ein neues Vergabegesetz vor. Bei öffentlichen Ausschreibungen soll neben sozialen und ökologischen Aspekten ein spezifischer Mindestlohn gelten. Aufträge soll nur erhalten, wer seine Beschäftigten mindestens in Höhe der untersten Entgeltgruppe des öffentlichen Dienstes

entlohnt – das sind 11,24 Euro Stundenlohn. „Das wäre ein erster Schritt“, so Brünler. **Susanne Schaper, Sprecherin für Sozialpolitik**, pflichtet ihm bei: „CDU, CSU und SPD haben bis jetzt dafür gesorgt, dass der Mindestlohn nicht vor Armut schützt. Mit 8,84 Euro kann man selbst nach 45 Jahren in Vollzeit keine Rente oberhalb der Grundsicherung erreichen.“

Auf ihrer jährlichen Renteninfo sehen der LKW-Fahrer und die Reinigungskraft dann, dass sie im Rentenalter in die Grundsicherung fallen werden, so als hätten sie nie gearbeitet. Damit der Mindestlohn zum Leben reicht und eine Rente ermöglicht, die zumindest ein bisschen die Arbeitsleistung widerspiegelt, müsste er zügig auf 12,63 Euro pro Stunde steigen. Diese Zahl kommt von der Bundesregierung! Arbeit darf nicht arm machen, sondern sie muss ein Leben in Würde ermöglichen.



# Konferenz „Kunst.Kultur.Perspektiven.“

Am 10. November 2018 fand im Westflügel in Leipzig die kulturpolitische Konferenz der Linksfraction statt. Am Tisch saßen Kunst- und Kulturschaffende, Mitglieder der sächsischen Landeskulturverbände, Politiker\*innen, Kreativwirtschaftler\*innen und Vertretungen der Kultureinrichtungen zum Austausch, begrüßt vom Fraktionsvorsitzenden Rico Gebhardt. Drei großartige Referent\*innen aus Hamburg, Wien und Berlin sprachen zu den Themen „Honoraruntergrenzen für alle!“, „Ist die heutige Förderpolitik noch zeitgemäß?“ und „Gesicherte Zukunft und soziale Absicherung für Kunst- und Kulturschaffende – aber wie?“

Einigkeit bestand darin, dass Kunst und Kultur entscheidende Standortfaktoren sind, die eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft haben, die Lebensqualität verbessern, Menschen bilden und eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit ermöglichen. Andererseits zeigte sich durch die zahlreichen Redebeiträge jedoch, wie prekär die Situation vieler Kunst- und Kulturschaffenden ist, wie um knappe Fördermittel gekämpft werden muss und wie groß das Inter-

esse ist, an dieser Situation etwas zu ändern. Denn die Arbeit ist oft nicht existenzsichernd, Ateliers und Freiräume können nicht mehr gehalten werden. Das Durchschnittseinkommen ist erschreckend, bei den Frauen beträgt es gerade einmal 908 Euro im Monat. Von diesem Budget sollen sie sich dann noch selbst versichern und für die Rente vorsorgen. Wie lange kann das noch gut gehen? Trotz Nachbesserungen bei der Finanzierung

durch die Landesregierung zeichnet sich im Moment keine Lösung ab. Die ökonomische und soziale Basis für Kulturschaffende muss neu gedacht werden; hierzu braucht es neue Ansätze. Diese fanden wir in der Diskussion mit den Teilnehmenden und damit auch viele Impulse für parlamentarische Initiativen. Es gibt viel zu tun.

• Franz Sodann, kulturpolitischer Sprecher



## Reizstoffe sind Waffen – Einsatz begrenzen!

Bei Demonstrationen, Sitzblockaden oder hitzigen Fußballspielen wird oft Reizgas eingesetzt, um Menschenmengen zu disziplinieren. Das ist immer gefährlich, egal ob Menschen gesundheitlich vorbelastet sind oder nicht – und das betrifft auch Unbeteiligte oder Polizeibeamte. Die Hersteller weisen darauf hin, dass nach dem Kontakt mit Reizstoffen Erste Hilfe nötig ist – die ist aber bei Versammlungslagen oft unmöglich. Deshalb wollen wir strengere Regeln für den Einsatz von Reizstoffen gegen Menschen bei Versammlungen. Die Staatsregierung soll sicherstellen (Drucksache 6/14719), dass Reizstoffe nicht gegen Menschen eingesetzt werden, es sei denn, es müssen körperliche Eigen- und Fremdgefährdungen abgewehrt werden. Reizstoffe sollten nicht länger mittels Wasserwerfer eingesetzt, die Granatpistolen ausgemustert und jeder Einsatz dokumentiert werden. Denn es liegt in der physikalischen Natur dieser Einsatzmittel, dass sie nicht zielgerichtet beherrschbar sind.

## Bahn frei für Hilfs- und Rettungsdienste!

Wer Auto fährt, wird schon einmal auf der Autobahn im Stau gestanden haben – und wissen, dass die vorgeschriebene Rettungsgasse zwischen zwei Spuren oder, bei drei Spuren, zwischen der mittleren und linken Fahrbahn keine Selbstverständlichkeit ist. Viele Verkehrsteilnehmer fangen erst an zu rangieren, wenn das Blaulicht schon von hinten naht. Das vergeudet wertvolle Zeit, sofern der Platz dann überhaupt noch ausreicht, um die Gasse zu bilden. Ein weiteres Ärgernis sind Gaffer, die langsam an Unfallstellen vorbeifahren und so oft weitere Crashes provozieren. Die Linksfraction hat nun Vorschläge gemacht (Drucksache 6/14720), um diese Probleme anzugehen.

So soll die Landesregierung die Plakataktion „Rettungsgasse rettet Leben!“ um weitere Informationskampagnen ergänzen, etwa zum Thema „Gaffen“ bei Verkehrsunfällen. Gegenüber dem Bund und der Innenministerkonferenz sollte Sachsen auf eine bundesweite Kampagne dringen und darauf, dass Radiosender in Verkehrsdurchsagen zum Bilden von Rettungsgassen aufrufen. Anbieter von Navigationssystemen und Smartphone-Apps sollten dazu bewegt werden, sicherzustellen, dass ihre Geräte bei Verkehrsunfällen audiovisuell zum Bilden von Rettungsgassen auffordern.





## Plenarspiegel November 2018

Die 81. und die 82. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 7. und 8. November 2018 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit diesen Initiativen vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Für einen Mindestlohn, der vor Armut schützt – jetzt handeln, Herr Dulig!“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Regelung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/14865)

### Große Anfrage

„Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Sachsen“ (Drucksache 6/13484)

### Anträge

„Gründung und Aufbau einer Bund-Länder-Gesellschaft für Stilllegung, Sanierung und Rekultivierung der deutschen Braunkohlereviere (GSRB)“ (Drucksache 6/15206)

„Wohnungslosigkeit im Freistaat Sachsen bekämpfen!“ (Drucksache 6/14579)

## Termine

### Fachtagung

„Chancen und Risiken der Digitalisierung für den Rechtsstaat besonders in den Bereichen Öffentlicher Sicherheit und Strafverfolgung vor dem Hintergrund der EU-Gesetzgebung“

Dienstag, 5. Februar 2019, 16.00 bis 20.00 Uhr

Sächsischer Landtag, Bernhard-v.-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden

Altbau, Raum A 400

Eintritt frei!

# Wohin führt das neue Polizeigesetz?

Ihre vierte öffentliche Fraktionssitzung führte die Linksfraktion am 13. November 2018 nach Leipzig. Thema war die Novelle des Polizeirechts, die von der CDU-SPD-Koalition angestrebt wird. Am Vormittag berieten die Abgeordneten darüber im „Haus des Buches“. Zu Gast war Sylvia Queck-Hänel, Ordnungsamtschefin in Görlitz. Wir sehen uns in unserer Kritik bestätigt, dass die Regierung unverhältnismäßig tief in die Grundrechte eingreifen will – und das für einen zweifelhaften Sicherheitsgewinn. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen zu potentiellen Gefährdungen und Gefährdungen erklärt werden. Eingriffsbefugnisse der Polizei sollen greifen, ohne dass jemand eine Straftat vorbereitet oder verübt hat. Damit werden Mittel der Terrorabwehr in polizeiliches Alltagshandeln überführt, Polizei und Nachrichtendienste vermischen sich. Beides ist hoch problematisch.

Der Nachmittag stand im Zeichen zweier Besuche bei Einrichtungen vor Ort. Eine Delegation stattete dem Kommunalen Streetwork der Stadt Leipzig einen Besuch ab. Die Abgeordneten bekamen einen Überblick über die Probleme in den Stadtbezirken. Streetwork stellt Kontakte zu Drogen- und Suchtberatung sowie anderen Hilfestellungen her und will den Familien und Institutionen entglittenen Jugendlichen einen Zugang ebnen, um Wohnungslosigkeit zu verhindern oder ihr zu entkommen. Allerdings stoßen sie dabei auf einen „leergefegten Wohnungsmarkt“. Die Arbeit ist nicht ausreichend mit Personal ausgestattet und braucht dringend stärkere Unterstützung durch den Freistaat.

Eine zweite Delegation besuchte die Leipziger Dependence der Opferberatung, die von den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (RAA) angeboten wird. Die Engagierten berichten von steigenden Fallzahlen im Bereich rassistisch motivierter Gewalt. Personell ist die Opferberatung nicht in der Lage, den Bedarf zu bewältigen – Gewaltopfer, die oft einen Migrationshintergrund haben, brauchen persönlichen Beistand, was mit wenigen hauptamtlichen Kräften kaum zu stemmen ist. Zudem müssen Fördermittel jährlich beantragt werden. Die Unterbringung von Gewaltopfern falle schwer, wenn es sich nicht um häusliche Gewalt handle; dafür brauche es weitere Schutzrichtungen. Weil der Interventionsauftrag die Engagierten so stark fordere, bleibe kaum Zeit für Prävention; die Polizei habe sich aus der Präventionsarbeit weitestgehend verabschieden müssen. Der Freistaat müsse mehr Mittel für Prävention bereitstellen. Opfer rassistisch motivierter Gewalt müssten ein Bleiberecht bekommen, um in Strafprozessen als Zeugen verfügbar zu bleiben. Das hat die Linksfraktion im Landtag bereits gefordert.

Den Tag rundete ein öffentliches Fachgespräch zum Polizeirecht ab. Auf dem Podium saßen Heiko Rosenthal (DIE LINKE), Ordnungsbürgermeister der Stadt Leipzig; Stadtrat Rainer Engel-



mann (DIE LINKE), die Rechtsanwältin Rita Belter sowie die Politikwissenschaftlerin Prof. Rebecca Pates. Veranstaltungsort war der Offene Freizeittreff „Rabet“ in der Eisenbahnstraße, die Moderation übernahm der Innenpolitische Sprecher Enrico Stange. Die zuweilen emotionale Diskussion zeigte nicht nur die einhellige Ablehnung des Polizeigesetzes durch die Anwesenden, sondern auch die schlimmen Auswirkungen der Waffenverbotszone, die das CDU-geführte Innenministerium in diesem Quartier durchgesetzt hat. Anwohnerinnen und Anwohner berichteten von massiven Personenkontrollen gegen Menschen, die „nicht deutsch genug aussehen“. Ordnungsbürgermeister Rosenthal versprach, vor Ort Diskussionen mit der Polizei zu organisieren, um dem Problem zu begegnen.

Die CDU will mit dem Polizeigesetz vor denen auf die Knie fallen, deren politische Lebensversicherung die Angst ist. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse

im Landtag wird kein vernünftiges und verfassungsgemäßes Gesetz herauskommen. Wir werden nötigenfalls auch vor dem Verfassungsgerichtshof für Sicherheit in Freiheit streiten.

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de  
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag